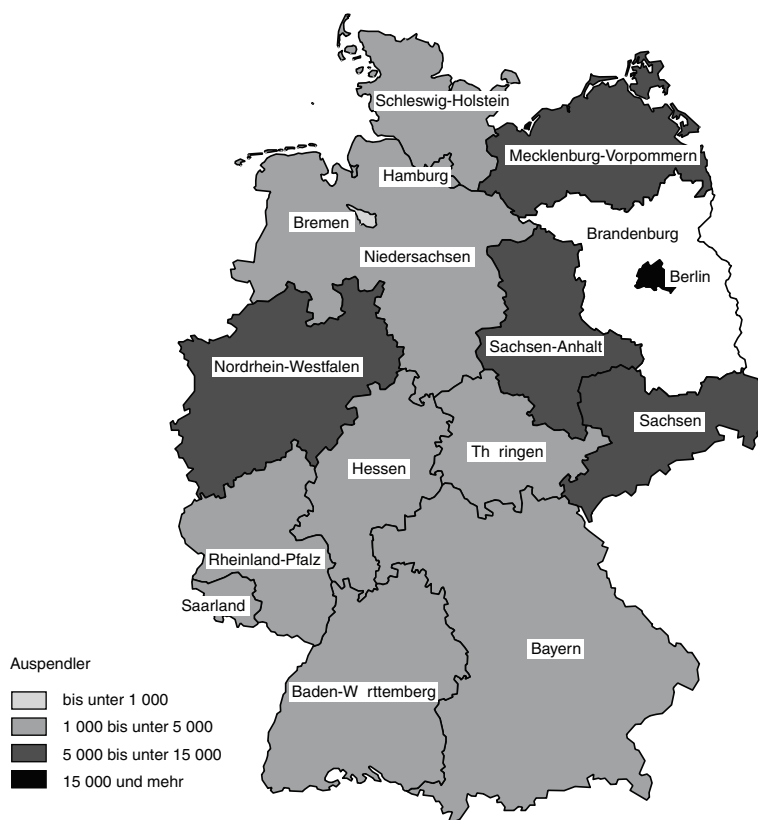


Daten + Analysen

Quartalsheft

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auspendler
aus dem Land Brandenburg am 30.06.1999 nach dem Arbeitsort





Daten + Analysen

II 2001

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell

Weiterer drastischer Anstieg der Verbraucherpreise im Monat Mai 2001	5
1998 mehr Geldvermögen in Brandenburger Haushalten als 1993	5
Das Brandenburger Exportwachstum geht weiter	6
20 neue Habilitationen im Jahr 2000	7
Leichtes Absinken der Klassenfrequenzen	7
Automobilindustrie im Jahr 2000	8
1,6 Prozent Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2001	8
Hohe Doppelbelastungen von Müttern durch Beruf und Kindererziehung	9
Gutachten der Kommission Verbesserung der informationellen Infrastruktur	10
Neuer Bericht des Statistischen Bundesamtes zu Wissenschafts- und Technologieindikatoren	10
Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes grundlegend verbessert	10
Entgelt und Arbeitszeit der Arbeitnehmer im vierten Quartal 2000 - Vergleich Deutschland - Frankreich	11
Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Statistik wird ausgeweitet	12
Standardisierte Erwerbslosenquote der Europäischen Union	12

Wussten Sie schon...?

Vom Landesamt - zum Landesbetrieb	13
Ergebnisse der Baumschulerhebung für das Jahr 2000	15
Verbundprogrammierung	19
Wählen im Internet	23

Beiträge

Material- und Energieflussrechnungen	25
Ergebnisse der EVS 1998: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	34
Ergebnisse Pflegestatistik 1999	45
Beschäftigung in Brandenburg: Darstellung in regionaler und fachlicher Gliederung	49
Erhebungen der Luftverunreinigungen	67

Brandenburg Aktuell

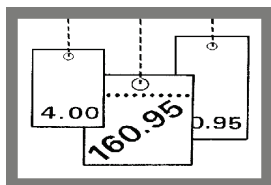
Daten zur Konjunktur: Erstes Quartal 2001	74
---	----

Buchbesprechungen

Neue Veröffentlichungen

Aus Brandenburg

Weiterer drastischer Anstieg der Verbraucherpreise im Monat Mai 2001



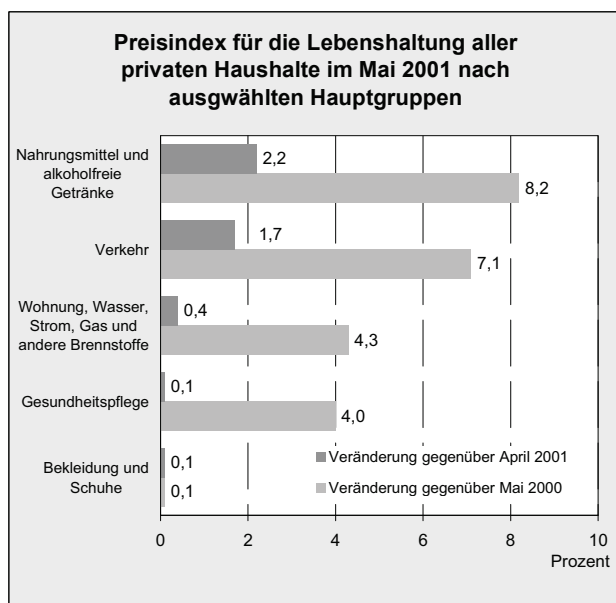
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für das Land Brandenburg stieg von Mitte April 2001 bis Mitte Mai 2001 um 0,7 Prozent auf einen Indexstand von 110,2

(Basis 1995=100). Die **Jahresteuerungsrate gegenüber Mai 2000 betrug + 4,1 Prozent.**

Im Mai 2001 wurde erheblich an der Preisspirale gedreht. Preistreiber waren wie im Vormonat die Nahrungsmittel und Kraftstoffe.

Die Entwicklung des Preisindex im Mai wurde hauptsächlich durch erneute kräftige **Preissprünge bei Nahrungsmitteln und Kraftstoffen** verursacht.

Spürbare Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln waren bei Molkereiprodukten und Eiern (+ 4,1 Prozent), Gemüse (+ 9,9 Prozent) und außerdem bei Fleisch und Fleischwaren (+ 1,2 Prozent) sowie Obst (+ 3,8 Prozent) zu verzeichnen. Die Kraftstoffpreise haben mit 6,2 Prozent gegenüber dem Vormonat massiv zugelegt. Damit erreichte der Teilindex für Kraftstoffe einen neuen Höchststand.



Weitere nennenswerte Preisanstiege wurden bei Gas, Heizöl, Fernwärme und Umlagen für Zentralheizung nachgewiesen.

Der Abstand zum Preisniveau des Vorjahresmonats betrug im Mai 2001 + 4,1 Prozent. Die Teuerungsrate hat sich gegenüber dem Stand April (+ 3,3 Prozent) beachtlich erhöht. Insbesondere zog die jährliche Teuerung bei Nahrungsmitteln (März: + 5,4 Prozent, April: + 7,5 Prozent, Mai: + 9,9 Prozent) weiter an. Auch der Vorjahresvergleich bei Kraftstoffen zeigte die gleiche Tendenz (März: + 3,2 Prozent, April: + 9,7 Prozent, Mai: + 16,1 Prozent). Damit stieg der Kraftfahrpreisindex, der den Einfluss der Preisentwicklung für die Anschaffung und den Unterhalt von Kraftfahrzeugen auf die Lebenshaltung der privaten Haushalte misst, um 8,0 Prozent im Vergleich zum Mai des Vorjahres (April: + 6,5 Prozent) an.

Sonderauswertungen zum Preisindex machen den Einfluss der Preistreiber auf die Gesamtindexentwicklung deutlich. So wurde für den Gesamtindex ohne Saisonwaren eine monatliche Teuerung von + 0,5 Prozent und eine jährliche Teuerung von + 3,8 Prozent ermittelt. Der Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe stieg im Monatsvergleich um 0,6 Prozent und im Jahresabstand um 3,5 Prozent.

Die Berechnungen für die Monate Januar bis Mai des Jahres 2001 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres ergaben für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte eine Veränderung von + 3,1 Prozent.

1998 mehr Geldvermögen in Brandenburger Haushalten als 1993



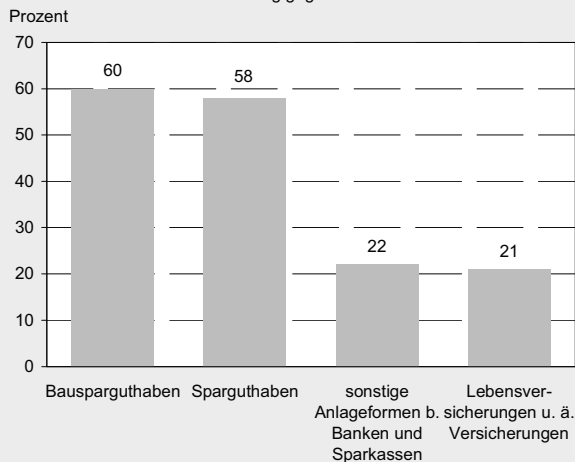
Das **Geldvermögen** eines Brandenburger Haushaltes betrug 1998 durchschnittlich 31 100 DM. Gegenüber 1993 bedeutet das einen **Zuwachs um knapp 40 Prozent.** Damit hatten die Brandenburger

Haushalte nur 49 Prozent bzw. 44 Prozent des Vermögens der Haushalte in Deutschland insgesamt bzw. im früheren Bundesgebiet.

Verglichen mit dem **Durchschnitt der neuen Länder und Berlin-Ost** (31 930 DM) lag der Vermögensbestand eines Brandenburger Haushaltes noch darunter.

Geldvermögen Brandenburger Haushalte 1998 nach ausgewählten Formen der Geldvermögensbildung

Veränderung gegenüber 1993



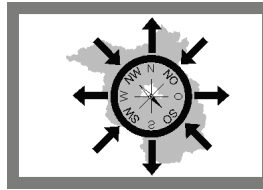
1998 waren rund ein Drittel des Geldvermögens mit 10 660 DM **Sparguthaben**, gefolgt von **Lebensversicherungen u. ä.** Versicherungen mit 6 290 DM (20 Prozent). **Sonstige Anlagen** bei Banken und Sparkassen waren mit 5 430 DM (17 Prozent) die dritthäufigste Form der Geldvermögensbildung privater Haushalte. An vierter Stelle lagen Bausparguthaben mit 3 220 DM (10 Prozent). Die Anlage von Geldvermögen in Aktien spielte 1998 mit einem Anteil von 4 Prozent eine untergeordnete Rolle.

Der höchste Zuwachs war 1998 gegenüber 1993 bei den **Bausparguthaben** mit 60 Prozent zu verzeichnen, gefolgt von den Sparguthaben mit 58 Prozent. Dagegen erreichten die sonstigen Anlageformen bei Banken und Sparkassen sowie die Guthaben aus Lebensversicherungen u.ä. Versicherungen nur einen Zuwachs von 22 Prozent bzw. 21 Prozent.

Über das höchste Geldvermögen verfügten 1998 die **Haushalte von Beamten** mit durchschnittlich 50 350 DM. Auch **Haushalte von Angestellten** konnten mit 42 970 DM je Haushalt überdurchschnittliches Geldvermögen aufweisen. Etwas ungünstiger stellte sich die Vermögenslage bei **Haushalten von Rentnern und Pensionären und von Arbeitern** dar. Ihr Geldvermögen betrug mit 26 170 DM bzw. 25 120 DM rund 16 Prozent bzw. knapp 20 Prozent weniger als der Durchschnitt aller Haushalte. Das niedrigste Geldvermögen hatten **Haushalte von Arbeitslosen** (15 840 DM).

Der Anteil Brandenburger Haushalte ohne Geldvermögen stieg um mehr als das Vierfache auf 7 Prozent.

Weiterhin hoher Brandenburger Exportzuwachs



Nach vorläufigen Ergebnissen exportierte Brandenburg im Februar 2001 Waren im Wert von 682 Millionen DM. Das waren 140 Millionen DM bzw. 25,9 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Brandenburger Export erreichte in den ersten beiden Monaten 2001 einen Wert von 1,3 Milliarden DM. Damit stieg die Warenausfuhr gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 268 Millionen DM bzw. um 25,9 Prozent.

Während bei **Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft** noch ein Exportminus von 2 Prozent zu verzeichnen war, legte die **Warenausfuhr in der gewerblichen Wirtschaft** um 269 Millionen DM oder 27,5 Prozent zu. Die hohe Zuwachsrate bei Enderzeugnissen (+ 51,4 Prozent) wurde vor allem durch die **Ausfuhr pharmazeutischer Erzeugnisse** (+ 234,5 Prozent) und **Erzeugnisse der Luftfahrzeugindustrie** (+ 111,2 Prozent) erreicht.

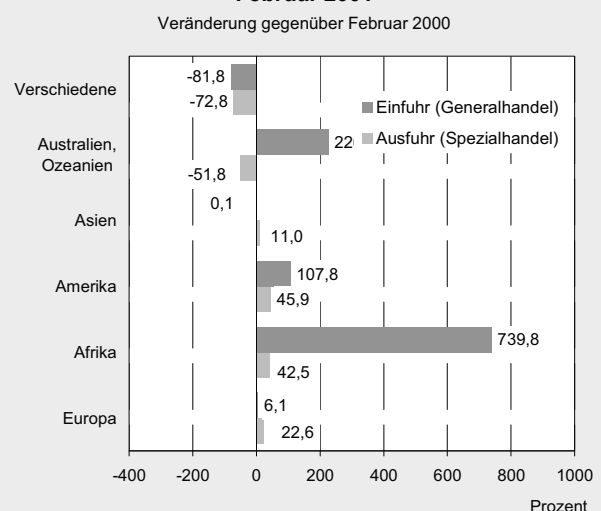
Der **Europaexport** stieg um knapp ein Fünftel auf 903 Millionen DM. Die EU-Länder erhielten Waren im Wert von 617 Millionen DM; 126 Millionen DM bzw. 25,6 Prozent mehr als noch vor Jahresfrist. Der Export in die Länder der **EURO-Zone** erhöhte sich um 52 Millionen DM bzw. 13,3 Prozent.

Mit einem Exportvolumen von 230 Millionen DM (+ 75,9 Prozent) waren die **Vereinigten Staaten** vor dem **Vereinigten Königreich und Frankreich** Brandenburgs wichtigstes Exportland. In die Vereinigten Staaten wurden für 139 Millionen DM und in das Vereinigte Königreich für 71 Millionen DM Erzeugnisse der Luftfahrzeugindustrie geliefert.

Mit einem Exportvolumen von 230 Millionen DM (+ 75,9 Prozent) waren die **Vereinigten Staaten** vor dem **Vereinigten Königreich und Frankreich** Brandenburgs wichtigstes Exportland. In die Vereinigten Staaten wurden für 139 Millionen DM und in das Vereinigte Königreich für 71 Millionen DM Erzeugnisse der Luftfahrzeugindustrie geliefert.

Brandenburger Außenhandel im Februar 2001

Veränderung gegenüber Februar 2000



Die in den ersten beiden Monaten 2001 nach Brandenburg eingeführten Waren in Höhe von nahezu 1,9 Milliarden DM lagen um 291 Millionen DM (+ 18,6 Prozent) über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

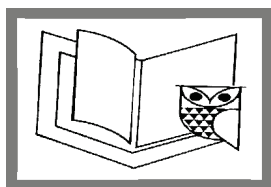
Dabei stieg der **Import von Erzeugnissen** der Ernährungswirtschaft um 1,8 Prozent und von Gütern der gewerblichen Wirtschaft um ein Fünftel.

Der höchste **Importzuwachs** von 116,5 Prozent wurde bei Halbwerten erzielt. So erhöhte sich die Einfuhr von Kraftstoffen, Schmieröl und Erdgas - hauptsächlich aus der Russischen Föderation - um mehr als das Achtfache auf 159 Millionen DM. Mit einem Wert von 703 Millionen DM (+ 10,7 Prozent) besaß Erdöl einen Anteil am Gesamtimport von rund 38 Prozent und stand damit an 1. Stelle der Importliste Brandenburgs.

Weitere **wichtige Importgüter** waren Erzeugnisse der Luftfahrzeugindustrie (Kanada, Vereinigte Staaten), Kraftfahrzeuge (Frankreich) und elektrotechnische Erzeugnisse. Brandenburg bezog 87,5 Prozent seiner Importe aus Europa; die Länder der EU lieferten knapp ein Viertel der eingeführten Waren.

Mit einem Importanteil von fast 48 Prozent war die **Russische Föderation Brandenburgs wichtigstes Lieferland**, gefolgt von den Vereinigten Staaten und Frankreich.

20 neue Habilitationen im Jahr 2000



Im Jahr 2000 haben an den drei brandenburgischen Universitäten 20 Wissenschaftler habilitiert, darunter zwei Frauen. Die Habilitation wird als akademisches Verfahren durchgeführt und dient dem

Nachweis einer wissenschaftlichen Lehrbefähigung. Die **Anzahl neuer Habilitationen schwankte in den vergangenen Jahren stark**, erreichte aber im Jahr 2000 wieder den Höchststand des Vorjahres.

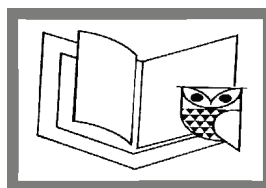
An der **Universität Potsdam** wurden 17 Habilitationen abgeschlossen, zwei weitere an der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus und eine an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Mit 13 Habilitationen wurden die meisten Lehrbefähigungen in der **Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften** erworben, fünf Habilitationen erfolgten in den Sprach- und Kulturwissenschaften und je eine in einer Ingenieurwissenschaft und in Kunst, Kunstwissenschaft.

Das Durchschnittsalter der Wissenschaftler zum Zeitpunkt der Habilitation lag bei 41,4 Jahren, der jüngste Habilitand war 32 Jahre alt und der älteste 60.

Drei der 20 neu Habilitierten standen zum Zeitpunkt der Habilitation in einem Beschäftigungsverhältnis mit der Universität.

Leichtes Absinken der Klassenfrequenzen



Im Schuljahr 1995/96 war erstmals ein leichtes Absinken der Klassenfrequenzen in Brandenburg zu bemerken. Diese **Tendenz setzte sich bis zum Schuljahr 2000/2001 fort**.

Die **Primarstufe** mit den Jahrgangsstufen 1 bis 6 wird von insgesamt 144 289 Schülerinnen und Schülern in 7 026 Klassen besucht, was einer durchschnittlichen Klassenfrequenz von 20,54 Schülern je Klasse entspricht.

Wenn zur Betrachtung die Grundschulen herangezogen werden, ergibt sich eine ähnliche Entwicklung: Von 1991/92 bis 1994/95 sind die Durchschnittsfrequenzen von 21,95 Schülern je Klasse auf 22,81 gestiegen. Ab dem Schuljahr 1995/96 (22,75 Schüler je Klasse) ist bis zum Schuljahr 2000/2001 ein Rückgang eingetreten (21,70 Schülern je Klasse).

Die 1. Klassen an den Grundschulen, aber auch an den Gesamtschulen weisen gegenüber den vorangegangenen Schuljahren mit 20,40 bzw. 18,66 Schülern je Klasse einen weiteren Rückgang in der Klassenfrequenz auf.

Die **Sekundarstufe I** der Jahrgangsstufen 7 bis 10 wird von 149 783 Schülern in 6 292 Klassen besucht. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 23,81 und damit ist die Klassenfrequenz nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (23,83 Schüler je Klasse).

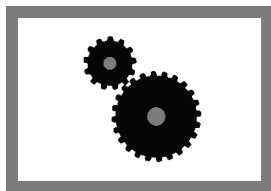
Die meisten Schüler je Klasse befinden sich wie auch in den vergangenen Schuljahren an den Gymnasien (27,30 Schüler je Klasse).

Für die Realschulen beträgt die durchschnittliche Klassenfrequenz 26,33 (Vorjahr 26,13) und für die Gesamtschulen 23,96 (Vorjahr 24,11).

Bei der Beurteilung der durchschnittlichen Klassenfrequenz ist auf relativierende Aspekte hinzuweisen. Die genannten Klassenfrequenzen sind Landesdurchschnitte und setzen sich aus Klassenfrequenzen erheblicher Spannweite zusammen.

Aus Deutschland

Automobilindustrie im Jahr 2000



Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hat die Branche „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ im Jahr 2000 ihre Stellung als einer der bedeutendsten Bereiche des Verarbeitenden

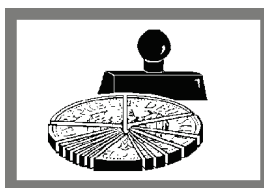
Gewerbes in **Deutschland** gefestigt. Mit 767 100 Personen im Jahresdurchschnitt (+ 1,6 Prozent gegenüber 1999) entfielen auf die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten der Automobilindustrie 12,3 Prozent aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes. Im Vergleich zu 1999 erhöhte sich der Gesamtumsatz der Automobilindustrie um 8,2 Prozent auf 431,2 Milliarden DM (220,5 Milliarden Euro), das entspricht 17,0 Prozent der gesamten Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes. Hinsichtlich des Arbeitsplatzangebots belegte die Automobilindustrie den zweiten Platz in der Rangliste nach dem Maschinenbau, sie erzielte jedoch mit Abstand die höchsten Umsätze unter den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Automobilindustrie war auch maßgeblich an den Exporterfolgen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2000 beteiligt. Ihr Auslandsumsatz erhöhte sich um 14,1 Prozent auf 251,2 Milliarden DM (128,5 Milliarden Euro),

der Anteil an den Auslandsumsätzen des Verarbeitenden Gewerbes betrug 27,1 Prozent. Die **Exportquote** (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) der Automobilindustrie lag mit 58,3 Prozent (1999: 55,3 Prozent) höher als in allen anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Hingegen entwickelte sich der Inlandsumsatz der Branche nur verhalten, er stieg im Jahr 2000 um 1,0 Prozent auf 180,0 Milliarden DM (92,0 Milliarden Euro).

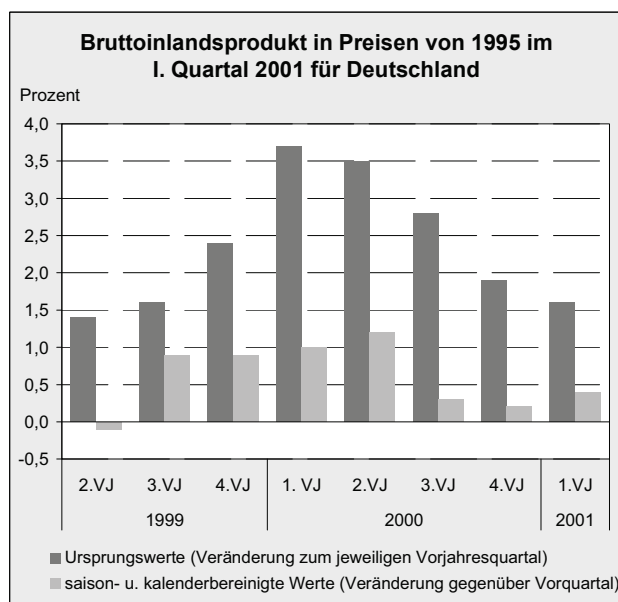
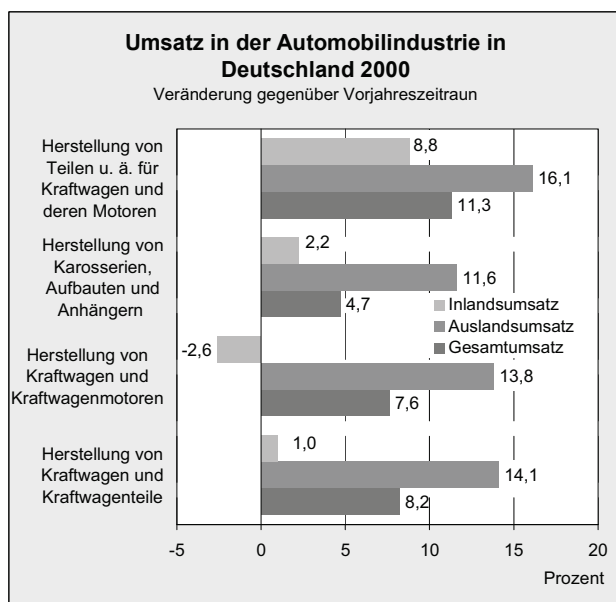
Wichtigster Zweig der Automobilindustrie ist die „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren“. Hier arbeiteten im Jahresdurchschnitt 2000 438 900 Personen (+ 1,3 Prozent gegenüber 1999), das waren 57,2 Prozent der Beschäftigten der Automobilindustrie. Vom Gesamtumsatz der Automobilindustrie im Jahr 2000 entfielen 331,2 Milliarden DM (169,3 Milliarden Euro) oder 76,8 Prozent auf die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren. Die Exportquote in diesem Zweig erhöhte sich von 61,9 Prozent im Jahr 1999 auf 65,5 Prozent im Jahr 2000.

1,6 Prozent Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2001



Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das deutsche **Bruttoinlandsprodukt**, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, im ersten Quartal 2001 im Vergleich zum

ersten Quartal 2000 real um 1,6 Prozent. Das war das niedrigste vierteljährliche Wachstum seit dem dritten Quartal 1999. Im ersten Quartal 2001 stand rund ein Arbeitstag weniger als im entsprechenden Quartal des Vorjahres zur Verfügung. Würde dieser Kalendereffekt



herausgerechnet, so ergäbe sich im ersten Vierteljahr 2001 eine Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem **Vorjahresquartal** von 2,0 Prozent.

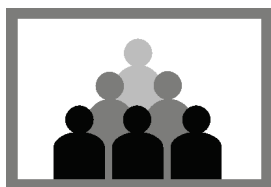
Nach rechnerischer Ausschaltung von saison- und kalenderbedingten Schwankungen (Census X-12-ARIMA) nahm das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2001 gegenüber dem **Vorquartal** um 0,4 Prozent zu und damit etwas stärker als im vierten Quartal 2000 (+ 0,2 Prozent).

Die Wirtschaftsleistung wurde im ersten Quartal 2001 von 38,26 Millionen **Erwerbstätigen** erbracht, das waren 361 000 Personen oder 1,0 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Als eine Stütze des Wirtschaftswachstums erwies sich der reale Außenbeitrag mit einem Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben nahmen gegenüber dem ersten Quartal 2000 nur unterdurchschnittlich zu (+ 1,1 bzw. + 0,3 Prozent) und die Anlageinvestitionen gingen wegen des Einbruchs bei den Bauinvestitionen (- 10,6 Prozent) um 3,2 Prozent zurück.

Das Jahresergebnis und die Quartalsergebnisse für das Jahr 2000 wurden, wie zu diesem Zeitpunkt üblich, nicht überarbeitet.

Hohe Doppelbelastung von Müttern durch Beruf und Kindererziehung



Wie das Statistische Bundesamt zum Muttertag mitteilt, gab es in Deutschland im Mai 2000 **8,9 Millionen Mütter im erwerbsfähigen Alter** (15 bis unter 65 Jahre) mit einem oder mehr minder-

jährigen Kindern. Von diesen Müttern waren fast zwei Drittel erwerbstätig (63 Prozent) - gegenüber April 1991, als 59 Prozent von 9,2 Millionen Müttern erwerbstätig waren, ein Plus von vier Prozentpunkten. Weitere 7 Prozent dieser Mütter bemühten sich um eine Arbeitsstelle (April 1991: 7 Prozent). Insgesamt lag damit der Anteil der Mütter, die eine Erwerbstätigkeit ausübten oder suchten, bei 70 Prozent (Erwerbsquote im April 1991: 66 Prozent). Das zeigen die Ergebnisse des **Mikrozensus 2000**, der europaweit größten jährlichen Haushaltsbefragung zu den Lebens- und Arbeitsverhältnissen in Deutschland.

Im **früheren Bundesgebiet** waren im Mai 2000 61 Prozent der Mütter mit einem oder mehr minderjährigen Kindern erwerbstätig, im April 1991 waren es 51 Prozent.

Weitere 5 Prozent dieser Mütter suchten eine Arbeitsstelle (April 1991: 5 Prozent), somit betrug die **Erwerbsquote** 66 Prozent (April 1991: 56 Prozent). Die **Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost** entwickelte sich gegensätzlich: Dort waren im Mai 2000 nur noch 72 Prozent der Mütter mit mindestens einem minderjährigen Kind erwerbstätig, 11 Prozentpunkte weniger als im April 1991. Weitere 18 Prozent dieser Mütter bemühten sich um eine Arbeitsstelle (April 1991: 13 Prozent). Die Erwerbsquote lag also nur noch bei 90 Prozent (April 1991: 96 Prozent).

Im Jahr 2000 wuchsen in Deutschland bei den 8,9 Millionen Müttern im erwerbsfähigen Alter 14,7 Millionen minderjährige Kinder auf (April 1991: 15,1 Millionen). Je mehr minderjährige Kinder in einem Haushalt leben und je jünger die Kinder sind, desto schwerer ist es für die Mütter, Erwerbsleben und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren: So waren in Deutschland im Mai 2000 zwar fast zwei Drittel (63 Prozent) der Mütter mit einem minderjährigen Kind erwerbstätig, jedoch weniger als ein Drittel (31 Prozent) der Mütter mit vier und mehr minderjährigen Kindern. Bei einer Betrachtung nach dem Alter des jüngsten Kindes ist festzustellen, dass nur jede zweite Mutter (48 Prozent) mit einem Kind unter 3 Jahren, jedoch nahezu drei Viertel der Mütter (74 Prozent), deren jüngstes Kind 15 bis unter 18 Jahre alt war, im Mai 2000 einer Erwerbstätigkeit nachgingen.

Die **Doppelbelastung von Erwerbsleben und Kindererziehung** spiegelt sich auch bei den Teilzeit arbeitenden Müttern wider: Drei von fünf erwerbstätigen Müttern (61 Prozent) mit mindestens einem minderjährigen Kind arbeiteten im Mai 2000 in Deutschland Teilzeit (Wochenarbeitszeit bis unter 36 Stunden).

Während gut jede zweite erwerbstätige Mutter (56 Prozent) mit nur einem minderjährigen Kind **teilzeitbeschäftigt** war, arbeiteten jedoch mehr als zwei von drei erwerbstätigen Müttern (69 Prozent) mit vier und mehr minderjährigen Kindern Teilzeit.

Gutachten der Kommission Verbesserung der informationellen Infrastruktur

Am 13. März 2001 wurde in Berlin Frau Bundesministerin Edelgard Bulmahn der **Bericht der Kommission „Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“** übergeben.

Die Arbeit der Kommission und ihre Empfehlungen bezeichnete der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, als Meilenstein auf dem Wege zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen der amtlichen Statistik und der empirischen Statistik- und Wirtschaftsforschung in Deutschland.

Die **Kommissionsempfehlungen** enthalten eine Fülle konkreter Vorschläge, wie der Datenschatz der amtlichen Statistik für die empirische Sozial- und Wirtschaftswissenschaft noch besser nutzbar gemacht werden kann. Kurzfristig sollte aus diesen Empfehlungen nach Ansicht des Statistischen Bundesamtes insbesondere die **Einrichtung von Forschungszentren** in statistischen Ämtern verwirklicht werden. Hier können besonders sensible und ohne massiven Informationsverlust nicht anonymisierbare Daten unter Wahrung des Statistikgeheimnisses für Forschungszwecke bereitgestellt werden. Zu den Aufgaben der Zentren könnte es gehören, aus den für die Wissenschaft wichtigsten Datensätzen so genannte **Scientific Use Files** zu erstellen und an berechnete Nutzer weiterzugeben. Darüber hinaus können dort Möglichkeiten der kontrollierten Datenfernverarbeitung entwickelt und bereitgestellt werden. Über Fernrechnen kann dann eine Nutzung des Angebots der Forschungsdatenzentren ohne Aufenthalt des Wissenschaftlers vor Ort ermöglicht werden. Mittelfristig erscheint die Einführung eines Forschungsdatengeheimnisses in Deutschland als die zukunftsweisende Lösung.

Die **amtliche Statistik** ist offen für eine stärkere Beteiligung der Wissenschaft an der Planung ihres Erhebungsprogramms. Dazu könnte entsprechend den Kommissionsempfehlungen die **Zahl der Vertreter der Wissenschaft im Statistischen Beirat**, dem zentralen Beratungsgremium für die amtliche Statistik, erhöht werden.

Neuer Bericht des Statistischen Bundesamtes zu Wissenschafts- und Technologieindikatoren

In Deutschland wurden **1998 2,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung** ausgegeben. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes lag Deutschland damit im Vergleich der Mitgliedstaaten der OECD vor Frankreich mit 2,2 Prozent, Großbritannien mit 1,8 Prozent und Italien mit 1,0 Prozent. Einen höheren Anteil erreichten die Vereinigten Staaten (2,6 Prozent) und Japan (3,0 Prozent).

Der größte Teil der **Maßnahmen für Forschung und Entwicklung** wird in allen hoch entwickelten Volkswirtschaften in den Unternehmen durchgeführt. In Deutschland entfielen 1998 68 Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf die Wirtschaft, 17 Prozent auf die Hochschulen und 15 Prozent auf die öffentlichen Forschungseinrichtungen. In den Vereinigten Staaten lag der Anteil des Wirtschaftssektors an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei 75 Prozent, in Japan bei 72 Prozent. Der öffentliche Sektor spielte dagegen - im Vergleich zu Deutschland - eine geringere Rolle.

Diese Ergebnisse stammen aus dem neuen **Bericht „Wissenschafts- und Technologieindikatoren“** des Statistischen Bundesamtes. Er stellt im internationalen Vergleich für die Mitgliedsländer der OECD Zahlen und methodische Erläuterungen zu 25 Indikatoren zusammen und enthält für Deutschland eine Fülle zusätzlicher Informationen. Durch die umfassende Darstellung liefert die Veröffentlichung zugleich Anregungen zu den Arbeiten im Rahmen des Benchmarking der Europäischen Kommission auf diesem Gebiet.

Weitere Informationen zu internationalen Vergleichen im Bereich „Forschung und Entwicklung“ können der Veröffentlichung „Wissenschafts- und Technologieindikatoren“ des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, die ab sofort als Download im Statistik-Shop (www.statistik-bund.de/shop) zu beziehen ist. Die Druckausgabe ist beim Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung SFG - Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon 07071 93 53 50, Telefax 07071 93 53 35, E-Mail: staba@s-f-g.com erhältlich.

Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes grundlegend verbessert

Für gesundheitsbezogene Daten und Informationen gibt es eine zentrale Anlaufstelle im Internet: Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes unter **www.gbe-bund.de**. Hier erfahren Sie beispielsweise, dass in Deutschland im Jahr 1998 rund 412,7 Milliarden DM für Gesundheit ausgegeben wurden, 5 030 DM je Einwohner. Im Jahr 1999 endete ein Krankenhausaufenthalt nach durchschnittlich 10,5 Tagen, 0,3 Tage früher als 1998.

Das **Informationssystem wurde überarbeitet** und präsentiert sich nun umfassender, nutzerfreundlicher und schneller als bisher. 650 Millionen Daten bilden den Kern des Systems. Sie werden in flexibel gestaltbaren Tabellen abgebildet. Verständliche Texte und Grafiken aus den verschiedenen Veröffentlichungen der GBE wie z. B. aus dem Gesundheitsbericht für Deutschland, den Themenheften der GBE sowie der Gesundheitsausgabenrechnung runden das Angebot ab. Die Dokumentationen zu rund 200 Datenquellen, ihren Erhebungsmerkmalen, Methodiken und Definitionen sowie Ansprechpartnern enthalten zusätzliche wertvolle Hinweise.

Dieses Angebot wird ständig erweitert und aktualisiert. Der blinkende Stern unter „Aktuelles“ im Informationssystem weist jeweils gezielt darauf hin.

Individuelle Steuerungsmöglichkeiten erhöhen die Flexibilität des Informationssystems. Nachfolgende Beispiele zeigen dies:

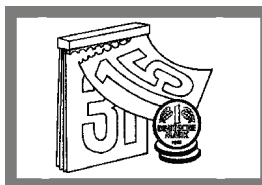
- ❑ Sie legen durch Ihre Anfrage selbst fest, welche Informationen bereitgestellt werden sollen. Das Informationssystem bietet gesundheitsrelevante Informationen aus allen Bereichen des Gesundheitswesens von A wie Aids bis Z wie Zuzahlung.
- ❑ Sie können die Suchstrategie verwenden, die Ihnen besonders liegt: die Suche über Themen, die Freitext-Recherche mit Suchbegriffen oder das „Wandern“ von einer Fundstelle zu einer „inhaltlich verwandten“ anderen. Das Informationssystem antwortet mit einer Fundstellenliste; sie nennt die Zahl der Treffer (Texte, Tabellen, Grafiken, Definitionen, Sonstige) und ermöglicht den direkten Zugang zur jeweiligen Information.
- ❑ Bei vielen Tabellen können Sie individuell einstellen, wie detailliert die Untergliederung der Angaben erfolgen soll, z. B. für Deutschland oder nach Bundesländern, für Frauen und Männer getrennt oder zusammen. Für die jeweilige Fragestellung nicht benötigte Ergebnisse können dabei ausgeblendet werden.
- ❑ Alle gefundenen Informationen können Sie unkompliziert auf Ihren PC übertragen. GBE-Tabellen lassen sich z. B. in Kalkulationsprogrammen weiterverarbeiten oder in Grafiken umsetzen, Texte können in eigene Ausarbeitungen integriert werden.
- ❑ Häufig gestellte Fragen und ihre Antworten sowie Verweise auf die Internet-Seiten anderer Informationsanbieter bieten zusätzliche Informationen.
- ❑ Weite Teile der Informationen liegen auch in englischer Sprache vor.

Die gesundheitsbezogenen Daten der GBE werden vom Statistischen Bundesamt und von zahlreichen Institutionen außerhalb der amtlichen Statistik zur Verfügung gestellt. Dadurch wird es möglich, Informationen, die sonst nur unzusammenhängend vorliegen oder schwer zugänglich sind, in einem konsistenten System zu präsentieren.

Die **Gesundheitsberichterstattung des Bundes** ist gemeinsame Aufgabe des Statistischen Bundesamtes und des Robert Koch-Instituts. Die Zusammenarbeit gewährleistet, dass über valide und aktuelle Daten hinaus fundierte statistische, medizinische und epidemiologische Fachkenntnisse für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes genutzt werden können.

Aus Europa

Entgelt und Arbeitszeit der Arbeitnehmer im vierten Quartal 2000 Vergleich Deutschland - Frankreich ¹



Für den deutsch-französischen Vergleich wurden vom Statistischen Bundesamt und vom französischen Statistischen Zentralamt (INSEE) **Indikatoren zur kurzfristigen Lohnentwicklung** konzipiert.

Sie werden Quartalsweise zeitgleich in Wiesbaden und Paris veröffentlicht.

Im **vierten Quartal 2000** lagen die Indizes der Monatslöhne/-gehälter für die Arbeiter und die Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland um 2,4 Prozent und in Frankreich um 1,9 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Da die Verbraucherpreise in nahezu gleichem Ausmaß gestiegen sind, blieben die Reallöhne in beiden Ländern fast unverändert (+ 0,1 Prozent in Deutschland, - 0,3 Prozent in Frankreich).

Die **tarifliche Wochenarbeitszeit** liegt in Deutschland seit Jahren nahezu unverändert bei 37,0 Stunden. In

Entwicklung der Lohn-/Gehaltsindizes in Deutschland und Frankreich

Jahr/ Quartal	Veränderung gegenüber dem Vorjahr bzw. dem Berichtsquartal im Vorjahr			
	Index der Monatslöhne/-gehälter			
	nominal		real	
	Deutschland	Frankreich	Deutschland	Frankreich
Prozent				
1996	3,2	2,4	1,7	0,4
1997	1,5	2,3	- 0,4	1,1
1998	1,9	1,9	1,0	1,1
1999	2,6	1,6	2,0	1,1
2000	2,4	1,7	0,5	0,0
I.	2,5	1,6	0,6	0,2
2000 II.	2,2	1,6	0,6	0,1
III.	2,3	1,8	0,2	0,0
IV.	2,4	1,9	0,1	- 0,3

¹ Die dargestellten Indizes basieren in Deutschland auf Auswertungen der Tarifverträge, in Frankreich auf einer vierteljährlichen Erhebung bei Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (ACEMO). Einbezogen werden die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Transport und Nachrichtenübermittlung sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe. Als Löhne/Gehälter werden in Deutschland die tariflichen Grundlohn/-gehaltssätze nachgewiesen, in Frankreich die Basislöhne und -gehälter, jeweils ohne Zulagen und Prämien sowie Einmalzahlungen. Die Indizes werden für eine konstante Arbeitnehmerstruktur berechnet (Laspeyres-Indizes). Nähere Erläuterungen zur Methodik siehe: „Wirtschaft und Statistik“ Heft 1/2001 und „Courrier des statistiques“ n° 94.

Frankreich sank sie im vierten Quartal 2000 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um fast 1 ½ Stunden bzw. 3,5 Prozent auf durchschnittlich 36,8 Stunden. Bei vollem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung stiegen daher in Frankreich die Stundenlöhne/-gehälter mit 5,0 Prozent wesentlich stärker als in Deutschland (+ 2,4 Prozent).

Im **Jahresdurchschnitt 2000** sind die Monatslöhne und -gehälter in Deutschland nominal um 2,4 Prozent und real um 0,5 Prozent gestiegen. In Frankreich nahmen sie nominal um 1,7 Prozent zu und blieben real konstant. Auf Grund der Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich 3,4 Prozent stiegen die Stundenlöhne und -gehälter mit 4,7 Prozent nominal wesentlich stärker als in Deutschland (2,4 Prozent).

Deutsch- französische Zusammenarbeit in der Statistik wird ausgebaut

Am 26. März 2001 wurde in Straßburg in der elsässischen Regionaldirektion des französischen Statistischen Amtes (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques - INSEE) ein „**Kompetenzstützpunkt deutsche Statistik**“ eröffnet.

Mit der Einrichtung des Kompetenzstützpunktes wird auf die steigende Nachfrage nach deutschen amtlichen Statistiken in Frankreich reagiert. In dem Kompetenzstützpunkt übernehmen französische Fachleute eine Vermittlerrolle und werden **Informationssuchende aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung in Frankreich** in allen fachlich-methodischen Fragen beraten und ihnen die entsprechenden deutschen Statistiken zur Verfügung stellen. Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der angrenzenden Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland werden dem Kompetenzstützpunkt ihre Veröffentlichungen bereitstellen und den Online-Zugang zu ihren Internet-Angeboten eröffnen.

Die Einrichtung des „Kompetenzstützpunkt deutsche Statistik“ ist Ergebnis der langjährigen engen und fruchtbaren Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes, der Statistischen Ämter Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland mit dem Statistischen Amt Frankreichs.

Standardisierte Erwerbslosenquote der Europäischen Union

Seit Februar dieses Jahres veröffentlicht die **Bundesanstalt für Arbeit** in ihren monatlichen Pressemitteilung zusätzlich zu den bereits bisher veröffentlichten Erwerbslosenquoten die saisonbereinigte standardisierte Erwerbslosenquoten der **Europäischen Union (EU)** für Deutschland. Diese ist nach den vom **Internationalen Arbeitsamt (ILO)** auf der 13. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker 1982 aufgestellten Norm abgegrenzt. Die Berechnungsmethode ist innerhalb der EU methodisch abgestimmt. Für Deutschland wird die standardisierte Erwerbslosenquote der EU von der **Bundesanstalt für Arbeit** und vom **Statistischen Bundesamt** gemeinsam ermittelt. Ergebnisse liegen bereits wenige Tage nach Ablauf des Berichtsmonats vor. Insbesondere für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union steht damit ein hochaktueller Indikator zur Analyse des deutschen Arbeitsmarktes im internationalen Vergleich zur Verfügung. Das **Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat)** veröffentlicht die deutschen Ergebnisse zwei bis drei Wochen später in seiner monatlichen Pressemitteilung zusammen mit den Erwerbslosenquoten für die anderen Mitgliedsstaaten der EU, der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan und übernimmt sie in die Datenbank NewCronos.

Die Erwerbslosenquote zeigt das Verhältnis zwischen Erwerbslosen und wird folgendermaßen berechnet:

$$\text{Erwerbslosenquote} = \frac{\text{Erwerbslose}}{\text{Erwerbslose} + \text{Erwerbstätige}}$$

Die standardisierten Erwerbslosen der EU umfassen alle Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die zur Monatsmitte

- ☐ ohne Arbeit sind, das heißt nicht eine Stunde pro Woche gearbeitet haben,
- ☐ verfügbar sind, das heißt innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können,
- ☐ während der vorhergehenden vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben.

Zu den standardisierten Erwerbstätigen der EU zählen alle Personen, die zur Monatsmitte eine entlohnte oder selbstständige Tätigkeit von mindestens einer Stunde pro Woche ausüben bzw. in einen Arbeitsverhältnis stehen, soweit sie in Privathaushalten leben und keinen Wehr- bzw. Zivildienst leisten. Mithelfende Familienangehörige sind einbezogen.

Vom Landesamt - zum Landesbetrieb

Am 19.12.2000 unterschrieb Innenminister Jörg Schönbohm den **Errichtungserlass** für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS).

Aus dem bisherigen Landesamt wurde am 1. Januar 2001 ein Landesbetrieb, der zum Geschäftsbereich des Innenministeriums gehört. Der LDS ist **Rechtsnachfolger** des Landesamtes und übernimmt sowohl die Aufgaben als auch das Personal.

Somit führt der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik die ca. 250 amtlichen EU-, Bundes- und Landesstatistiken auf den gleichen **gesetzlichen Grundlagen** durch wie bisher das Landesamt und hält dabei den **Datenschutz und die statistische Geheimhaltung** strikt ein. Darüber wird auch weiterhin der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht wachen. Seine frühzeitige Einbeziehung in alle datenschutzrelevanten Vorgänge ist bewährte Praxis des LDS, die fortgeführt wird.

Der Landesbetrieb arbeitet wie zuvor das Landesamt nach den statistischen Grundsätzen der **Objektivität, Neutralität und Unabhängigkeit**.



Was ändert sich durch die Umwandlung für Sie?

Personen, Haushalte, Unternehmen, Betriebe, Behörden..., stellen Daten für uns bereit. Die **Datenbereitstellung** basiert in jedem Fall auf einem Gesetz und alle diese Gesetze sind weiterhin gültig. Wir brauchen auch weiterhin Daten von Ihnen.

Sie können sicher sein, wir werden Ihre Daten mit der gleichen Sorgfalt wie immer behandeln. Die Einhaltung des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung sehen wir sowohl als gesetzliche Pflicht, als auch als

Verpflichtung gegenüber Ihnen, die uns Ihre Daten bereitstellen.

Ihr/e **Ansprechpartner/in** wird im Landesbetrieb die/der gleiche sein, da das Personal vom Landesamt übernommen wurde. Bei den Befragungen von Haushalten und Geschäften setzen wir Interviewer ein, die Sie oft schon lange kennen. Jede/r Interviewer/in kann sich ausweisen.

Die **Datenverarbeitung** erfolgt unter strengsten Sicherheitsbedingungen. Die Kontrollen des Landesbeauftragten für Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht führten noch nie zu Beanstandungen. Es ist unser Ziel, dieses positive Ergebnis beizubehalten, weil es ein Qualitätssiegel ist.

Welche Informationen stellt der Landesbetrieb bereit?

Bei der **Auswertung** statistischer Daten geht es immer um eine Gesamtaussage, nie um den Einzelfall. Statistik informiert über Massenerscheinungen und schützt somit die individuelle Angabe.

Der Landesbetrieb informiert die Öffentlichkeit über **statistische Eckdaten** durch Pressemitteilungen, Faltblätter, das Internet und den Informationsservice. Diese Informationen und Beratung zu deren Interpretation erhalten Sie kostenlos.

In Statistischen Berichten, Verzeichnissen, dem Statistischen Jahrbuch und weiteren **Publikationen**, zum Teil auch auf elektronischen Medien, stellt der LDS weitergehende Informationen bereit, die wie bisher kostenpflichtig sind. Das Veröffentlichungsverzeichnis informiert Sie über das gesamte Spektrum. Wir schicken es Ihnen gern kostenlos zu.

Bei **umfangreichen, individuellen Anfragen** beraten wir Sie über das verfügbare Datenspektrum und vereinbaren mit Ihnen den Leistungsumfang und den Preis.

Die Mitarbeiterinnen des Informationsservice erreichen Sie unter (0331) 39 575.

Statistische Angaben aus allen Bereichen

Statistische Angaben sind die Basis für fundierte Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Sie liefern Informationen über Brandenburg, wie zum Beispiel:

- ☐ Wie viele Gemeinden hat Brandenburg?
1 474
- ☐ Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise?
Von 1995 bis 2000 um 6,4 Prozent nach oben

- ☐ An welchem Wochentag passieren die meisten Straßenverkehrsunfälle?
Freitag
- ☐ Wie viele Universitäten gibt es in Brandenburg?
Drei, in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder)
- ☐ Welche Partei erzielte bei den letzten Landtagswahlen die meisten Sitze?
SPD (37)
- ☐ Hat jeder Haushalt ein Auto?
Nein, nur drei Viertel aller Haushalte
- ☐ Wie viele Gemeinden erheben eine Zweitwohnungssteuer?
329
- ☐ Wie groß ist der durchschnittliche Brandenburger Mann?
1,76 m
- ☐ Wie viele Tonnen Spargel wurden im Jahr 2000 gestochen?
5 778 Tonnen, das sind mehr als 2 Kilogramm pro Brandenburger/in



Äpfel, Birnen und Kirschen dominieren die Obstbaumbestände in Brandenburgs Baumschulen

- Ergebnisse der Baumschulerhebung für das Jahr 2000 -

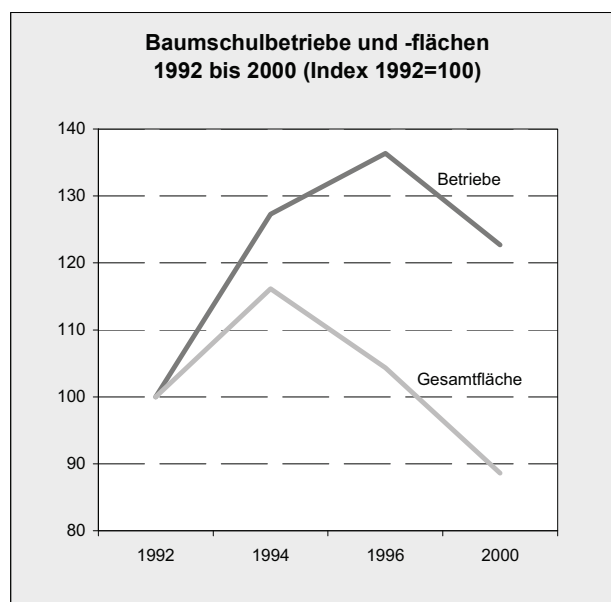
Wussten Sie schon, dass das Land Brandenburg im Jahr 2000 über 108 Baumschulbetriebe verfügte, die eine Gesamt-Baumschulfläche von 1 078 Hektar bewirtschafteten? Wussten Sie schon, dass sowohl Betriebe als auch Flächen der Baumschulen seit 1996 stark rückläufig waren? Wussten Sie schon, dass von den Obstgehölzen in Brandenburgs Baumschulen mehr als die Hälfte (51,4 Prozent) auf Äpfelbäume entfiel und nur etwa jeder siebente Obstbaum dort ein Birnbaum war? Wussten Sie schon, dass mehr als die Hälfte der 18 400 Beerensträucher in den Baumschulen Johannisbeeren (52,7 Prozent) und mehr als ein Drittel (38,6 Prozent) Stachelbeeren waren? All dies sind Ergebnisse der Baumschulerhebung aus dem Jahre 2000 für das Land Brandenburg, deren wesentliche Ergebnisse nachfolgend dargestellt sind.

Auf der Grundlage des Agrarstatistikgesetzes (AgrStatG) wurde die Baumschulerhebung seit dem Jahre 1992 alle zwei Jahre und wird seit 1996 alle vier Jahre im Land Brandenburg durchgeführt. Mit Ausnahme von Pflanzgärten in Forstbetrieben werden in die Baumschulerhebung alle Betriebe mit ihren landwirtschaftlichen Nutzflächen, auf denen Baumschulgewächse herangezogen werden, einbezogen. Mit der Erhebung werden die **Betriebsflächen**, die **Flächen der Bestände an Obst- und Ziergehölzen**, an **Obstunterlagen und Forstpflanzen** sowie die **Zahl, die Arten und Merkmale der Pflanzenbestände** erfasst.

Im Jahre 2000 gab es im Land Brandenburg insgesamt **108 Baumschulbetriebe** mit einer **Gesamtfläche von 1 078 Hektar** oder 10,78 km². Gegenüber dem vorhergehenden Berichtsjahr 1996 hat sich die Zahl der Betriebe um 10 Prozent und die Baumschulfläche um rund 15 Prozent verringert. Nachdem die Betriebszahl seit 1992, dem erstem Berichtsjahr, von 88 Betrieben bis 1996 auf 120 Betriebe kontinuierlich gestiegen war, ist somit erstmals wieder ein Rückgang festzustellen.

Die **Produktion von Baumschulerzeugnissen** konzentrierte sich, wie schon in den vergangenen Jahren, auf Ziergehölze und Forstpflanzen:

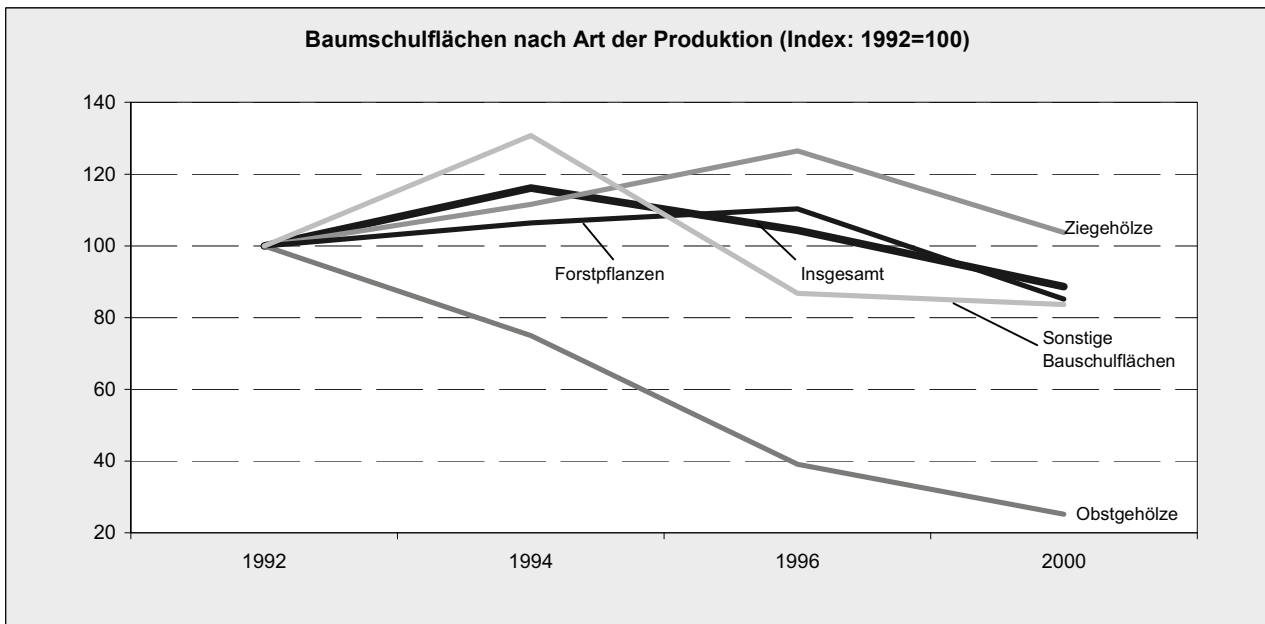
- ❑ So wurden auf 409 Hektar (37,9 Prozent) der Baumschulfläche **Ziergehölze** herangezogen.
- ❑ 278 Hektar (25,8 Prozent) wurden für die **Anzucht von Forstpflanzen** verwendet.
- ❑ Nur rund 10 Hektar (1 Prozent) wurden für die **Produktion von Obstgehölzen** genutzt.



- ❑ Die übrigen Flächen dienten zur **Anzucht sonstiger Gehölze**, als Einschlag- und Gründungsflächen, als Mutterpflanzenquartiere oder lagen brach.

Die **Produktionsstruktur** der Brandenburger Baumschulbetriebe hat sich **seit 1996 wesentlich verändert**. Seit 1996 gingen vor allem die Bestände an veredelten Obstgehölzen zurück. Sie verringerten sich um rund 18 000 Stück bzw. 45,2 Prozent von 39 400 Stück auf nunmehr 21 600 Stück.

Die Anzahl der **Ziergehölze** (ohne Rosen) ging im gleichen Zeitraum von rund 8,4 Millionen Stück auf 5,6 Millionen Stück zurück. Auch die **Produktion von Obstunterlagen und Rosen** wurde jeweils um gut 20 Prozent eingeschränkt.



Die überwiegend kleinen Brandenburger Baumschulbetriebe mit einem territorial engen Einzugs- und Absatzgebiet können im Wettbewerb mit der Massenproduktion der großen in- und ausländischen Konkurrenz nur schwer bestehen. Hinzu kommt, dass die Verringerung der Obstproduktion in den neuen Bundesländern nach 1990 und damit auch in Brandenburg in den Baumschulen zu geringerer Nachfrage nach Obstgehölzen führte. Verschärft wurde der Nachfrageeinbruch durch den nach der Wende reduzierten Obstanbau in Kleingärten, da der Handel ganzjährig ein vielfältiges Obstangebot bereithält. Diese und weitere Faktoren führten zu einer **allgemein negativen Preisentwicklung** und hatten teilweise die **Vernichtung herangezogener Bestände** zur Folge. Viele kleine Baumschulen spezialisierten sich und ziehen nur noch wenige Gehölzarten heran. Um dennoch ein ausreichendes und vielfältiges Angebot zu sichern, wird Baumschulware von Großbaumschulen zugekauft bzw. aus dem Ausland importiert.

Die **Bestände der Forstpflanzen** sind von 90,5 Millionen Stück auf 60,3 Millionen Stück bzw. um 33,4 Prozent seit 1996 zurückgegangen. Die Reduzierung betraf dabei sowohl die Nadelholz- als auch die Laubholzpflanzen. Der Hauptschwerpunkt lag hier bei den einjährigen Sämlingen, da 1999 Saatgut witterungsbedingt nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stand. Betrachtet man die **Entwicklung der Anbaustruktur in den einzelnen Produktionsarten**, so zeigt sich ein wesentlich differenzierteres Bild.

Auch wenn sich die **Bestände an Obstgehölzen** (einschließlich Wal- und Haselnüssen) in den Baumschulen seit 1996 um etwa die Hälfte (- 45,6 Prozent) reduziert

haben (seit dem Basisjahr 1992 sogar um annähernd 90 Prozent), so sind für die einzelnen Obstsorten unterschiedlich stark ausgeprägte **Trends** zu erkennen:

- Mit rund 11 000 Stück stellten Apfelbäume im Jahr 2000 mehr als die Hälfte der 21 600 Stück veredelter Obstgehölze.
- Birnen mit 3 200 Stück bzw. 14,8 Prozent sowie Kirschen mit 3 100 Stück bzw. 14,4 Prozent stellten den zweit- und drittgrößten Anteil der Bestände an Obstgehölzen in den Baumschulen.

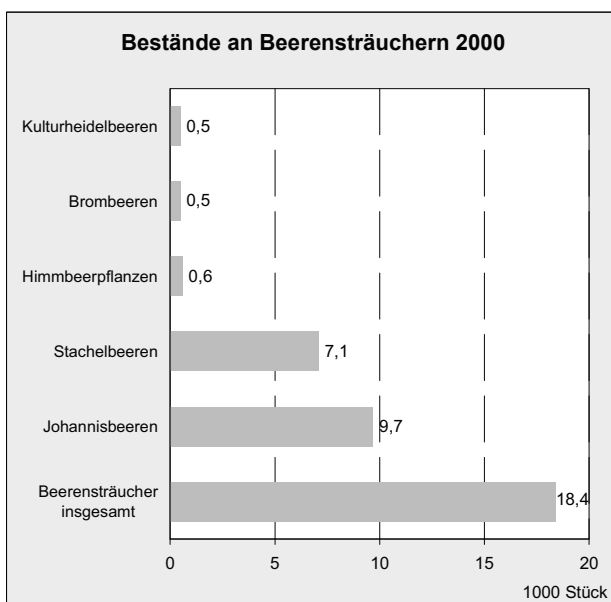
Bestände an Obstgehölzen 1992 bis 2000						
Pflanzenart	1992	1994	1996	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1996	
	1 000 Stück				Prozent	
Obstgehölze insgesamt	168,0	59,1	39,4	21,6	- 17,8	- 45,2
davon						
Äpfel	109,7	31,7	13,2	11,1	- 2,1	- 15,9
Birnen	9,5	6,4	9,2	3,2	- 6,0	- 65,2
Quitten	-	0,3	0,2	0,3	+ 0,1	+ 50,0
Kirschen	26,0	9,1	7,9	3,1	- 4,8	- 60,8
Pflaumen/ Zwetschgen/ Mirabellen	9,7	7,6	4,3	2,5	- 1,8	- 41,9
Pflirsiche	4,6	0,7	0,8	0,6	- 0,2	- 25,0
Aprikosen	3,1	0,7	0,7	0,1	- 0,6	- 85,7
Walnüsse	2,0	0,7	3,1	0,4	- 2,7	- 87,1
Haselnüsse zur Fruchtgewinnung	3,3	1,9	0,1	0,3	+ 0,2	+ 200,0

- ❑ Ihnen folgten mit 11,6 Prozent (2 500 Stück) die Obstsorten Pflaumen/Zwetschgen/Mirabellen.
- ❑ Kamen Pfirsichbäume noch auf einen Anteil von rund 2,8 Prozent im Jahr 2000, so ist dieser etwa für Quitten und Aprikosen (1,4 bzw. 0,5 Prozent) kaum noch von Bedeutung.

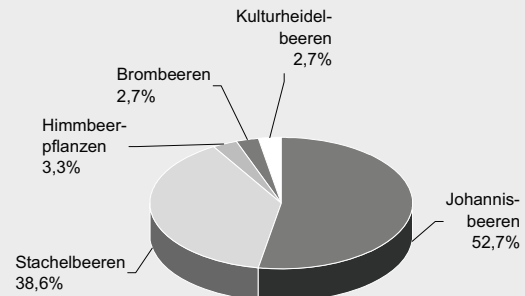
Stark überdurchschnittlich reduzierten sich gegenüber 1996 mit einem Minus von rund 87 bzw. rund 86 Prozent die Walnuss bzw. Aprikosenbestände in den Baumschulen des Landes. Ebenfalls überdurchschnittliche Rückgänge mussten mit rund 65 bzw. 61 Prozent die Bestände der Birnen- und Kirschenbäume verkraften.

Entgegen dem allgemeinen Trend verzeichneten die Quittenbestände mit einem Plus von 50 Prozent bzw. die Haselnussbestände zur Fruchtgewinnung mit einem Plus von 200 Prozent Zuwächse gegenüber dem Jahr 1996. Gemeinhin lässt sich jedoch für alle Arten von Obstgehölzen der Baumschulen der allgemeine Trend einer starken und kontinuierlichen Reduzierung der Bestände in den Brandenburger Baumschulen seit dem Jahr 1992 feststellen.

Mit 18 400 Stück **Beerensträuchern** im Jahr 2000 erzielten die Brandenburger Baumschulen im Vergleich mit dem Berichtsjahr 1996 ein Produktionsplus von rund 12 Prozent. Gegenüber dem ersten Berichtsjahr 1992 ist jedoch ein starker Rückgang der Bestände um rund 62 Prozent zu verzeichnen. Die höchsten Anteile am für den Verkauf bzw. für die eigene Aufschulung bestimmten Gesamtbestand hatten im Jahr 2000 mit rund 53 Prozent Johannisbeersträucher. Auch Stachelbeeren lagen mit einem Anteil von rund 39 Prozent weit vorn.



Anteile einzelner Sorten an den Beerensträuchern insgesamt



Von den im Jahre 2000 in den Brandenburger Baumschulen vorhandenen **Ziergehölzen für Straßen, Parks und Gärten** von insgesamt rund 5,6 Millionen Stück entfiel ein Großteil auf die Pflanzenarten Ziersträucher, Laubbäume, Nadelgehölze und immergrüne Bodendecker. Gegenüber 1996 waren die Ziergehölzbestände insgesamt um rund 34 Prozent rückläufig. Weiterhin wiesen auch die Rosenbestände einen weiteren Rückgang um annähernd 20 Prozent aus.

Auch bei den **Beständen der Forstpflanzen** waren wiederum Rückgänge sowohl im Bestand der Nadelholz- als auch der Laubholzpflanzen festzustellen. So teilte sich der Gesamtbestand im Jahre 2000 von rund 60 Mil-

Bestände an Forstpflanzen 1992 bis 2000

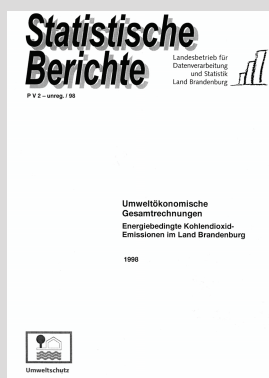
Pflanzenart	1992	1994	1996	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1996	
	Millionen Stück				Prozent	
Forstpflanzen insgesamt	175,3	108,4	90,5	60,3	-30,2	-33,4
darunter Nadelholz-pflanzen	137,2	58,7	38,4	27,7	-10,7	-27,8
Kiefern	99,1	38,2	25,8	18,6	-7,2	-27,9
Fichten	26,6	11,5	7,0	4,8	-2,2	-31,2
Douglasien	3,7	2,0	1,6	1,8	+0,3	+17,0
Laubholz-pflanzen	38,1	49,7	52,1	32,6	-19,5	-37,5
Rotbuchen	13,4	16,2	16,6	9,3	-7,3	-43,9
Trauben-eichen	0,9	12,2	13,9	8,1	-5,8	-41,8
Stieleichen	4,5	5,7	7,0	3,9	-3,0	-43,6

lionen Stück zu etwas weniger als der Hälfte auf Nadelholzpflanzen (46 Prozent) und zu etwas mehr als der Hälfte (54 Prozent) auf Laubholzpflanzen auf. Gegenüber 1996 ist insgesamt eine Reduzierung der Bestände um rund ein Drittel, gegenüber dem Basisjahr der Erhebungen 1992 sogar um rund zwei Drittel festzustellen.

Von den **Nadelholzbeständen** wurden in den Brandenburger Baumschulen Kiefern und Fichten mit rund 18,6 bzw. 4,8 Millionen Stück am häufigsten vorgehalten. Douglasien und Lärchen fielen dagegen mit rund 1,8 bzw. rund 0,8 Millionen Stück weit aus weniger ins Gewicht. Von den **Laubholzarten** hatten Rotbuchen und Traubeneichen gefolgt von Stieleichen und Roterlen die größten Bestände.

Holger-Jens-Hoffmann
Uwe Seeger

Bericht „Energiebedingte Kohlendioxid-Emissionen im Land Brandenburg“ erschienen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlicht im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen die für 1990 bis 1998 ermittelten energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen im Land Brandenburg.

Die bis Mitte der neunziger Jahre erzielte relativ hohe Minderungsquote der Kohlendioxid-Emissionen von ca. 35 Prozent im Vergleich zu 1990 begründet sich im wirtschaftlichen Strukturwandel einschließlich dem Rückgang der Braunkohlennutzung in Brandenburg. Für 1998 wurden 59,3 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch errechnet. Gegenüber dem Vorjahr ist somit eine Erhöhung der Kohlendioxid-Emissionen im Land Brandenburg von fast 17 Prozent zu verzeichnen.

Die Zunahme des Emissionsvolumens zum Ende der neunziger Jahre ist u. a. auf die positiver verlaufende Wirtschaftsentwicklung verbunden mit höherem Energieverbrauch, Erhöhung des Stromexportes und insbesondere auf ein ständig steigendes Verkehrsaufkommen zurückzuführen. Bemerkenswert ist, dass sich die ausgestoßene Kohlendioxidmenge im Verkehrssektor in den Jahren 1990 bis 1998 fast verdoppelt hat. Kohlendioxid-Emissionen bilden ein wichtiges Glied in der Kette der umweltökonomischen Untersuchungen und stehen besonders als Thematik des Klimaschutzes im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen. Weitere Informationen enthält der Statistische Bericht: Umweltökonomische Gesamtrechnungen- Energiebedingte Kohlendioxid-Emissionen im Land Brandenburg.

Bestellungen können unter der Faxnummer



(0331) 39 418

aufgegeben werden.

Ferner ist es möglich, die Publikationen beim **Informationsservice** des LDS käuflich zu erwerben:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Postfach 60 10 52, 14467 Potsdam



(0331) 39 575

E-Mail-Adresse: Info@lds.brandenburg.de

Verbundprogrammierung

Einer für alle ... !!!

Herrmann Hollerith hat für die Volkszählung im Jahre 1890 in den USA informationsverarbeitende Maschinen (Hollerith-Maschinen) konstruiert und das erste Mal mit großem Erfolg statistische Daten maschinell aufbereitet. Dies war die Geburtsstunde der Nutzung der Informationstechnik (IT) für die Statistik. Seit diesem Zeitpunkt wird die IT in immer größerem Umfang für die Realisierung der Aufgaben der amtlichen Statistik eingesetzt.

Die Durchführung der Bundesstatistiken obliegt den Statistischen Landesämtern und beruht auf dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz- BStatG v. 22.01.1987).

In Deutschland werden die Bundesstatistiken arbeitsteilig von den Statistischen Landesämtern und vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die Landesämter sind dabei für die Erhebung, die Plausibilisierung und die Tabellierung bis zur Landesebene zuständig. Sie verbreiten die regionalen Ergebnisse. Das Bundesamt erhält von den Landesämtern die Landesergebnisse und erstellt damit das Bundesergebnis.

Die für die Bundesstatistik erhobenen Einzelangaben dienen ausschließlich statistischen Zwecken. Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt.

Bundesstatistiken müssen von allen Landesämtern in einheitlicher Weise durchgeführt werden. Die Koordination dieser Zusammenarbeit ist Aufgabe des Statistischen Bundesamtes. Diese Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern wird als „**Verbund der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes**“ bezeichnet. Der Verbund hat das Ziel, die Bundesstatistiken **kostengünstig und methodisch einheitlich** zu erstellen. Dieser Programmierverbund der Statistischen Ämter ermöglicht

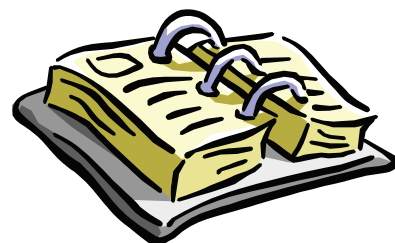
- ☐ eine arbeitsteilige Erstellung von Organisations- und Programmierungsvorgaben,
- ☐ die Erstellung, Pflege und den Austausch von Programmen sowie
- ☐ den Austausch von Daten und Dokumenten.

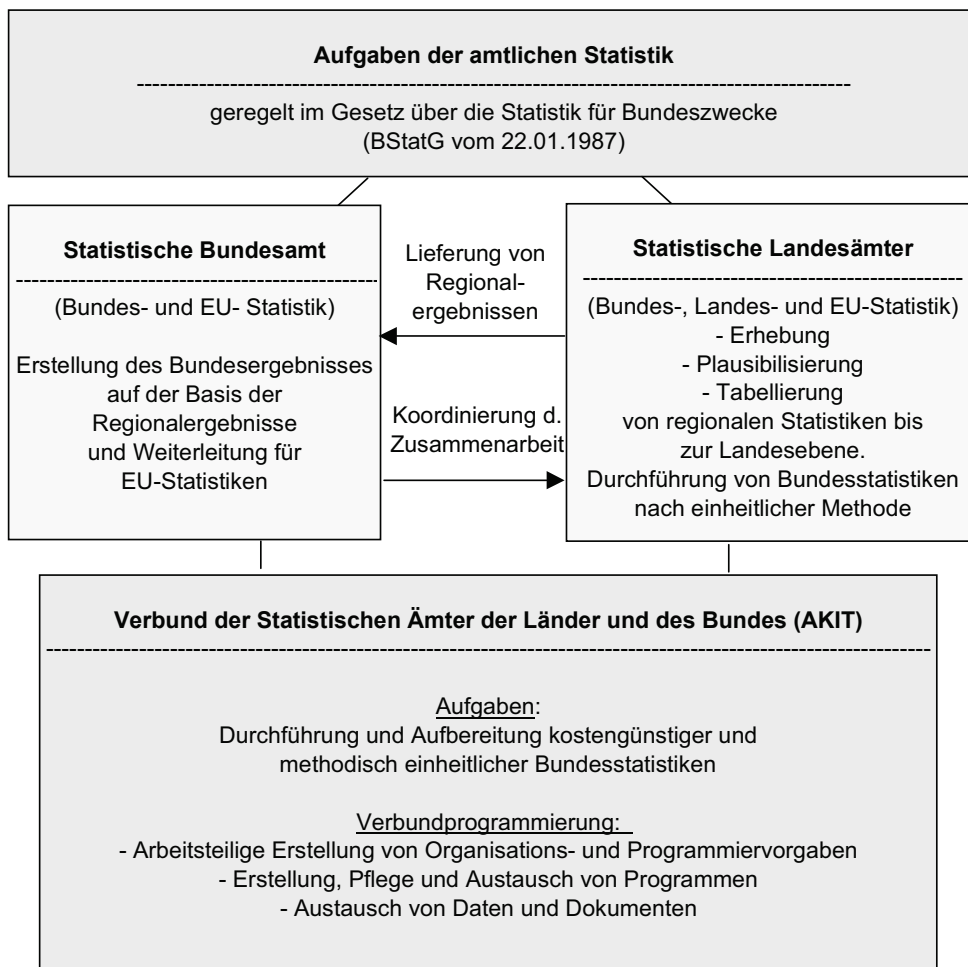
Aus dieser gemeinsamen Aufgabenstellung heraus hat sich eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Ämtern des Verbundes beim Einsatz der IT entwickelt. Wichtigste Aufgabe ist dabei, für die Durchführung der jeweiligen Statistik den technisch und organisatorischen Ablauf festzulegen und vom Betriebssystem unabhängige Programme (Verbundprogramme) zu entwickeln. Dazu hat man sich auf Richtlinien geeinigt, deren Einhaltung von großer Bedeutung für das Funktionieren des Verbundes ist.

Für die Organisation der Zusammenarbeit zwischen den Landesämtern und dem Bundesamt ist der **Arbeitskreis für Informationstechnik (AKIT)** zuständig. Unter dem Vorsitz des Bundesamtes und mit den IT-Referenten der Landesämter als Mitglieder wird in diesem Gremium seit mehr als 30 Jahren der gesamte IT-Einsatz des Verbundes gesteuert und koordiniert.

Verbundprogramme werden von einem Amt erstellt und von allen Landesämtern genutzt. Dadurch wird ein einheitlicher Ablauf unter Verwendung der gleichen Programme für alle Arbeitsschritte sichergestellt. Damit dies funktioniert, müssen sich die Programme leicht zwischen den im Verbund zugelassenen IT-Plattformen portieren lassen. Um dies zu erreichen, müssen Vereinbarungen über die für die Verbundprogrammierung zugelassene Hard- und Software sowie organisatorische Regelungen getroffen werden.

Dazu wurden erstmals am **10. Juli 1968 vom AKIT die Richtlinien für die Statistische Verbundprogrammierung** vereinbart.





In den Richtlinien für die Statistische Verbundprogrammierung werden zu folgenden Themen Festlegungen getroffen:

- ☐ zulässige Betriebssysteme
- ☐ Maschinenkonfiguration
- ☐ zulässige Programmiersprachen
- ☐ Software-Umgebung
- ☐ zu verwendende Bezeichnungen
- ☐ Richtlinien zum Datenflussplan
- ☐ Richtlinien für die Organisation
- ☐ Richtlinien zur Programmierung
- ☐ Anlage von Programm- und Zitierbibliotheksakten
- ☐ Programmversand, Änderungsdienst
- ☐ Versand von Daten

- ☐ Richtlinien zur Übertragung von Programmen und Daten
- ☐ Richtlinien für APC-Anwendungen
- ☐ Richtlinien zum Einsatz von ADABAS/NATURAL im Verbund

Diese Richtlinien werden durch Beschlüsse des AKIT ständig aktualisiert. Sie sind verbindlich für die gemeinsame Programmierung statistischer Aufgaben; **Abweichungen sind nicht zulässig.**

Die Vereinbarung fußt auf der Tatsache, dass die gestiegenen sachlichen Anforderungen und die Unterschiedlichkeit der technischen Ausrüstung wie der Betriebssysteme eine außerordentlich strikte Zusammenarbeit erfordern. Das Funktionieren des Programmierverbundes und damit der Durchführung der praktischen Arbeit in allen Statistischen Ämtern hängt wesentlich davon ab, dass die Richtlinien genau beachtet werden.

Der Programmierer sollte immer vor Augen haben, dass das von ihm gefertigte Programm nicht nur in seinem Amt, sondern auch in anderen Landesämtern laufen muss, wo niemand das Programm und die damit verbundene Problematik genau kennt.



Daher ist eine kollegiale Selbstverständlichkeit, dass

- ❑ alle erforderlichen Unterlagen beigelegt werden,
- ❑ die Erläuterungen ausführlich, unmissverständlich und klar sind,
- ❑ alle nur erdenkliche Sorgfalt darauf verwandt wird, allen anderen Benutzern das Verstehen der Arbeitsweise des Programms so einfach wie möglich zu machen sowie
- ❑ etwa aufgetretene Fehler oder angefallene Änderungen sofort und in verständlicher Form allen Ämtern mitgeteilt werden.

Die Verbundprogrammierung der Statistischen Ämter ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur mit dem ernsthaften Willen der Zusammenarbeit lösbar ist. Diese Zusammenarbeit erfordert Rücksichtnahme und gelegentlich etwas Mehrarbeit, die sich aber durch die Möglichkeit des Programmaustausches bezahlt macht.

Statistiken sind ohne den Einsatz von leistungsstarken Datenverarbeitungsanlagen und die Bereitstellung von „maßgeschneiderten“ Anwendungsprogrammen für die verschiedenen Phasen des Aufbereitungsprozesses nicht mehr wirtschaftlich zu erstellen. In den vergangenen Jahren wurde die Organisation fast sämtlicher Bundesstatistiken (ca. 200) auf eine maschinelle Verfahrensweise umgestellt. Die Entwicklung von Software für die neuen Organisations- und Aufbereitungskonzepte wurden schon frühzeitig auf die im Programmierverbund beteiligten DV-Abteilungen der Statistischen Ämter verteilt, wobei je nach Leistungsfähigkeit eines jeden Amtes unterschiedliche Programmentwicklungsbeiträge erbracht werden. Um eine gerechte Verteilung der neuen Aufgaben auf alle Verbundteilnehmer vorzunehmen, wurde auf der Amtsleiterkonferenz im Oktober 1992 ein



„**Beschluss über den Verteilungsschlüssel an der jährlichen Programmierleistung und der Bewertung von Einzelprogrammen in der Statistischen Verbundprogrammierung**“ gefasst.

Dieser besagt:

Alle im Statistischen Programmierverbund zusammenarbeitenden Ämter müssen auf der Basis einer **globalen Aufwand-Schätzung 80 Personenjahre pro Jahr** an Leistung bereitstellen.

Die Aufteilung der Programmierressourcen auf die Ämter basiert zum einen auf der Annahme, dass eine funktionsfähige Programmiergruppe aus mindestens 3 Personen bestehen muss und andererseits innerhalb dieser Gruppe durchschnittlich qualifizierte und erfahrene Programmierer bereitstehen, die auch die im Verbund eingesetzten Programmiersprachen beherrschen.

Der Verteilungsschlüssel nimmt Anleihe an den im **GG Art. 51, Abs. II** über die Zusammensetzung des Bundesrates festgelegten Bezugsgrößen.

Auf dieser Grundlage sind folgende Kapazitäten je Land bereitzustellen:

Schleswig-Holstein	4
Hamburg	3
Niedersachsen	6
Bremen	3
Nordrhein-Westfalen	7
Hessen	4
Rheinland-Pfalz	4
Baden-Württemberg	6
Bayern	6
Saarland	3
Berlin	4
Brandenburg	4
Mecklenburg-Vorpommern	3
Sachsen	4
Sachsen-Anhalt	4
Thüringen	4
Statistisches Bundesamt	11
Summe	80

Um eine gerechte Verteilung der Lasten, gemäß dem neu festgelegten Schlüssel, gewährleisten zu können, wurden entsprechende Kontrollverfahren aufgebaut. Dabei erfolgt die Bewertung der Verbundmitarbeit grundsätzlich anhand des **tatsächlich eingebrachten zeitlichen Aufwands** (in Personen-Tagen, -Wochen, -Monaten usw.).

Für die Programmierung wird dazu ein **Funktionskatalog für Verbundprogramme** als Grundlage herangezogen. (Einteilung der Programme in verschiedene Programmtypen mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad und Festlegung der dazu benötigten Programmierzeit)

Auf der Basis dieses Katalogs folgt eine **Vorabschätzung** der pro Amt anliegenden Arbeiten. Im Nachgang



meldet dann jedes Amt den wirklichen Zeitaufwand, den jede einzelne Programmier-/Organisationsarbeit benötigt hat. Im AKIT wird am Ende eines jeden Jahres über den pro Amt geleisteten Aufwand ein Bericht erstellt und der Amtsleiterkonferenz vorgelegt.

Fazit: Ohne den Verbund wäre die Bundesstatistik in ihrer heutigen Organisationsform, der arbeitsteiligen Durchführung durch die Landesämter und das Bundesamt, aus Kostengründen nicht durchführbar. Die Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes ist intensiv und sehr erfolgreich beim Einsatz der Informationstechnik.

Reingard Pollner

Eurostat Jahrbuch 2000: Europa im Blick der Statistik

Mit dieser komplexen Veröffentlichung Eurostats erwartet den Leser eine **einzigartige Übersicht über Europa in statistischer Form**.



900 Indikatoren, das entspricht rund 200 000 harmonisierte Daten, decken den Zeitraum von 1988 bis 1998 für:

- ☐ die Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
- ☐ die beitrittswilligen Länder sowie
- ☐ die wichtigsten Wirtschaftspartner (EFTA-Staaten, Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Japan) ab.

Der Nutzer erhält Informationen zu demographischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen, die ihm anhand von:

- ☐ 650 Datentabellen,
- ☐ 220 Graphiken und 33 Karten sowie
- ☐ methodisch angelegten Texten und Leseempfehlungen zur Themenvertiefung präsentiert werden.

Das Jahrbuch untergliedert sich in:

1. Bevölkerung (u. a. Struktur, Wachstum, Lebenserwartung, Gesundheit und Sicherheit, Familie, Bildung, Erwerbspersonen, Wohnverhältnisse);
2. Bodennutzung und Umwelt (u. a. Schlüsselmerkmale, Emissionen und Luftverunreinigungen, Recycling);

3. Volkseinkommen und Ausgaben (u. a. Wirtschaftswachstum, Einnahmen und Ausgaben des Staates, Sozialleistungen, Zahlungsbilanz, Dienstleistungshandel, Warenverkehr, Arbeitsmarkt, Forschung und Entwicklung);
4. Unternehmen und Wirtschaftszweige in Europa (u. a. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistung, Energieversorgung, Tourismus, Transport);
5. Die Europäische Union (u. a. Verbraucherpreise, Zinsen und Wechselkurse, Meinungsumfragen von Eurobarometer, Binnenwirtschaft, europäischer Markt);
6. Die beitrittswilligen Länder (u. a. Bevölkerung, Fläche, BIP, Ein-, Ausfuhr und Handelsbilanz, Arbeitslosigkeit, Inflationsrate, Bildungswesen).

Erhältlich ist das **Eurostat Jahrbuch 2000** beim Eurostat Data Shop Berlin:

als **Print-Version**

Preis: 38 EUR (zzgl. Versandkosten)

sowie auf einer **mehrsprachigen CD-ROM**

Preis: 45 EUR (zzgl. Versandkosten)

unter folgender Anschrift:

Statistisches Bundesamt



i-Punkt Berlin/ Eurostat Data Shop
Otto-Braun-Straße 70/72

10178 Berlin, DEUTSCHLAND



Telefon: 0 18 88-644 94 27/ 28



Telefax: 0 18 88-644 94 30

Personalratswahlen im Internet im Jahr 2002



Der **Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS)** wurde am 27.03.2001 auf der CeBIT 2001 innerhalb der Sonderausstellung „Moderner Staat - moderne Verwaltung“ als einer von vier Gewinnern im Rahmen des Wettbewerbs

„e-Government in Bundes- und Landesverwaltungen“

für unser Projekt:

Personalratswahlen im Internet im Jahr 2002

medienwirksam vor einem großen kompetenten Publikum ausgezeichnet.

Insgesamt **50 Behörden aus ganz Deutschland** haben ihre Ideen und Vorschläge eingereicht. Ausgerichtet hatten den Wettbewerb das Beratungsunternehmen KPMG und Cisco Systems, der weltweit führende Anbieter von Netzwerktechnologie. Schirmherrin war die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Brigitte Zypries.

Der Wettbewerb hatte **drei Ziele**:

1. die Anwendung von Internettechnologien bei der Modernisierung der Verwaltung zu stärken;
2. die Qualität und Effizienz des Verwaltungshandelns zu erhöhen;
3. und die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit zu verbessern.

Eine unabhängige **Jury aus Wissenschaft und Praxis** unter Vorsitz von Prof. Dr. Werner Jann von der Universität Potsdam hatte anhand von Bewertungskriterien je-

den Wettbewerbsbeitrag begutachtet. Insbesondere wurden dabei der Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung, das organisatorische und technische Lösungskonzept einschließlich des Sicherheitskonzepts und die Realisierbarkeit berücksichtigt. Von den 50 Wettbewerbsbeiträgen kamen zunächst **zehn in die engere Wahl**. In einer **zweiten Runde** wurden drei dieser Projekte mit Einzelpreisen ausgezeichnet sowie ein Sonderpreis für das Gesamtkonzept der Freien und Hansestadt Hamburg vergeben.

Damit wurde das bisherige Engagement des LDS auf diesem Gebiet bestätigt, was ohne die rege Mitgestaltung und aktive Teilnahme an der im Jahr 2000 bereits durchgeführten **Simulation einer Personalratswahl** und den nur dadurch gewonnenen neuen Erkenntnissen nicht möglich gewesen wäre.

Der LDS engagiert sich weiter auf dem Gebiet der **Erprobung und des Einsatzes elektronischer Signaturen** in den Feldern „e-democracy“ und „e-government“ und wird hier ein Kompetenzzentrum für die Brandenburger Landesverwaltung bilden. Weiterhin werden die Vorbereitung für die Nutzung des Internets für die Personalratswahl 2002 fortgesetzt, wie die Klärung des Rechtsrahmens, die Bereitstellung der Signaturen und organisatorische Vorbereitung etc.

Arend Steenken

Die **vier besten Projektbeiträge** im Wettbewerb „e-government in Bundes- und Landesverwaltungen“:

- ☐ Internetwahlen - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
- ☐ Bürgerportal - Staatliche Arbeitsschutzverwaltung NRW
- ☐ eStrategie - Bundesverwaltungsamt
- ☐ Sonderpreis für die Freie und Hansestadt Hamburg

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.verwaltung-der-zukunft.de/indexnet.html>
<http://www.brandenburg.de/land/mi/presse/pm01/pm033.htm>

<http://www.staat-modern.de/infos/reden.htm>

Schulverzeichnis von Brandenburg im Internet

Steht Ihrer Familie ein größerer Umzug bevor, Ihr Sprössling kurz vor der Einschulung oder einem Schulwechsel? Für viele Eltern stellt sich dann die Frage: Welche Schule ist die Richtige für mein Kind? Für alle Suchenden stellen das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik ab 14. März 2001 ein „**Elektronisches Schulverzeichnis**“ im Internet bereit.



Unter:

http://www.lds-bb.de/service/schulen/index_s.htm

finden Sie alle Informationen zu allgemein bildenden Schulen einschließlich der Schulen des zweiten Bildungsweges sowie Erläuterungen zum Brandenburger Schulwesen. Über eine Suchmaske gelangen Sie konkret zu jeder Schule. Sie bietet für die gezielte Suche viele Auswahlmöglichkeiten.

Suchkriterien sind:

- ☐ der Landkreis oder die kreisfreie Stadt,
- ☐ die Stadt oder Gemeinde, die Schulform, wie z. B. Grundschule, Gesamtschule, Gymnasium öffentlicher oder freier Träger,
- ☐ der Name der Schule,
- ☐ die Angebote/Besonderheiten der Schulen, wie
 - welche Sprachen werden in welcher Form (z. B. Arbeitsgemeinschaft, Fremdsprache) angeboten,
 - zusätzliche Informationen, wie Ganztagschule, Besonderheiten (z. B. Schwerpunkt Informatik) oder die besondere Prägung (z. B. Sportschule).

Für die Suchkriterien geben Menüs die vorhandenen Möglichkeiten vor, aus denen gewählt werden kann. Das Suchergebnis informiert Sie noch einmal über Ihre ausgewählten Suchkriterien und listet alle gefundenen Schulen unter Angabe von Schulform, Name der Schule, Ort und Kreis an. Der Schulname ist per Link mit den ausführlichen Informationen über die Schule hinterlegt. Per Mausklick bekommen Sie die Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse und Internetadresse (so weit vorhanden), Name des Leiters/der Leiterin und des Stellvertreters/ der Stellvertreterin, Sprachenangebot und zusätzliche Informationen (wie Ganztagschule, Besonderheiten oder Projekte) sowie die Schülerzahl angezeigt.

Ein Beispiel:

Suchkriterien: Landkreis Spree-Neiße, Schulversuch Leistungsschulprofilklassen/ Schnellläuferklassen

Ergebnis: 2 Einträge

Erwin-Strittmatter-Gymnasium
03130 Spremberg
Pestalozzi-Gymnasium
03172 Guben

Das Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen ist auch als **Broschüre** oder auf **Diskette** erhältlich.

Bestellungen können unter der Faxnummer



(0331) 39 418

aufgegeben werden.

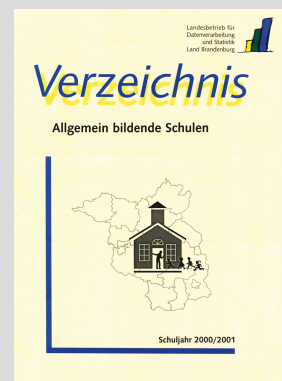
Ferner ist es möglich, die Publikationen beim **Informationsservice** des LDS käuflich zu erwerben:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Postfach 60 10 52, 14467 Potsdam



(0331) 39 575



Regionale Material- und Energieflussrechnungen

Material- und Energieflussrechnungen wurden vom Statistischen Bundesamt mit dem Ziel entwickelt, zukünftig die traditionellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu ergänzen. Auf Landesebene wurde seit kurzem begonnen, die Methodik in modifizierter Form zu erschließen und gegenüber dem Bund kompatible Ergebnisse vorzulegen. Dabei liegt der Schwerpunkt der Arbeiten momentan in der Gewinnung, Bereitstellung und Aufbereitung des Datenmaterials, auch für kleinere administrative Einheiten als das Bundesland. Der zweite Arbeitsschritt, die eigentliche Flussrechnung, wurde für den Rohstoffverbrauch des Landes insgesamt in erster Näherung über den Inlandsverbleib ermittelt. Dabei zeigten sich eine Vielzahl sehr differenzierter Probleme, insbesondere in Bezug auf die Vergleichbarkeit der Basisdaten. Für einzelne Rohstoffe oder Güter wurden bereits umfassende Bilanzrechnungen vorgelegt, welche auch für Zeitreihenanalysen zur Verfügung stehen. Als methodisch geschlossenes Rechenwerk wird die Energiebilanz gesehen mit der Einschränkung, dass lediglich energetische Flüsse betrachtet und umweltrelevante Aspekte vernachlässigt werden. Im weiteren werden Ansätze formuliert, Flussrechnungen für einzelne Rohstoffe und Güter mit Umweltbelastungsfaktoren zu verknüpfen und durch das Darlegen der Entstehungsursachen Anhaltspunkte für Maßnahmen, die dem Umweltschutz dienen, aufzuzeigen.

Material- und Energieflussrechnungen in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen

Seit Ende der 80-er Jahre beschäftigt sich das Statistische Bundesamt damit, das traditionelle System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um umweltorientierte Kriterien der Messung zu erweitern. Dabei sollen in erster Linie die längerfristigen und strukturellen Aspekte quantifiziert und soweit möglich monetär bewertet werden, um die traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu ergänzen. Es wurde ein Konzept erarbeitet, das ein ganzheitliches, von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unabhängiges, aber mit ihr vielfältig verbindbares Rechenwerk darstellt. Im Rahmen der Beschreibung der Umweltbelastung wurde die Methodik der Material- und Energieflussrechnungen erarbeitet (Statistisches Bundesamt, Fachserie 19). Das Grundkonzept des Statistischen Bundesamtes enthält fünf Themenbereiche, die entsprechend dem international sich durchsetzenden „Pressure-State-Response“-Ansatz strukturiert sind.

Der Themenbereich 1, Material- und Energieflussrechnungen, basiert prinzipiell auf dem Modell des Stoffstromes von den Quellen der Rohstoffe über die Verarbeitungsprozesse und dem Konsum bis hin zur Abgabe. Die Datensammlung und Analyse unterscheidet dabei drei Ebenen:

- Die **gebietsbezogene** Rechnung berücksichtigt alle Ströme von Material und Energie, die die Grenzen einer Region (z. B. Kreis, Landschaftsgebiet) über-

schreiten. Diese Ströme werden als Zu- und Abflüsse bezeichnet.

- Die **wirtschaftsbezogene** Rechnung berücksichtigt alle Ströme von Material und Energie zwischen der inländischen Wirtschaft und der Natur. Diese Ströme werden als Entnahmen und Abgaben bezeichnet.
- In der **aktivitätsbezogenen** Rechnung wird das Aufkommen und die Verwendung von Material und Energie dargestellt, die von den Aktivitäten der 58 Produktionsbereiche der inländischen Wirtschaft sowie der Haushalte ausgehen. Unter einem Produktionsbereich ist dabei die Gesamtheit aller wirtschaftlichen Aktivitäten, die ausschließlich und vollständig die Güter einer Gütergruppe erzeugen, zu verstehen. Durch die Verwendung der Gliederung nach homogenen Produktionsbereichen können die Daten zu umweltrelevanten Material- und Energieströmen sowie zu Umweltbelastungen direkt in Beziehung zu ökonomischen Kennziffern aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesetzt werden. Produktionsbereiche stellen somit das Bindeglied zwischen Wirtschafts- und Umweltdaten dar.

In den drei Ebenen kann eine Totalbetrachtung aller mengenmäßig relevanten Flüsse und/oder eine problembezogene Betrachtung ausgewählter Flüsse, Produktionsbereiche oder Gütergruppen erfolgen. Die Totalbetrachtung zielt dabei in erster Linie auf die quantitative Analyse und Bewertung, während die problembezogene

Wichtigste amtliche Statistiken zur Erstellung von Material- und Energieflussrechnungen

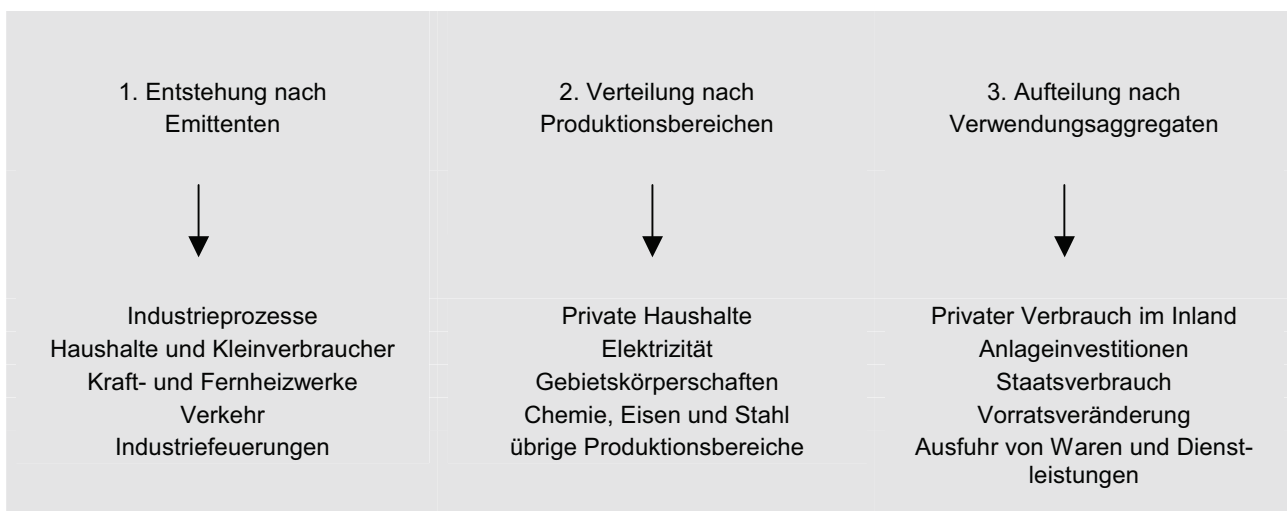
Produktion und Verteilung	Ex- und Importe	Entsorgung
Produktionserhebung	Generalhandel	Abwasseraufkommen und -beseitigung
Elektrizitäts- und Gaserzeugung	Spezialhandel	Abfallaufkommen und -behandlung
Agrarberichterstattungen, Holzstatistik		
Wassergewinnung und -verwendung		

Betrachtung den Vorteil einer qualitativ genaueren Beobachtung - zum Preis einer Selektion- bietet. Jede Ebene und Betrachtungsweise von Flussrechnungen setzt aber voraus, dass die einzelnen Stationen im Gesamtfluss hinreichend statistisch erfasst sind und eine Kompatibilität zwischen den Quellen hergestellt werden kann.

Für Material- und Energieflussrechnungen wird in erster Linie auf bereits vorhandene Daten der amtlichen Statistik zurückgegriffen. Der Vorteil der amtlichen Statistik besteht im Gegensatz zu Verbandsstatistiken oder zu Erhebungen anderer Einrichtungen darin, dass bundeseinheitliche Methoden, Definitionen und Klassifikationen über einen meist längeren Zeitabschnitt angewandt werden und somit die gewonnenen Aussagen regional, sektoral und in Zeitabständen vergleichbar sind. Momentan findet bereits eine EU-weite Angleichung der genannten Kriterien statt. Kritisch einzuordnen sind an dieser Stelle zwei Aspekte. Zum einen kann die amtliche Statistik aus unterschiedlichen Zwängen heraus (langwierige Gesetzgebungsverfahren, Belastung der Auskunftspflichtigen etc.) nicht immer schnell genug auf neue Entwicklungen und Datenanforderungen reagieren und zum zweiten zeigen sich bei Gesamtrechnungsver-

fahren - insbesondere bei relativ jungen Systemen wie Materialrechnungen - Datenlücken und Diskrepanzen. Diese müssen durch andere Datenquellen geschlossen bzw. mit aufwendigen Verfahren angepasst werden. Die wichtigsten amtlichen Datenquellen zeigt die vorangestellte Tabelle. Des weiteren werden eine Vielzahl von sogenannten Fachstatistiken einbezogen, die in der Regel auf die Produktion und Verwendung ausgewählter volkswirtschaftlich bedeutungsvoller Güter abgestellt sind. Für Zwecke der Materialbilanzen finden hier u. a. die Kohlestatistik, Stahl- und Mineralölstatistik Anwendung.

Auf der Outputseite unterscheiden Material- und Energieflussrechnungen drei Kategorien von direkten Umweltbelastungen, und zwar Luftemissionen, Abfälle und Abwasser. Anders als in den Bereichen Abfall und Abwasser werden die luftseitigen Belastungen überwiegend errechnet. Je nach Fragestellung der 3 Analyse-möglichkeiten (siehe unten) muss die entsprechende Berechnungsmethode dargestellt werden, wobei die zu Grunde gelegten Energie- und Produktionsmengen sowie die spezifischen Emissionskoeffizienten (in Anwendung kommen die vom Umweltbundesamt ermittelten Faktoren) als Konstanten anzusehen sind.



Erste Ergebnisse für das Land Brandenburg

Seit Mitte der 90-er Jahre gibt es auch bei den Statistischen Landesämtern Ansätze, Ergebnisse des Bundes auf Länderebene zu regionalisieren. Für die Durchführung von Material- und Energieflussrechnungen sind zwei aufeinander aufbauende Schritte erforderlich:

- ❑ Gewinnung, Bereitstellung und Aufbereitung des Datenmaterials sowie
- ❑ die eigentliche Flussrechnung.

Momentan haben die Arbeiten im Land Brandenburg ihren Schwerpunkt in der Datenbereitstellung und Datenaufbereitung. An einigen Stellen erscheint eine Modifikation zum Bundesprogramm auf Grund der unterschiedlichen Datenlage notwendig. Berechnungen sind einerseits erfolgt zu den Ausgaben des Staates und des Produzierenden Gewerbes für den Umweltschutz sowie zu dem Anlagevermögen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe und andererseits zu den Energieflüssen.

In Brandenburg ist das Engagement im Energiebereich auf die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle und der politischen Orientierung, den Anteil der regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch maßgeblich (innerhalb der nächsten zwanzig Jahre von 1991 rund 2 Petajoule auf 10 Petajoule) zu erhöhen, zurückzuführen. Erstellt wird die Energiebilanz jährlich seit 1989 im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft für Brandenburg.

In **Energiebilanzen** werden das Aufkommen und die Verwendung von Energieträgern so lückenlos und detailliert wie möglich dargestellt. Unter Energieträgern werden dabei alle Quellen, aus denen direkt oder durch Umwandlung Energie gewonnen wird, verstanden. Zu den direkten Energieträgern, auch Primärenergieträger genannt, gehören: Steinkohle, Rohbraunkohle, Hartbraunkohle, Erdöl, Erdgas, Erdölgas, Grubengas, Brennstoff. Außerdem werden die Kernenergie sowie alle erneuerbaren Energieträger zu den Primärenergieträgern gezählt. In der **Primärbilanz** können gewinnseitig keine Sekundärprodukte verbucht werden. Diese erfüllen als solche noch nicht die Eigenschaften eines Energieträgers, d. h. erst nach Bearbeitung der Produkte stehen diese als Energieträger zur Verfügung. Dies führt zur

differenzierten Behandlung biotischer Rohstoffe. So steht z. B. der nachwachsende Rohstoff Holz nach mechanischer Aufbereitung (häckseln, pressen) direkt als Endenergie oder als Umwandlungsenergie zur Verfügung. Der nachwachsende Rohstoff Raps erhält seine energetischen Eigenschaften, außer falls direkt der Verbrennung zugeführt, erst nach der chemisch-physikalischen Umwandlung (s. unten stehende Abbildung).

Rapsölmethylester wird somit als gewonnener Rohstoff in der Primärbilanz gewinnseitig verbucht. Im Gegensatz dazu erscheinen Sekundärenergieträger, wie z. B. Koks, Ottokraftstoffe, Heizöl, Gichtgas nicht als Gewinnung sondern als bereits umgewandelte Produkte von Primär- oder Sekundärenergieträgern.

Die Energiebilanz selbst ist als Matrix aufgebaut (s. Tab. „Energiefluss des Landes Brandenburg“). In der horizontalen Gliederung werden die Primär- und Sekundärenergieträger sowie die aus diesen Energieträgern erzeugten nichtenergetischen Produkte ausgewiesen. In der vertikalen Gliederung werden das Energieaufkommen, die Energieumwandlung und der Endenergieverbrauch dargestellt. Somit ergibt sich für jeden einzelnen Energieträger der Nachweis über dessen Aufkommen und Verwendung. Die Bilanzmatrix selbst unterscheidet drei Hauptteile, nämlich die Primärenergiebilanz, die Umwandlungsbilanz und den Endenergieverbrauch:

- ❑ Die **Primärenergiebilanz** ist eine Bilanz der Energiebereitstellung der ersten Stufe (Gewinnung, Bestände, Ex- und Import).
- ❑ In der **Umwandlungsbilanz** werden Einsatz und Ausstoß der verschiedenen Umwandlungsprozesse, der Verbrauch von Energieträgern in der Energiegewinnung (Eigenverbrauch) und im Umwandlungsbereich sowie die Fackel- und Leitungsverluste ausgewiesen. Die bei der Umwandlung anfallenden Nichtenergetischen, wie z. B. Bitumen, Schmierstoffe, werden als „Andere Mineralölprodukte“ erfasst, um den Einsatz und Ausstoß der Umwandlung vollständig darstellen zu können. Prinzipiell wird im Umwandlungsbereich nach dem Bruttoprinzip gebucht, d. h. Sekundärenergieträger, die noch einmal einer Umwandlung unterliegen, werden jeweils in ihrer vollen Höhe in Einsatz und Ausstoß erfasst. So werden z. B. Heizöle, die in Kraftwerken

Raps → pressen/extrahieren → Rapsöl → Umesterung (Rapsöl + Methanol) → Rapsölmethylester (RME)



der Verstromung dienen, nachdem sie in den Raffinerien aus Erdöl gewonnen wurden und dort als Umwandlungsausstoß erfasst sind, wieder als Umwandlungseinsatz verbucht. Umwandlungsausstoß und Umwandlungseinsatz enthalten jeweils für sich betrachtet damit Doppelzählungen, die aber durch Differenzbildung als „Energieangebot nach Umwandlungsbilanz“ wieder eliminiert werden. Als Endverbrauch definierte Größen müssen teilweise in einer energiebilanzbezogenen Betrachtungsweise als Umwandlungsenergien bewertet werden. So dient die Verbrennung von Koks in einem Stahl-ofen in erster Linie der Wärmeerzeugung und damit der Rohstahlgewinnung. Das bei diesem Prozess entstehende Gichtgas und Konvertergas wird als Sekundärenergieträger zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt. Um dem Bruttoprinzip Rechnung zu tragen, wird dieses Gas mit einem Koks-äquivalent bewertet und der entsprechende Koks-anteil im Umwandlungseinsatz, statt im Endenergieverbrauch, bilanziert.

- Der **Endenergieverbrauch** gibt Auskunft über die Verwendung der Energieträger in bestimmten Verbrauchergruppen, soweit sie unmittelbar der Erzeugung von Nutzenergie dienen. Der Endenergieverbrauch der Industrie (ohne Energiegewinnungs- und Umwandlungsbereiche z. B. Brikettfabriken, Kraftwerke, Raffinerien) basiert weitgehend auf statistische Erhebungen, in denen Betriebe mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einbezogen

werden. Kleinere Unternehmen werden zum HuK (Haushalt- und Kleinverbraucher) gezählt.

Vom Endenergieverbrauch ist die energetisch letzte Stufe der Energieverwendung, die sogenannte Nutzenergie, begrifflich zu unterscheiden. Die Energiebilanzen enthalten i. d. R. keinen Nachweis über die Nutzenergie, da hierfür gegenwärtig weder ausreichende statistische Erhebungen noch hinreichend gesicherte und umfassende andere Quantifizierungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Für die brandenburgische Energiebilanz werden 18 amtliche Statistiken sowie 13 Verbandsstatistiken bzw. Berichte anderer Behörden und wissenschaftlicher Einrichtungen, die teilweise auch auf gesetzlichen Erhebungen basieren, genutzt. Des weiteren werden eine Vielzahl von Informationen, die überwiegend von der Energiewirtschaft selbst bereitgestellt werden, verarbeitet. Auf den ersten Blick lässt die Vielzahl der potentiellen Datenquellen eine recht gute Datenbreite und Vielfalt vermuten, was bei den leitungsgebundenen Energieträgern Strom und Gas zutreffend ist. Mit der Liberalisierung des Energiemarktes wird sich die Primärdatenlage, unter der Annahme einer unveränderten Rechtsgrundlage der amtlichen Statistik in diesem Bereich, verschlechtern und der Anteil von Schätzverfahren und anderen Hilfsrechnungen zunehmen müssen. In der nachfolgenden Tabelle ist der Energiefluss für 1997 zusammengefasst. Dieses Schema, ergänzt um die einzelnen Umwandlungsbereiche und Verbrauchergruppen, wurde für insgesamt 29 Einzelenergieträger berechnet, die jederzeit abrufbar sind.

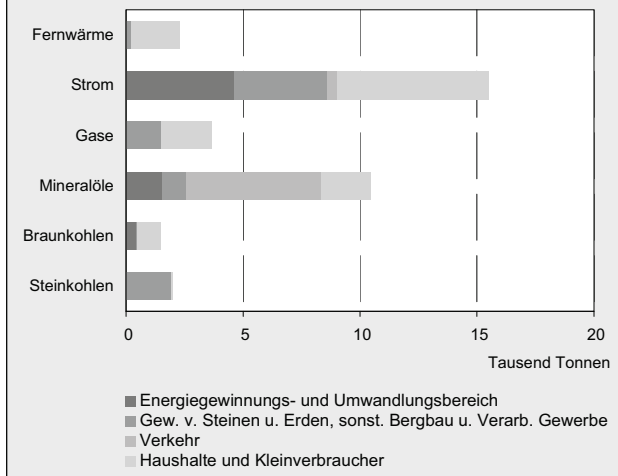
Energiefluss des Landes Brandenburg 1997, zusammengefasste Darstellung ausgewählter Energieträger

Nachweis	Stein- kohlen	Braun- kohlen	Mineralöle	Gase	Erneuer- bare Energie- träger	Strom	Insgesamt
	1 000 Tonnen			Mio m³	TJ	GWh	TJ
Gewinnung		37 366	12	2	3 364		339 674
+ Bezüge	1 089	137	11 017	2 818		6 802	617 350
- Lieferungen		3 875	6 133	71		18 379	383 890
+ Bestandsentnahmen	74	16					2 333
- Bestandsaufstockungen		12					233
= Primärenergieverbrauch	1 163	33 632	4 896	2 749	3 364	- 11 577	575 234
- Umwandlungseinsatz	398	34 733	11 370	2 084	1 667		853 682
+ Umwandlungsausstoß		2 080	11 038	2 081		29 205	658 048
- Energieverbrauch im Umwandlungsbereich		410	962		245	4 408	60 528
- Fackel- und Leitungsverlust			6	319	162	789	7 156
= Energieangebot nach Umwandlungsbilanz	765	569	3 596	2 427	1 290	12 431	314 404
- Nichtenergetischer Verbrauch		1	739				31 222
+/- Statistische Differenzen		6	- 7				- 217
= Endenergieverbrauch	765	574	2 850	2 427	1 290	12 431	282 966

Die Energiebilanz zeigt sich in Bezug auf ihren Anspruch „vollständige, detaillierte Darstellung vom Aufkommen über die Verwendung bis hin zum Endverbrauch“ als ein weitestgehend geschlossener Kreislauf der Darstellung von Energie. Ihre Funktion besteht zwar nicht primär in der Darlegung der Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und daraus resultierenden Umweltbelastungen, eine verknüpfende Funktion ist dennoch gegeben (z. B. durch Indikatoren des Energieverbrauchs).

Aufbauend auf der Energiebilanz erfolgt die **Darstellung der CO₂-Emissionen** durch Umlegung der Emissionen des Umwandlungsbereiches (primärverbrauchsbezogene Darstellung) auf die verursachenden Endverbrauchsbereiche, d. h. z. B. die durch die Verstromung erzeugten Emissionen werden den Endverbrauchern (Haushalte, Industriebetriebe, Kleinverbraucher etc.) direkt angerechnet. Die Ermittlung der Emissionen im Endenergiebereich für die Energieträger Strom und Fernwärme erfolgt unter Berücksichtigung der Exporte, d. h. die Emissionen, die zwar durch Kraftwerke in Brandenburg entstehen, werden nicht dem Endverbraucher in Brandenburg angerechnet. Im Gegensatz dazu wird der Import von Strom auf den Endverbraucher in Brandenburg umgelegt. Da für den im Ausland bzw. in anderen Bundesländern erzeugten Strom der Energieträgereinsatz unbekannt ist, wird ein spezifischer Emissionsfaktor der öffentlichen Stromerzeugung Deutschlands ermittelt und in jedem Bundesland zur Bewertung des Imports angesetzt. Für Brandenburg ergibt sich auf dieser Basis für 1997 eine endenergieverbrauchsbezogene Emission von 35 378 000 Tonnen CO₂. Eine tiefere Analyse ergibt, dass rund 47 Prozent der durch die Haushalte und Kleinverbraucher verursachten Emissionen durch den Verbrauch von Strom begründet sind und damit bei dieser Form der Darstellung eine deutliche Verlagerung der

Energiebedingte CO₂-Emissionen 1997 in Brandenburg nach Energieträgern und Energieverbrauchergruppen



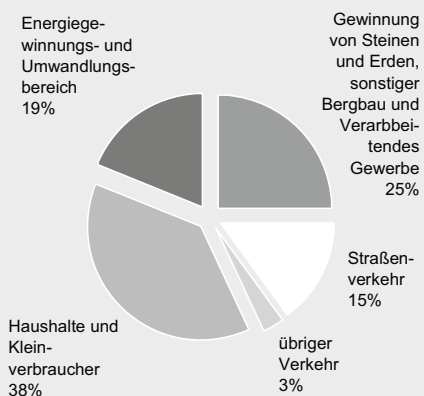
Emissionen vom Entstehungsort zum Endkonsumenten erfolgt.

Als nächster Arbeitsschritt ist die Verknüpfung der Energieflussdaten zur Wasserbilanz und zum Abfallaufkommen vorgesehen. Die dafür zu verwendenden Basisdaten werden der amtlichen Primärstatistik entnommen. Jedoch werden diese nicht jährlich durchgeführt, so dass eine einheitliche Darstellung der Belastungsparameter für ein gegebenes Stichjahr nicht möglich ist bzw. hier muss an der Methodenentwicklung für Zeitreihen gearbeitet werden.

Weiterhin auf Landesebene erfasst ist der **Verbrauch von Rohstoffen** der 1. Stufe (also ohne Weiterverarbeitung). Er wird in erster Näherung über den Inlandsverbleib ermittelt. Dabei werden unter biotischen Rohstoffen alle Rohstoffe subsumiert, die unmittelbar auf Lebewesen zurückgeführt werden können. Hierunter zählen auf der Jagd erlegtes Wild und gefangene Fische sowie pflanzliche Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Einschlag von Holz. Fossile Energieträger zählen nicht zu dieser Kategorie; ebenso nicht die tierischen Erzeugnisse der Landwirtschaft, die ihrerseits aus den (bereits berücksichtigten) pflanzlichen Erzeugnissen hervorgegangen sind. Unter abiotischen Rohstoffen werden fossile Energieträger sowie Mineralien oder aus Organismenresten bestehende Steine und Erden verstanden. Der ermittelte Inlandsverbleib für Brandenburg 1997 ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Er berücksichtigt nicht den innerdeutschen Handel und kann somit nur als Näherungswert verstanden werden.

Energiebedingte CO₂-Emissionen in Brandenburg 1997 nach Energieverbrauchergruppen

Anteil verschiedener Emittentengruppen am CO₂-Ausstoß



Inlandsverbleib abiotischer und biotischer Rohstoffe 1997 im Land Brandenburg

Nachweis	Gewinnung	Einfuhr	Ausfuhr	Inlandsverbleib
	1 000 Tonnen			
Abiotische Rohstoffe	53 418,0	19 235,4	266,8	72 386,6
Bergbauliche Erzeugnisse	37 378,0	16 430,0	232,6	53 575,4
Steinkohle	–	357,4	–	357,4
Rohbraunkohle	37 366,0	168,4	81,2	37 453,2
Erdöl	12,0	13 428,2	151,4	13 288,8
Eisenerze	–	2 463,3	–	2 463,3
Manganerze	–	12,5	–	12,5
Bauxit	–	0,2	–	0,2
Steine und Erden	16 040,0	2 805,4	34,2	18 811,2
Kies und Sand, gebrochene Natursteine	16 040,0	–	–	16 040,0
Sonstige Steine und Erden	–	2 805,4	34,2	2 771,2
Biotische Rohstoffe	10 321,6	140,9	160,7	10 301,8
Verwertbares Holz	582,0	2,0	98,1	485,9
Kautschuk	–	2,5	0,0	2,5
Baumwolle	–	0,9	–	0,9
Binnenfischereierzeugnisse (letzte Erhebung 1994)	3,4	1,8	0,0	5,2
Pflanzliche Erzeugnisse	9 736,2	133,7	62,6	9 807,3
Getreide	2 545,4	0,3	46,3	2 499,4
Obst und Gemüse	137,8	105,7	9,1	234,4
Hackfrüchte	975,7	6,3	2,2	979,8
Hülsenfrüchte	53,0	1,1	0,8	53,3
Ölfrüchte	230,6	2,9	2,3	231,2
Futterpflanzen	5 793,7	1,4	0,1	5 795,0
Südfrüchte	–	9,3	0,0	9,3
Tee	–	0,3	0,0	0,3
Reis	–	0,5	0,0	0,5
Kakao	–	2,1	0,2	1,9
Sonstiges	–	3,8	1,6	2,2
Insgesamt	63 739,6	19 376,3	427,5	82 688,4

Material- und Energieflüsse im ländlichen Raum

Für Einzelfragen ist es möglich, die Stoff- und Energieströme auf Landesebene weiter zu regionalisieren. Für Brandenburg bietet sich die Differenzierung nach engerem Verflechtungsraum (Region rund um Berlin) und äußerem Entwicklungsraum an. Letzterer zeigt typische Merkmale des ländlichen Raums (LUA, 1996) und wird im folgenden als solcher bezeichnet.

Datenbasis der Material- und Energieflussrechnungen für den ländlichen Raum bilden auch hier die amtlichen Statistiken.

Neben der unterschiedlichen Periodizität und hier insbesondere die Tatsache, dass nicht immer zumindest Jahreswerte vorhanden sind, liegt die größte Problematik im Berichtskreis. Zu verknüpfende Merkmale werden selten für ein und die selbe Einheit erhoben, was gebietsbezo-

gene Flussrechnungen sehr erschwert. An einem einfachen Beispiel, der Gewinnung und Verwendung von Rohbraunkohle, soll diese Problematik verdeutlicht werden:

- Die Daten der **Gewinnung und Erzeugung** sind der Kohlestatistik entnommen, die unternehmensbezogen aufgebaut ist. Diese unternehmensbezogene Erhebung betrifft im Fall von Brandenburg die LAUBAG und die LMBV. Die Unternehmen und in diesem Fall speziell die Tagebaue richten sich in der Regel nicht nach administrativen Grenzen, wie Kreis oder Bundesland. So gibt die Statistik zwar die geförderte Menge von Kohlen einschließlich Abraum sowie die Erzeugung von Veredlungsprodukten etc. an, eine kleinräumige territoriale Zuordnung wird jedoch nicht vorgenommen. Der Ausweis erfolgt für das Revier Lausitz.

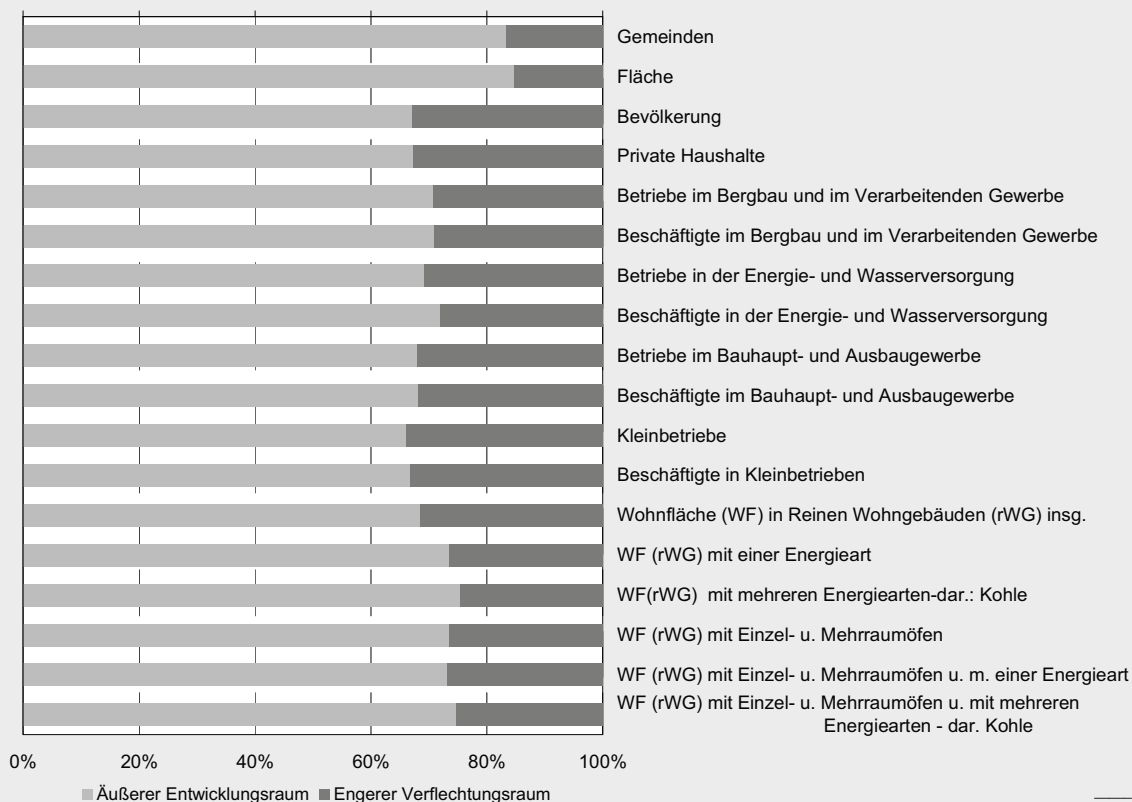
- ❑ Der **Absatz** der Kohle wird wiederum bei den Betrieben dieser Unternehmen erhoben. Der Betrieb definiert sich als örtliche, aber unselbständige Niederlassung eines Unternehmens. Die Kennziffer „Absatz“ gibt keine Auskunft darüber, wohin und zu welchem Zweck die Kohle abgegeben bzw. verkauft wurde. Rückschlüsse über Verwendungsart und -ort können lediglich über den Verbrauch von Kohlen in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes gezogen werden, wo aber wiederum nicht nach der Herkunft der Kohlen gefragt wird. Es werden Betriebe von Unternehmen mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten in die Erhebung einbezogen.
- ❑ Für **Kleinbetriebe, Einheiten anderer Produktionsbereiche, Haushalte und sonstige Kleinverbraucher** liegen so gut wie keine amtlichen Daten vor. Für diese Bereiche behilft man sich mit Schätzwerten oder mit freiwilligen Daten, die von Handelsgesellschaften bereitgestellt werden. Der Verbrauch von Importkohlen wird mittels Top-down Rechnung aus Bundesdaten ermittelt.
- ❑ Unterhalb der Ebene Bundesland muss vielfach mit Hilfskonstruktionen gearbeitet werden. Um den **Endenergieverbrauch an Kohlen** für den ländlichen Raum zu ermitteln wurden u. a. die in unten

stehender Grafik zusammengestellten Kenngrößen als Hilfsgrößen herangezogen.

Trotz dieser Probleme ist die Statistik in der Lage, für bestimmte Rohstoffe und Güter die Entnahme, die Zu- und Abflüsse sowie die Verwendung in den Produktionsbereichen für einen bestimmten Zeitraum aufzuzeigen (siehe Abbildung „Braunkohlenfluss Land Brandenburg“).

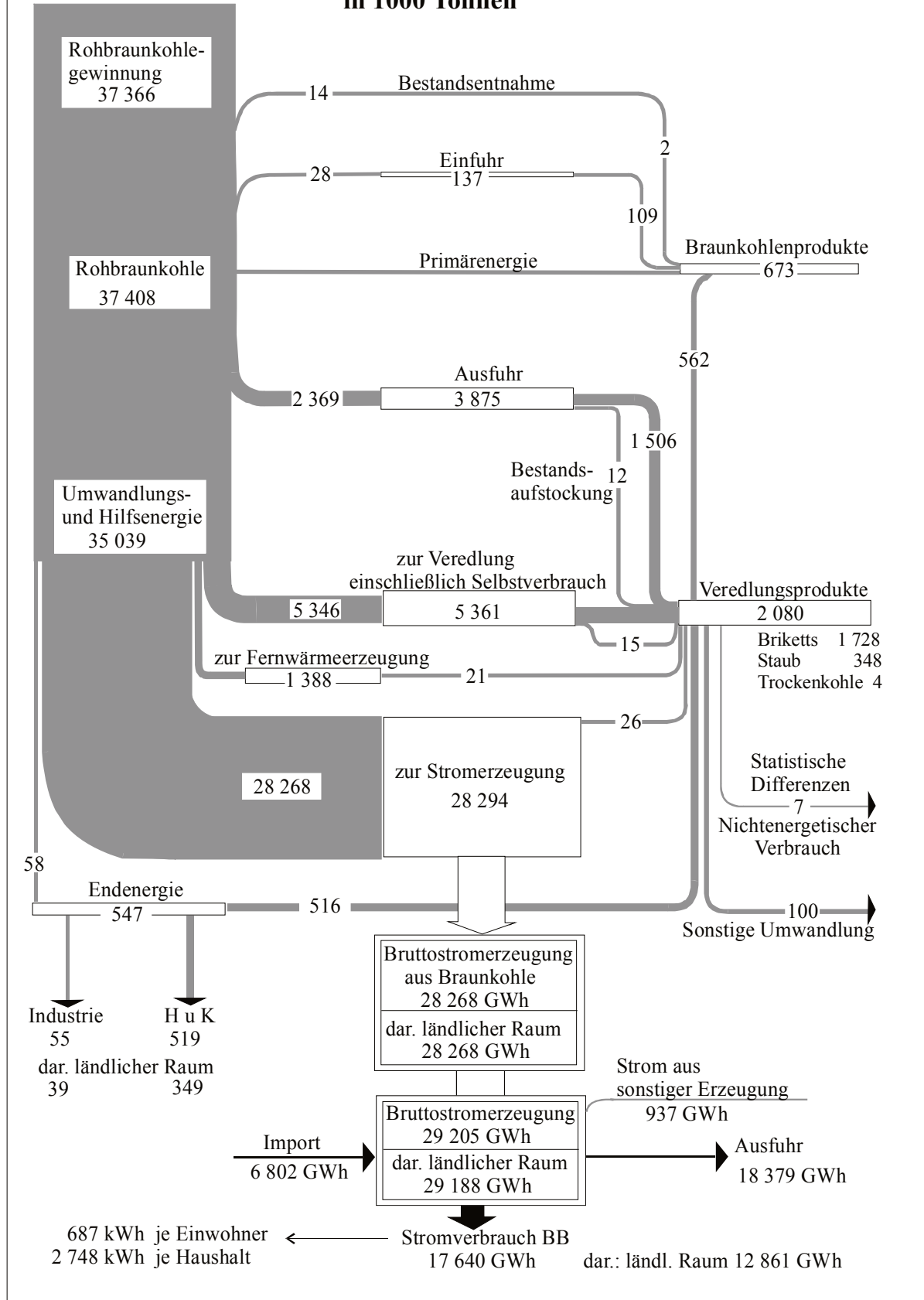
Aus dieser Abbildung lässt sich entnehmen, dass die Gewinnung und Veredelung der Braunkohle ausschließlich im ländlichen Raum stattfindet, während nur 26 Prozent der aus Braunkohlen erzeugten Endenergie dort genutzt werden. Diese Versorgungsfunktion übernimmt der ländliche Raum auch in anderen Bereichen: Die Gewinnung der Rohstoffe erfolgt vollständig in dieser Region, die Gewinnung von Erneuerbaren Energieträgern (außer Klär- und Deponiegas) überwiegend. Das Land insgesamt, demzufolge auch der ländliche Raum, gilt als Energieexporteur. Die Gewinnung von Primärenergie (Rohbraunkohle) und die hohen Bezüge von Primärenergie (Erdöl) erfolgen hauptsächlich zum Zweck der Energieumwandlung (einschließlich der damit verbundenen weiteren Umweltbelastungsaspekte wie Wasserverbrauch, Abfallanfall, Emissionen), deren Produkte zum überwiegenden Teil für den Export bestimmt sind.

Strukturmerkmale des ländlichen Raums ("äußerer Entwicklungsraum") gegenüber dem engeren Verflechtungsraum in Brandenburg 1997¹⁾



¹⁾ Wohnfläche 1995

Braunkohlenfluss Land Brandenburg in 1000 Tonnen



Unter Ausfuhr ist die Lieferung in andere Bundesländer bzw. in das Ausland zu verstehen. Diese erfolgt direkt vom Entstehungsort. Die Lieferung vom ländlichen Raum in den engeren Verflechtungsraum von Berlin ist gleichzusetzen mit dem Verbrauch von Endenergie und dem Umwandlungseinsatz zur Stromerzeugung in diesem Gebiet. Im Flussbild nicht separat ausgewiesen wurde der Anteil der Bestandsveränderungen und der Einsatz von Kohlen zur Fernwärmeerzeugung. Die Anteile für den engeren Verflechtungsraum können aus dieser Betrachtungsweise statistisch vernachlässigt werden, da der Bestand an größeren Kohleheizwerken bzw. Kraft-Wärmekopplungsanlagen sich im ländlichen Raum konzentriert.

Das Beispiel der Braunkohle zeigt auch sehr deutlich, dass unterhalb der territorialen Einheit Bundesland eine aktivitätsbezogene Flussbilanzierung nicht für jeden Rohstoff und für jedes Produkt sinnvoll erscheint. Eine Auswahl sollte in Abhängigkeit von ihrer ökonomischen, ökologischen und regionalen Relevanz getroffen werden. Eine vollständige Erfassung aller Materialien in dieser Form wird durch den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik erst nach Bestimmung der Auswahlkriterien, welche durch die Gesamtheit der potentiellen Konsumenten erfolgen sollte, vorgenommen.

Literatur:

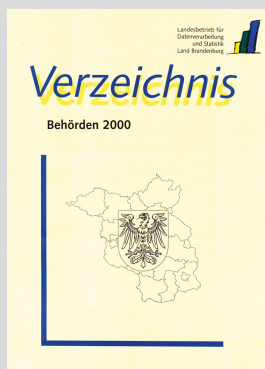
Statistisches Bundesamt: Fachserie 19

Landesumweltamt (LUA) Brandenburg (Hg.): Berlin-Brandenburg regional '96. Potsdam, Nov. 1996

Beate Wolf

Rosemarie Klonower

Behördenverzeichnis 2000 erschienen



Mit dem **Behördenverzeichnis** gibt der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik in gewohnter Weise ein Nachschlagewerk der Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Landes heraus.

Angaben zu Bundesbehörden im Land Brandenburg sind im ersten Abschnitt der Veröffentlichung dargestellt. Hierzu gehören auch die Arbeitsämter.

Dem dritten Abschnitt können die Verwaltungen der kreisfreien Städte und der Landkreise entnommen werden.

Ergänzend wird ein Verzeichnis der Abkürzungen der Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Landes veröffentlicht.

Bestellungen können unter der Faxnummer



(0331) 39-418

aufgegeben werden.

Ferner ist es möglich, die Publikationen beim **Informationsservice** des LDS käuflich zu erwerben:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Postfach 60 10 52, 14467 Potsdam



(0331) 39 575

Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Im Rahmen der für das Jahr 1998 seit der Wiedervereinigung zum zweiten Mal in den neuen Bundesländern durchgeführten Einkommens und Verbrauchsstichprobe (EVS) können nach Veröffentlichung der Ergebnisse zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern jetzt auch die Ergebnisse über Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Land Brandenburg vorgelegt werden. Diese Informationen stellen den Schwerpunkt jeder EVS dar.

Im Jahr 1998 erhielt ein Brandenburger Haushalt im Durchschnitt ein monatliches Bruttoeinkommen von 5 358 DM. Den größten Anteil bildete dabei mit 57,1 Prozent das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, gefolgt vom Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen (29,0 Prozent), Einnahmen aus Vermögen (7,1 Prozent) sowie Einkommen aus selbstständiger Arbeit (4,5 Prozent). Nach Abzug von Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie von Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung verblieb den Haushalten im Durchschnitt ein monatliches Nettoeinkommen von 4 235 DM bzw. 79,0 Prozent.

An ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen standen den privaten Haushalten im Land Brandenburg 1998 monatlich im Schnitt 4 302 DM zur Verfügung. Davon entfielen 81,9 Prozent auf die Aufwendungen für den Privaten Verbrauch und 9,2 Prozent auf übrige Ausgaben. 8,9 Prozent dienten der Ersparnisbildung.

Vorbemerkungen

Die EVS ist eine in der Regel im 5jährigen Abstand durchgeführte bundesweite Erhebung aus dem Bereich der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. 1998 wurde sie zum zweiten Mal nach 1993 in den neuen Bundesländern durchgeführt. Zweck der EVS ist es, umfassende statistische Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage von privaten Haushalten unterschiedlicher Größe und Typen und aus verschiedenen sozialen Gruppen bereitzustellen. Schwerpunkt der Erhebung ist die Erfassung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Darüber hinaus werden Informationen zu Wohnverhältnissen, zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern und über vorhandene Sach- und Geldvermögen sowie Schulden gewonnen.

Für 1998 wurde die EVS neu konzipiert. Sie wurde mit einem Einführungsinterview im Januar 1998 eröffnet und mit der Erhebung aller Einnahmen und Ausgaben in Haushaltsbüchern für ein Quartal sowie detaillierter Wert- und Mengenangaben zu den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in Feinaufzeichnungsheften für einen Monat bei ausgewählten Haushalten im Jahr 1998 fortgesetzt.

Die nachfolgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf den Aufzeichnungen von rund 2 100 Brandenburger Haushalten in Haushaltsbüchern, deren Angaben mit den Daten aus Mikrozensus 1998 auf die Gesamtzahl der Brandenburger Haushalte hochgerechnet wurden.

Nicht in die Erhebung einbezogen wurden Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Außerdem blieben die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr unberücksichtigt.

Infolge der konzeptionellen Änderungen ist der Vergleich der Ergebnisse der EVS 1998 zu 1993 eingeschränkt bzw. nur mit Umrechnungen möglich. Über die Neukonzeption der EVS 1998 wurde bereits in einer früheren Ausgabe von Daten + Analysen berichtet.¹

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit privater Haushalte genügt es nicht, lediglich Gesamteinnahmen bzw. ausgaben zu betrachten. Notwendig ist eine dem wirtschaftlichen Kreislauf entsprechende Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben.

¹ Siehe Zimmer, Elke: „Neukonzeption der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ in Daten + Analysen, Heft 4/1999, S. 28 ff.

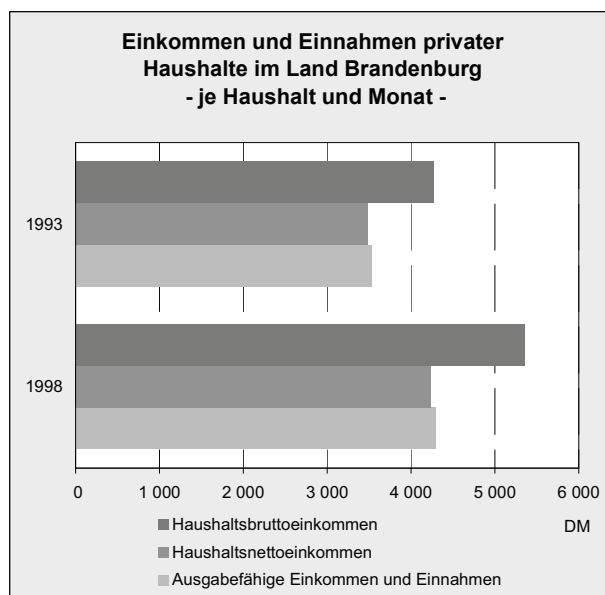
Auf der Entstehensseite interessiert insbesondere das Haushaltsbruttoeinkommen, seine Zusammensetzung und seine Belastung mit Steuern und Sozialabgaben (Haushaltsnettoeinkommen).

Für die Einkommensverwendung spielen die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen und deren Aufteilung auf den Privaten Verbrauch, auf die übrigen Ausgaben sowie die Ersparnisse eine zentrale Rolle.

Bruttoeinkommen privater Haushalte

Die Bruttoeinkommen privater Haushalte umfassen in der Regel:

- ☐ Einkommen aus Erwerbstätigkeit (unselbstständige und selbstständige Arbeit),
- ☐ Einnahmen aus Vermögen (wie z. B. Zinsen, Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung),
- ☐ Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen (u. a. Bruttorenten aus der gesetzlichen Renten und Unfallversicherung, öffentliche Pensionen, lfd. Übertragungen der Arbeitsförderung, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Wohngeld, Kindergeld, BAföG),
- ☐ Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen, z. B. Werks und Betriebsrenten, Unterhaltszahlungen anderer privater Haushalte sowie
- ☐ andere Einnahmen (z. B. Einnahmen aus Untervermietung).



Für alle privaten Haushalte im Land Brandenburg ergab sich 1998 ein durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen von 5 358 DM. Gegenüber 1993 bedeutete dies eine Erhöhung um 1 089 DM bzw. 25,5 Prozent.

Ein immer größerer Teil des Bruttoeinkommens privater Haushalte wird durch Transferleistungen und Vermögenseinkünfte gebildet. Dies ist offensichtlich zurückzuführen auf die gestiegene Arbeitslosigkeit, die höhere Anzahl von Renten und Pensionsbeziehern und die Erhöhung des Kindergeldes, das sich seit 1993 im Durch-

Höhe und Struktur des Bruttoeinkommens privater Haushalte im Land Brandenburg je Haushalt und Monat				
Art der Einkommen und Einnahmen	1993	1998	1993	1998
	DM		Anteil in Prozent	
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 552	3 058	59,8	57,1
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	230	239	5,4	4,5
Einnahmen aus Vermögen	192	380	4,5	7,1
darunter				
aus Vermietung und Verpachtung	14	31	0,3	0,6
unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen	88	308	2,1	5,7
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1 203	1 555	28,2	29,0
darunter				
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	480	967	11,2	18,0
Arbeitslosenhilfe	(13)	55	(0,3)	1,0
lfd. Übertragung der Arbeitsförderung	242	198	5,7	3,7
Wohngeld	41	19	1,0	0,4
Kindergeld	73	133	1,7	2,5
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	92	126	2,2	2,4
Einnahmen aus Untervermietung	/	/	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	4 269	5 358	100	100

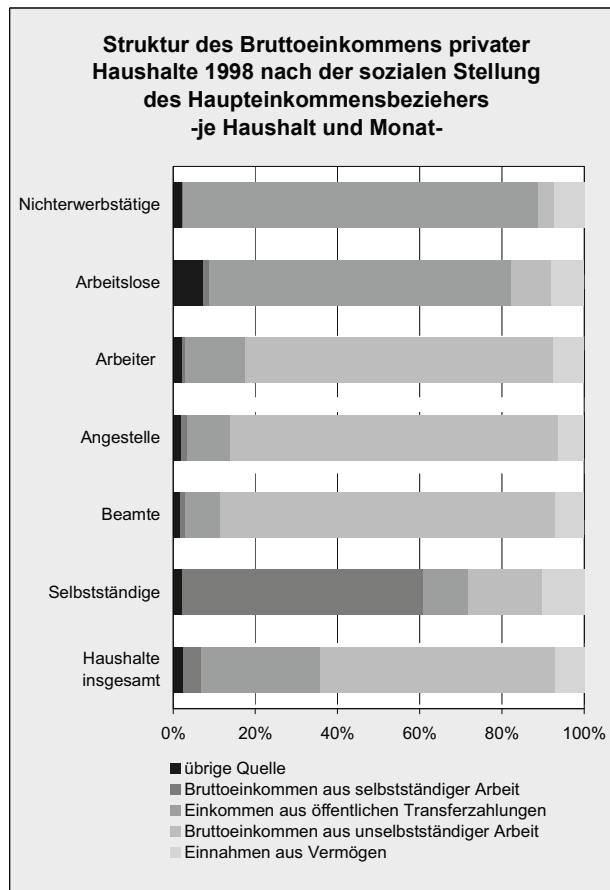
schnitt fast verdoppelt hat. Trotzdem blieb der Anteil des Kindergeldes am Haushaltsbruttoeinkommen nach wie vor gering. Die laufenden Übertragungen der Arbeitsförderung sind zwar gesunken, allerdings stieg die Arbeitslosenhilfe um mehr als das Vierfache. Das deutet auf eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit und Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit hin.

Überdurchschnittlich stark gestiegen sind die Einnahmen aus Vermögen. Dies ist nicht so sehr das Ergebnis gewachsener Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, sondern ist in erster Linie auf die kräftige Erhöhung des Mietwertes der Eigentümerwohnungen zurückzuführen. Diese berechnete Größe spiegelt die Veränderung der Wohnverhältnisse wider. Immer mehr private Haushalte leben auch im Land Brandenburg in den eigenen vier Wänden. Auf der anderen Seite bringt diese Entwicklung aber auch die zwischen 1993 und 1998 stark gestiegenen Wohnkosten zum Ausdruck.

Die Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit haben sich dagegen kaum verändert, so dass deren Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen gegenüber 1993 rückläufig war.

In der Gliederung der Haushalte nach **der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers** bestanden auch 1998 große Unterschiede in der Höhe und Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens.

Das höchste Bruttoeinkommen hatten Haushalte von Beamten zu verzeichnen. Arbeitslose und Nichterwerbstätige hatten nur 47,3 bzw. 55,7 Prozent des Bruttoeinkommens von Arbeiterhaushalten und nur 31,9 bzw. 37,6 Prozent des von Selbstständigen. Bei Haushalten von Beamten und Angestellten lag das Haushaltsbruttoeinkommen ungefähr dreimal so hoch als bei den Arbeitslosen und mehr als doppelt so hoch als bei den Nichterwerbstätigen.



Für Haushalte von Selbstständigen war 1998 das Einkommen aus selbstständige Arbeit der Hauptbestandteil des Haushaltsbruttoeinkommens. Für Arbeitnehmerhaushalte war das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit die dominierende Quelle zum Haushaltsbruttoeinkommen. Nichterwerbstätigenhaushalte bezogen ihr Bruttoeinkommen im wesentlichen aus öffentlichen Transferzahlungen.

Höhe und Struktur des Bruttoeinkommens privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers- je Haushalte und Monat -

Haushalte nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter				
		aus unselbstständiger Arbeit	aus selbstständiger Arbeit	Einnahmen aus Vermögen	Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen
		DM				
Selbstständige	(8 362)	(1 485)	(4 902)	(862)	(924)	/
Beamte	9 267	7 567	/	(650)	779	(158)
Angestellte	7 706	6 156	(105)	478	811	156
Arbeiter	5 651	4 238	/	421	832	(132)
Arbeitslose	2 671	(258)	/	(215)	1 962	(193)
Nichterwerbstätige	3 147	119	(11)	232	2716	69

Höhe und Struktur des Bruttoeinkommens privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen - je Haushalte und Monat -

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... DM bis unter ... DM	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter				
		aus unselbstständiger Arbeit	aus selbstständiger Arbeit	Einnahmen aus Vermögen	Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	Einkommen aus nicht-öffentlichen Transferzahlungen
		DM				
unter 1 800	1 593	(345)	/	/	(1 077)	(131)
1 800 bis unter 2 500	2 532	(895)	/	(82)	1 483	(52)
2 500 bis unter 3 500	3 598	1 514	/	218	1 745	(66)
3 500 bis unter 5 000	5 252	2 816	(128)	350	1 890	65
5 000 bis unter 7 000	7 773	5 428	(258)	607	1 323	158
7 000 bis unter 10 000	10 821	7 613	(550)	981	1 475	(202)
10 000 bis unter 35 000	(16 292)	(9 231)	/	(1 524)	(1 523)	(883)

Auch bei Gruppierung der Haushalte **nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen** waren 1998 deutliche Unterschiede in den Gewichten der jeweiligen Quellen des Haushaltsbruttoeinkommens zu erkennen.

In der untersten Einkommensklasse war der Beitrag der öffentlichen Transferzahlungen zum Haushaltsbruttoeinkommen mit 67,6 Prozent am höchsten. Je höher das monatliche Haushaltsnettoeinkommen lag, um so geringer wurde dieser Anteil. In der höchsten Einkommensgrößenklasse betrug er nur noch 9,3 Prozent.

Der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit am Gesamtbruttoeinkommen nahm dagegen mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen zu. Er lag in der Einkommensgrößenklasse von unter 1 800 DM bei 21,7 Prozent und stieg auf 70,4 Prozent bei Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 7 000 bis unter 10 000 DM.

In der obersten Einkommensgrößenklasse trug das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit jedoch nur noch gut zur Hälfte (56,7 Prozent) zum Haushaltsbruttoeinkommen bei. In diesen gutverdienenden Haushalten hatte nämlich das Einkommen aus selbstständiger Arbeit mit knapp einem Fünftel des Haushaltsbruttoeinkommens ein nicht unbedeutendes Gewicht.

Auch die Bedeutung der Einnahmen aus Vermögen nahm mit zunehmenden Haushaltsnettoeinkommen deutlich zu. So stieg der Anteil von 0,8 Prozent in der untersten Einkommensgrößenklasse kontinuierlich auf 9,4 Prozent bei den einkommensstärksten Haushalten an.

Diese strukturellen Unterschiede des Haushaltsbruttoeinkommens zwischen den nachgewiesenen Größenklassen stehen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Verteilung der sozialen Gruppen auf diese Ein-

Verteilung der privaten Haushalte im Land Brandenburg 1998 nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers und dem Haushaltsnettoeinkommen

Haushalte nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers	Zahl der Haushalte insgesamt	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... DM						
		unter 1 800	1 800	2 500	3 500	5 000	7 000	10 000
			bis unter ... DM					
			2 500	3 500	5 000	7 000	10 000	35 000
	1 000	Anteil in Prozent						
Haushalte insgesamt	1 112	12,7	12,9	19,7	25,1	19,1	7,5	(3,1)
Selbstständige	(44)	-	/	/	/	/	/	/
Beamte	28	-	/	/	/	(32,1)	(32,1)	/
Angestellte	324	/	(5,6)	(13,6)	25,0	30,6	16,0	(5,2)
Arbeiter	251	/	/	(18,7)	(30,7)	28,3	/	/
Arbeitslose	92	(38,0)	/	(20,7)	(14,1)	/	/	/
Nichterwerbstätige	375	(21,1)	(20,8)	27,2	25,3	(5,1)	/	/

kommensgrößenklassen. So waren in der höchsten Einkommensgruppe überwiegend die Haushalte von Angestellten, aber auch Beamte und Selbstständige vorzufinden. In der mittleren Einkommensgruppe von 3 500 bis unter 5 000 DM monatliches Haushaltsnettoeinkommen waren die Haushalte von Arbeitern am stärksten vertreten. Diese waren auch in der Größenklasse 5 000 bis unter 7 000 sehr stark vertreten. Hier hatten nur die Beamten und Angestelltenhaushalte einen noch höheren Anteil. In den drei unteren Einkommensgrößenklassen bis unter 3 500 DM Haushaltsnettoeinkommen waren mehr als zwei Drittel der Haushalte von Nichterwerbstätigen vorhanden.

Auch die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen beeinflusste die Höhe des monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens. Je mehr Personen zu einem Haushalt gehörten, um so größer war das durchschnittliche monatliche Haushaltsbruttoeinkommen.

Auch der Beitrag der einzelnen Einkommensquellen zum Haushaltsbruttoeinkommen war bei den einzelnen Haushaltsgrößen unterschiedlich. Das hängt eng mit der Struktur der privaten Haushalte zusammen. So waren rund 40 Prozent der Arbeitslosenhaushalte und knapp 50 Prozent der Haushalte von Nichterwerbstätigen alleinlebende Personen. Daher war auch der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen in Ein-Personen-Haushalten mit 46,6 Prozent deutlich höher als in den Mehr-Personen-Haushalten. In Zwei-Personen-Haushalten war dieser mit 39,8 Prozent Anteil am

Haushaltsbruttoeinkommen ebenfalls die zweitwichtigste Einkommensquelle hinter dem Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (47,6 Prozent). Bei den Drei- und Vier-Personen-Haushalten ging der Anteil der Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen auf nur noch 17,5 bzw. 13,5 Prozent zurück. Bei den Haushalten mit fünf oder mehr Personen lag dieser Anteil mit 25,2 Prozent wieder höher.

Das dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in diesen Haushalten Kindergeldzahlungen stärker das Einkommen beeinflussten. Hinzu kommt, dass in größeren Haushalten häufiger als in kleineren Haushalten mehrere Generationen zusammenleben und dadurch bedingt auch häufiger Einkommen in Form von Renten und Pensionen vorliegen.

Bis auf die Zwei-Personen-Haushalte trug das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit in den Mehr-Personen-Haushalten im Schnitt mit mehr als die Hälfte zum Bruttoeinkommen bei. Bei Zwei-Personen-Haushalten betrug dieser Anteil 47,6 Prozent. Bei Haushalten mit drei und vier Personen machte diese Einkommensquelle sogar gut zwei Drittel des monatlichen Bruttoeinkommens aus. Haushalte mit fünf oder mehr Personen bezogen nur noch gut die Hälfte ihres Haushaltsbruttoeinkommens aus dieser Quelle. Hier hatten dafür die Einnahmen aus Vermögen und das Einkommen aus selbstständiger Arbeit mit einem Anteil von jeweils rund 8 Prozent mehr Gewicht als bei den anderen Haushaltsgrößen.

Höhe und Struktur des Bruttoeinkommens privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 nach der Haushaltsgröße - je Haushalt und Monat -

Haushalt mit ... Person(en)	Haushaltsbrutto- einkommen	darunter				
		aus unselbst- ständiger Arbeit	aus selbst- ständiger Arbeit	Einnahmen aus Vermögen	Einkommen aus öffentlichen Transfer- zahlungen	Einnahmen aus nichtöffentlichen Transfer- zahlungen
		DM				
1	2755	1105	/	141	1285	(149)
2	5211	2482	(191)	380	2076	80
3	7243	4819	(484)	558	1270	111
4	8041	5866	(320)	585	1082	188
5 und mehr	(8682)	(4903)	/	(725)	(2192)	(208)

Nettoeinkommen privater Haushalte

Die Verringerung des Haushaltsbruttoeinkommens um Steuern auf Einkommen und Vermögen und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ergibt das Haushaltsnettoeinkommen. Hierbei handelt es sich um das Einkommen, das dem privaten Haushalt regelmäßig für seine Ausgaben zur Verfügung steht.

Zu den durch die EVS dargestellten Steuern auf Einkommen und Vermögen zählen die vom Arbeitgeber einbehaltene Lohnsteuer, Voraus- und Nachzahlungen an Einkommenssteuern, Kapitalertrags- und Zinsabschlagsteuer, der Solidaritätszuschlag und andere Einkommenssteuern sowie die Kirchensteuer.

Im Durchschnitt zahlten die privaten Haushalte im Land Brandenburg 1998 monatlich 479 DM dieser **Steuern**. Dies waren 8,9 Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens. 1993 waren die Haushalte mit 331 DM bzw. 7,8 Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens steuermäßig belastet.

Bei der Untergliederung nach verschiedenen Haushaltsmerkmalen wurden für die Besteuerung von Einkommen und Vermögen erhebliche Unterschiede zwi-

schen den einzelnen Haushaltsgruppen nachgewiesen. Diese Unterschiede konnten bedingt sein durch die unterschiedliche steuerliche Behandlung der verschiedenen Einkommensarten, die Steuerprogression oder durch besondere steuerliche Möglichkeiten, das zu versteuernde Einkommen zu vermindern.

Bei der Gliederung der privaten Haushalte **nach dem Haushaltsnettoeinkommen** zeigt sich besonders deutlich die Auswirkung der Steuerprogression. Während Haushalte in den obersten Einkommensgruppen von 7 000 bis unter 10 000 DM bzw. 10 000 bis unter 35 000 DM durchschnittlich pro Monat mehr als 12 Prozent ihres Bruttoeinkommens an Steuern auf Einkommen und Vermögen belastet wurden, mussten Haushalte in den untersten Einkommensgruppen relativ niedrige durchschnittliche Steuerzahlungen pro Monat leisten.

In der Gliederung nach der sozialen **Stellung des Haupteinkommensbeziehers** wiesen die Beamtenhaushalte mit rund 16 Prozent ihres Bruttoeinkommens die höchste relative Steuerbelastung auf. Überdurchschnittlich wurden auch die Haushalte von Angestellten mit Steuern belastet. Sie mussten rund 14 Prozent ihres Bruttoeinkommens dafür aufwenden. Auch die Arbeiter-

Haushaltsbruttoeinkommen und Steuern auf Einkommen und Vermögen im Land Brandenburg 1998 - je Haushalt und Monat -

Gegenstand der Nachweisung	Haushaltsbruttoeinkommen	Steuern auf Einkommen und Vermögen	
		DM	Prozent
Haushalte insgesamt	5 358	479	8,9
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen			
von ... bis unter ...DM			
unter 1 800	1 593	/	/
1 800 bis unter 2 500	2 532	(103)	(4,1)
2 500 bis unter 3 500	3 598	206	5,7
3 500 bis unter 5 000	5 252	377	7,2
5 000 bis unter 7 000	7 773	834	10,7
7 000 bis unter 10 000	10 821	1 399	12,9
10 000 bis unter 35 000	(16 292)	(1 983)	(12,2)
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers			
Selbstständige	(8 362)	(381)	(4,6)
Beamte	9 267	1 476	15,9
Angestellte	7 706	1 051	13,6
Arbeiter	5 651	516	9,1
Arbeitslose	2 671	/	/
Nichterwerbstätige	3 147	/	/
Nach der Haushaltsgröße			
mit...Person(en)			
1	2 755	197	7,2
2	5 211	383	7,3
3	7 243	754	10,4
4	8 041	904	11,2
5 und mehr	(8 682)	(683)	7,9

haushalte lagen mit ihrem Steueranteil noch leicht über dem Durchschnitt der steuerlichen Belastung der privaten Haushalte.

Deutlich unter dem Durchschnitt bleib der Steueranteil der Selbstständigenhaushalte. Hier könnte das Ergebnis von den Landwirten, die neben den Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen in dieser Gruppe enthalten sind und besonderen steuerlichen Regelungen unterliegen, beeinflusst worden sein. Hinzu kommt, dass bei bestimmten Einkommensarten bestehende Gestaltungsspielräume offenbar stärker zur Steuerminimierung herangezogen worden sind.

So gut wie verschont von Einkommens- und Vermögenssteuern blieben die Arbeitslosen und Nichterwerbstätigenhaushalte.

Eine nicht unerheblicher Teil des Bruttoeinkommens entfiel auf die **Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung**. Für Renten, Kranken und Arbeitslosenversicherung mussten 1998 private Haushalte im Land Brandenburg durchschnittlich 645 DM monatlich bezahlen. Das waren 194 DM mehr als 1993. Gemessen am Haushaltsbruttoeinkommen sind die Aufwendungen privater Haushalte als Vorsorge für das Alter, für Krankheit und den Verlust des

Arbeitsplatzes 1998 gegenüber 1993 von 10,6 auf 12,0 Prozent gestiegen. In den einzelnen Haushaltsgruppen fielen die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung recht unterschiedlich aus.

Die größten Unterschiede und Abweichungen vom Durchschnitt aller privaten Haushalte konnten in der Untergliederung **nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers** nachgewiesen werden. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen sozialer Stellung und Sozialversicherungspflicht ließen sich hier zwei Gruppen mit relativ hohen und vier Gruppen mit relativ niedrigen durchschnittlichen Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung feststellen.

Die anteilmäßig höchsten Pflichtbeiträge mussten die Arbeiterhaushalte entrichten, dicht gefolgt von denen der Angestellten. Dies erklärt sich damit, dass der gesamte Bruttoverdienst der Arbeiter, der im Durchschnitt unter dem der Angestellten lag, versicherungspflichtig war. Die Beitragsbemessungsgrenzen wurden nicht erreicht. Bei den Angestelltenhaushalten konnte dagegen schon ein Teil aufgrund höherer Einkommen die Beitragsbemessungsgrenzen überschreiten und musste somit nicht mehr für den gesamten Bruttoverdienst Pflichtbeiträge leisten.

**Haushaltsbruttoeinkommen und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung im Land Brandenburg 1998
- je Haushalt und Monat -**

Gegenstand der Nachweisung	Haushalts- bruttoeinkommen	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	
		DM	in Prozent
Haushalte insgesamt	5 358	645	12,0
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen			
von... bis unter ... DM			
unter 1 800	1 593	(126)	(7,9)
1 800 bis unter 2 500	2 532	282	11,1
2 500 bis unter 3 500	3 598	408	11,3
3 500 bis unter 5 000	5 252	665	12,7
5 000 bis unter 7 000	7 773	1 085	14,0
7 000 bis unter 10 000	10 821	1 292	11,9
10 000 bis unter 35 000	(16 292)	(1 337)	(8,2)
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers			
Selbstständige	(8 362)	(440)	(5,3)
Beamte	9 267	477	5,1
Angestellte	7 706	1 176	15,3
Arbeiter	5 651	881	15,6
Arbeitslose	2 671	(49)	1,8
Nichterwerbstätige	3 147	209	6,6
Nach der Haushaltsgröße			
mit...Person(en)			
1	2 755	289	10,5
2	5 211	575	11,0
3	7 243	950	13,1
4	8 041	1 099	13,7
5 und mehr	(8 682)	(949)	10,9

Die Haushalte der Selbstständigen, Beamten, Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen waren recht niedrig belastet. Hier waren die Haupteinkommensbezieher in der Regel von der Versicherungspflicht befreit oder zumindest kaum betroffen.

Nach Abzug der Steuern auf Einkommen und Vermögen und den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung verblieben 1998 den Brandenburger Haushalten durchschnittlich im Monat 79,0 Prozent bzw. 4 235 DM des Haushaltsbruttoeinkommens als Haushaltsnettoeinkommen. Gegenüber 1993 ist dies ein Zuwachs um 748 DM bzw. um 21,5 Prozent.

Am höchsten waren die **gesamten gesetzlichen Abzüge** bei den Angestelltenhaushalten. Demgegenüber standen den Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenhaushalten nach Abzug von Steuern und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung der größte Anteil des Bruttoeinkommens zur Verfügung. Damit verringerte sich der Einkommensabstand zwischen diesen Haushaltsgruppen. Das Bruttoeinkommen der Angestelltenhaushalte betrug noch fast das Dreifache bzw. Zweieinhalbfache des Bruttoeinkommens der Arbeitslosen- bzw. Nichter-

werbstätigenhaushalte. Beim Nettoeinkommen dagegen verringerte sich dieser Abstand auf das Zweifache bzw. auf 187,0 Prozent.

Die Gliederung der Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zeigt besonders deutlich, dass durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge die Einkommensunterschiede abgeschwächt wurden. Ausgehend von der niedrigsten Einkommensklasse stiegen die Abzüge von Gruppe zu Gruppe an. Haushalte in den höheren Einkommensklassen hatten fast ein Viertel ihres Bruttoeinkommens als gesetzliche Abzüge zu verzeichnen.

Das Haushaltsnettoeinkommen ist ein geeigneterer Maßstab zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit eines privaten Haushalts als das Bruttoeinkommen. Darüber hinaus ist aber zu berücksichtigen, dass noch zusätzliche im Nettoeinkommen nicht erfasste unregelmäßig anfallende Einnahmen dem privaten Haushalt zufließen und im Einzelfall seine finanzielle Situation erheblich verbessern können. Dabei handelt es sich um Einnahmen aus dem Verkauf von Waren, wie z. B. eines gebrauchten PKW, und sonstige Einnahmen. Die so er-

Brutto- und Nettoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 1998
- je Haushalt und Monat -

Gegenstand der Nachweisung	Haushaltsbruttoeinkommen		Gesetzliche Abzüge insgesamt		Haushaltsnettoeinkommen	
	DM		Prozent		DM	
Haushalte insgesamt	5 358	1 124	21,0		4235	79,0
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen						
von ... bis unter ... DM						
unter 1 800	1 593	/	/		1 430	89,8
1 800 bis unter 2 500	2 532	(385)	15,2		2 147	84,8
2 500 bis unter 3 500	3 598	614	17,1		2 984	82,9
3 500 bis unter 5 000	5 252	1 042	19,8		4 210	80,2
5 000 bis unter 7 000	7 773	1 919	24,7		5 855	75,3
7 000 bis unter 10 000	10 821	2 691	24,9		8 130	75,1
10 000 bis unter 35 000	16 292	(3 320)	(20,4)		(12 972)	(79,6)
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers						
Selbstständige	(8 362)	(821)	(9,8)		(7 540)	(90,2)
Beamte	9 267	1 953	21,1		7 313	78,9
Angestellte	7 706	2 227	28,9		5 480	71,1
Arbeiter	5 651	1 397	24,7		4 254	75,3
Arbeitslose	2 671	/	/		2 599	97,3
Nichterwerbstätige	3 147	/	/		2 930	93,1
Nach der Haushaltsgröße						
mit ... Person(en)						
1	2 755	486	17,6		2 269	82,4
2	5 211	958	18,4		4 253	81,6
3	7 243	1 704	23,5		5 539	76,5
4	8 041	2 003	24,9		6 038	75,1
5 und mehr	(8 682)	1 632	(18,8)		(7 050)	(81,2)

zielten ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen beinhalten somit die Einkünfte, die den Haushalten zum Wirtschaften zur Verfügung stehen. Darin nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen sowie aus der Kreditaufnahme.

Im Land Brandenburg betrugen die **ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen** 1998 im Schnitt pro Monat 4 302 DM gegenüber 3 533 DM im Jahr 1993, ein Anstieg also um 21,8 Prozent.

Die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und die sonstigen Einnahmen sind 1998 gegenüber 1993 von durchschnittlich 49 DM auf 67 DM bzw. um 36,7 Prozent im Monat gestiegen.

Die Verbraucherpreise sind allerdings im Land Brandenburg im gleichen Zeitraum um 9,8 Prozent gestiegen, so dass die Erhöhung der finanziellen Ausgabemöglichkeiten unter Berücksichtigung der Preisentwicklung beein-

trächtigt wurde. Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte

Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen verwenden die privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch, übrige Ausgaben und Ersparnisse.

Der Private Verbrauch im Sinne der EVS umfasst alle Käufe und unterstellten Käufe von Waren und Dienstleistungen.

Die übrigen Ausgaben beinhalten freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten und Krankenversicherung, Beiträge für private Krankenversicherungen, Pensions-, Alters- und Sterbekassen sowie Ausgaben für Kraftfahrzeug-, Hausrat-, Haftpflicht-, Unfall- und weitere Versicherungen. Ebenfalls gehören dazu Kraftfahrzeug, Hunde, Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer. Auch Zinsen für Kredite und sonstige geleistete Übertragungen sowie durch die Aufzeichnungen der Haushalte aufgetretene statisti-

Nettoeinkommen und ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 - je Haushalt und Monat -

Gegenstand der Nachweisung	Haushaltsnettoeinkommen	Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	Sonstige Einnahmen	Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen
	DM			
Haushalte insgesamt	4 235	46	21	4 302
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen				
von ... bis unter ... DM				
unter 1 800	1 430	/	/	1 466
1 800 bis unter 2 500	2 147	/	/	2 164
2 500 bis unter 3 500	2 984	/	(8)	3 020
3 500 bis unter 5 000	4 210	(70)	(20)	4 299
5 000 bis unter 7 000	5 855	(66)	30	5 951
7 000 bis unter 10 000	8 130	/	(53)	8 228
10 000 bis unter 35 000	12 972	/	(48)	(13 137)
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers				
Selbstständige	7 540	-	/	7 558
Beamte	7 313	/	(41)	7 492
Angestellte	5 480	(53)	34	5 567
Arbeiter	4 254	/	(19)	4 297
Arbeitslose	2 599	/	/	2 625
Nichterwerbstätige	2 930	(64)	(10)	3 003
Nach der Haushaltsgröße				
mit ... Person(en)				
1	2 269	/	(16)	2 293
2	4 253	(83)	15	4 351
3	5 539	/	(28)	5 615
4	6 038	(40)	(35)	6 114
5 und mehr	(7 050)	/	/	(7 089)

sche Differenzen sind darin enthalten. Statistische Differenzen entstehen, wenn bestimmte kleine Beträge von einzelnen Haushalten in den Haushaltsbüchern nicht eingetragen wurden.

Unter Ersparnis ist der Betrag des Haushaltsbudgets zu verstehen, der den privaten Haushalten nach Abzug aller Ausgaben von ihren Einnahmen verbleibt.

In der EVS ist die Ersparnis eine errechnete Größe, die sich aus den Ausgaben für die Bildung von Sach- und Geldvermögen sowie den Rückzahlungen von Krediten (ohne Zinsen für Baudarlehen) abzüglich der Einnahmen aus der Auflösung von Sach- und Geldvermögen sowie aus der Kreditaufnahme ergibt.

Gut ein Fünftel der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen verwendeten die Brandenburger Haushalte 1998 durchschnittlich für den **Privaten Verbrauch**. Sie gaben dafür monatlich 3 523 DM aus. Dies waren durchschnittlich 674 DM oder 23,7 Prozent mehr als 1993.

51,7 Prozent des Privaten Verbrauchs wurden 1998 für das Wohnen, die Ernährung und Bekleidung ausgegeben. Das waren monatlich im Durchschnitt 1 822 DM. Die Ausgaben für das Wohnen waren dabei mit 30 Prozent Anteil am Privaten Verbrauch der wichtigste Posten im Budget der privaten Haushalte. Von zunehmender Bedeutung sind die Ausgaben für Verkehr. Diese nahmen 1998 mit 524 DM bereits Platz drei in der Ausgabenstruktur des Privaten Verbrauchs ein.

Ausführliche Ergebnisse zur Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs werden in einem gesonderten Beitrag in Daten + Analysen dargestellt.

Gut 9 Prozent der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen entfielen auf die **übrigen Ausgaben**. Im Schnitt wendeten die Privaten Haushalte hierfür im Monat 396 DM auf, das waren 45 DM mehr als 1993. Versicherungsbeiträge waren 1998 hierbei der größte Ausgabenposten.

Insbesondere die zu den Versicherungsbeiträgen zählenden freiwilligen Zahlungen zur privaten Krankenversicherung sowie Beiträge zur Kfz - Versicherung sind gegenüber 1993 stark gestiegen.

Eine starke Zunahme findet sich ebenfalls bei den sonstigen Steuern, (Kfz-Steuer, Hundesteuer usw.). Auch die sonstigen geleisteten Übertragungen, dabei handelt es sich im wesentlichen um Übertragungen an andere private Haushalte, wie Unterhaltszahlungen oder Geldgeschenke, haben sich stark erhöht.

Übrige Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 - je Haushalt und Monat -

Übrige Ausgaben	1993	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1993
	DM		Prozent
Übrige Ausgaben insgesamt	351	396	12,8
Versicherungsbeiträge	109	168	54,1
darunter			
Private Krankenversicherung	11	20	81,8
Kfz-Versicherung	62	68	9,7
Freiwillige Beiträge zur Gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung	43	58	34,9
Sonstige geleistete Übertragungen	91	136	49,5
Sonstige Steuern	17	26	52,9
Zinsen für Baudarlehen u. a.	24	55	129,2
Statistische Differenzen	67	- 47	x

Die vermehrte Anschaffung von Wohneigentum hat, auch im Land Brandenburg durch die damit verbundene gestiegene Kreditaufnahme, zu einer Zunahme der Zinszahlungen von Baudarlehen geführt. Dafür gaben die privaten Haushalte 1998 monatlich mehr als das Doppelte aus als 1993.

Knapp 9 Prozent der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen wurden im Land Brandenburg **durchschnittlich im Monat gespart**. Damit ist die Sparquote 1998 gegenüber 1993 gesunken. Mit 382 DM je Monat lag die Durchschnittersparnis je Haushalt 1998 um 49 DM höher als 1993.

Die durchschnittliche monatliche Ersparnis verteilt sich äußerst unterschiedlich. Insbesondere bei der Gliederung der privaten Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen wurden erhebliche Unterschiede nachgewiesen. So lag die Ersparnis bei Haushalten mit niedrigem monatlichen Nettoeinkommen deutlich unter der der Haushalte mit hohem Nettoeinkommen. Die Haushalte, die monatlich mit weniger als 1 800 DM auskommen mussten, konnten nicht einmal die Aufwendungen für den Privaten Verbrauch und die übrigen Ausgaben aus den laufenden ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen decken. Diese Haushalte mussten auf Ersparnis zurückgreifen oder sich verschulden. Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 10 000 DM bis unter 35 000 DM konnten dagegen mehr als ein Viertel ihrer ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen sparen.

**Einkommensverwendung privater Haushalte im Land Brandenburg 1998
- je Haushalt und Monat -**

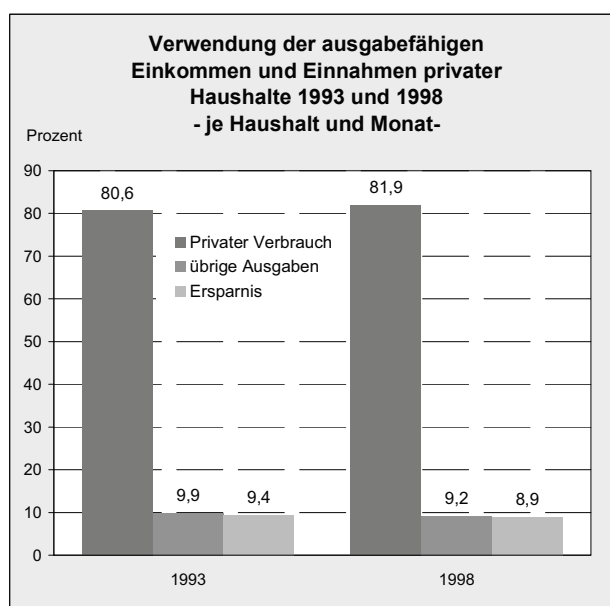
Gegenstand der Nachweisung	Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	davon					
		Privater Verbrauch		übrige Ausgaben		Ersparnis	
		DM	Prozent	DM	Prozent	DM	Prozent
Haushalte insgesamt	4 302	3 523	81,9	396	9,2	382	8,9
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen							
von ... bis unter ... DM							
unter 1 800	1 466	1 464	99,9	69	4,7	(- 66)	(- 4,5)
1 800 bis unter 2 500	2 164	2 036	94,1	117	5,4	11	0,5
2 500 bis unter 3 500	3 020	2 613	86,5	255	8,4	153	5,1
3 500 bis unter 5 000	4 299	3 798	88,3	304	7,1	197	4,6
5 000 bis unter 7 000	5 951	4 839	81,3	539	9,1	572	9,6
7 000 bis unter 10 000	8 228	6 040	73,4	1 061	12,9	1 127	13,7
10 000 bis unter 35 000	(13 137)	(7 453)	(56,7)	(2 011)	15,3	(3 673)	(28,0)
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbezieher							
Selbstständige	(7 558)	(5 306)	(70,2)	(959)	(12,7)	(1 292)	(17,1)
Beamte	7 492	5 281	70,5	939	12,5	1 272	17,0
Angestellte	5 567	4 356	78,2	572	10,3	640	11,5
Arbeiter	4 297	3 594	83,6	363	8,4	339	7,9
Arbeitslose	2 625	2 589	98,6	78	3,0	- 42	- 1,6
Nichterwerbstätige	3 003	2 646	88,1	239	8,0	120	4,0
Nach der Haushaltsgröße							
mit ... Person(en)							
1	2 293	1 943	84,7	185	8,1	166	7,2
2	4 351	3 654	84,0	393	9,0	303	7,0
3	5 615	4 509	80,3	539	9,6	568	10,1
4	6 114	4 778	78,1	564	9,2	772	12,6
5 und mehr	(7 089)	(5 796)	(81,8)	901	(12,7)	(391)	(5,5)

Auch nach der Gliederung der Haushalte nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbezieher traten ähnliche Unterschiede auf.

Die Haushaltsgröße hatte dagegen keinen so stark differenzierenden Einfluss auf die Aufteilung der Ausgaben auf die einzelnen Verwendungsarten des Einkommens.

Auch im Land Brandenburg haben sich seit 1993 Verschiebungen in der Struktur der Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen ergeben. Der Anteil der Aufwendungen für den Privaten Verbrauch ist um 1,3 Prozentpunkte gestiegen. Dies ging zu Lasten des Anteils der übrigen Ausgaben und der Sparquote.

Während der Anteil der übrigen Ausgaben an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen 1998 gegenüber 1993 um 0,7 Prozentpunkte gesunken ist, hat sich die Sparquote um 0,5 Prozentpunkte verringert.



Elke Zimmer

Ergebnisse der sozialen Pflegeversicherung

Der nachstehender Beitrag gibt einen Überblick über die erstmals für 1999 vorliegenden Ergebnisse der Pflegestatistik. Betrachtet werden dabei die drei Leistungsarten ambulante Pflege, stationäre Pflege und Pflegegeld.

In Brandenburg lebten 1999 rund 64 000 pflegebedürftige Personen. Somit nahm jeder 40. Brandenburger Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz in Anspruch. Fast die Hälfte aller Pflegebedürftigen war erheblich pflegebedürftig d. h. der Pflegestufe I zugeordnet. Insgesamt ist festzustellen, dass Frauen weit mehr als doppelt so oft von Pflegebedürftigkeit betroffen sind als Männer. Gemessen an den insgesamt im jeweiligen Bereich betreuten pflegebedürftigen Personen waren im ambulanten Bereich Dreiviertel und in Pflegeheimen sogar mehr als Dreiviertel der Pflegebedürftigen Frauen. Bei den Empfängern von ausschließlich Pflegegeld lag der Frauenanteil mit 62,5 Prozent etwas niedriger. Mehr als Dreiviertel der insgesamt zu pflegenden Personen waren älter als 65 Jahre.

Vorbemerkungen

Am 1. April 1995 trat die soziale Pflegeversicherung für die **häusliche Pflege** und am 1. Juli 1996 für die **stationäre Pflege** in Kraft. Mit der sozialen Pflegeversicherung - Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege - Versicherungsgesetz-PflegeVG) - wurde neben Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung eine weitere „Säule“ in der Sozialversicherung hinzugefügt.

Auf Grund des § 109 dieses Gesetzes verordnete die Bundesregierung die Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege (Pflegestatistik-Verordnung - PflegeStatV).

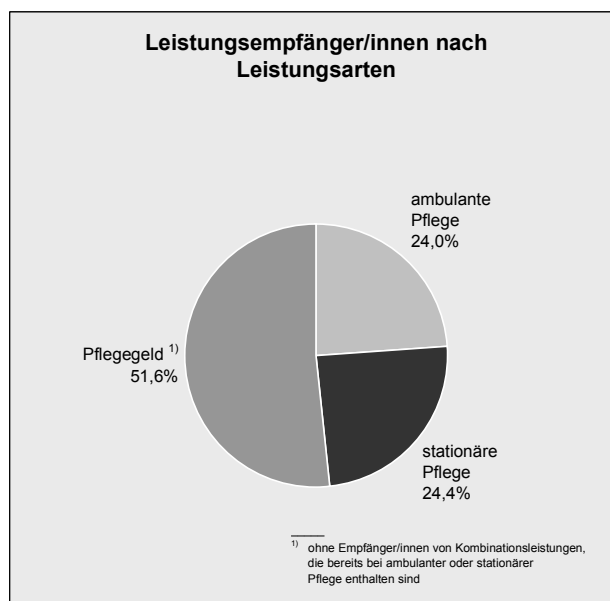
Die Statistik über die **ambulanten (Pflegedienste)** und **stationären (Pflegeheime) Pflegeeinrichtungen** wird als Bestandserhebung alle zwei Jahre zum 15. Dezember, erstmals 1999, durchgeführt. Mit der Erhebung werden umfassende und zuverlässige statistische Daten über Einrichtungen der ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung, deren personelle Ausstattung und die von den Einrichtungen betreuten Pflegebedürftigen bereitgestellt. Die Statistik über **Pflegegeldempfänger/innen** liefert Informationen über die häusliche Pflege. Da ein großer Teil der Pflegebedürftigen Pflegegeldleistungen in Anspruch nimmt, wird diese Erhebung mit Stichtag 31. Dezember als Ergänzung zur Erhebung der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen vorgenommen.

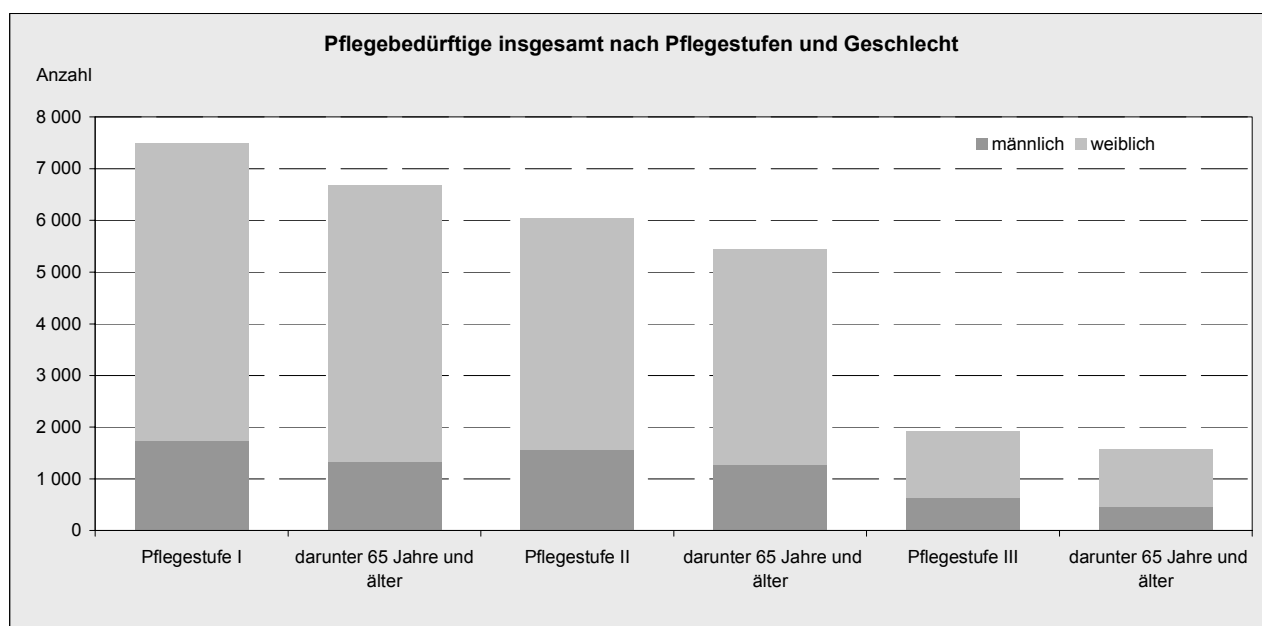
Insgesamt wird so ein statistisches Gesamtbild über den Bereich der Pflege sichergestellt. Die statistischen An-

gaben sind unerlässlich, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung erkennen und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten entsprechend reagieren zu können. Sie dienen weiterhin der Planung und Fortentwicklung des Pflege-Versicherungsgesetzes.

Jeder 40. Brandenburger war pflegebedürftig

Zum Jahresende 1999 lebten im Land Brandenburg 64 340 pflegebedürftige Personen. Das sind 2,5 Prozent der Bevölkerung bzw. war damit jeder 40. Brandenburger auf Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz angewiesen.





Pflegebedürftig im Sinne des Gesetzes sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung voraussichtlich für mindestens sechs Monate der Hilfe bedürfen. Die Feststellung der Pflegebedürftigkeit obliegt dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung im Auftrag der Pflegekassen. Die pflegebedürftigen Personen werden durch den Medizinischen Dienst in eine der drei Pflegestufen eingeordnet:

- ☐ Pflegestufe I erheblich Pflegebedürftige
- ☐ Pflegestufe II Schwerpflegebedürftige
- ☐ Pflegestufe III Schwerstpflegebedürftige

Ende 1999 waren 47,1 Prozent der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I, 39,3 Prozent der Pflegestufe II und 13,3 Prozent der Pflegestufe III zugeordnet. Für einen geringen Anteil von 0,3 Prozent war die Zuordnung zu einer Pflegestufe noch nicht entschieden.

Die Statistik weist weiter aus, dass Frauen weit mehr als doppelt so oft von Pflegebedürftigkeit betroffen sind als Männer.

Mehr als Dreiviertel der Pflegebedürftigen waren älter als 65 Jahre und mehr als ein Drittel älter als 85 Jahre.

In den Pflegeeinrichtungen waren ca. 14 800 Personen beschäftigt. Darunter übten etwa 40 Prozent den Beruf als Krankenschwester/Krankenpfleger und staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in aus. In der gleichen Größen-

ordnung bewegte sich die Zahl der Beschäftigten mit sonstigem Berufsabschluss, d. h. ohne pflegetypischen Abschluss, oder ohne Berufsabschluss oder noch in Ausbildung befindlich.

Dreiviertel der Pflegebedürftigen im ambulanten Bereich waren Frauen

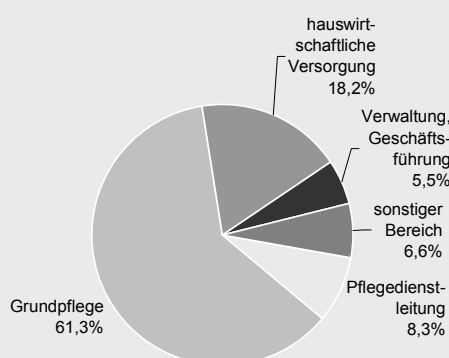
Im ambulanten Bereich standen am Jahresende 1999 im Land Brandenburg 516 **Pflegedienste** zur Verfügung. Die Pflegedienste erbringen Leistungen, die den Bedarf an Grundpflege - hierzu gehören Hilfen wie Körperpflege, Ernährung, Mobilität - und hauswirtschaftlicher Hilfe sicherstellen.

Mehr als die Hälfte der Pflegedienste war in privater, 41 Prozent in freigemeinnütziger Trägerschaft. Nur bei einem geringen Anteil handelte es sich um Pflegedienste öffentlicher Träger.

Die Pflegedienste betreuten 15 443 pflegebedürftige Personen, darunter zu Dreiviertel (74,5 Prozent) Frauen. 88,7 Prozent der Pflegebedürftigen waren älter als 65 Jahre.

5 827 beschäftigte Frauen und Männer der Pflegedienste betreuten die auf Hilfe angewiesenen überwiegend älteren Menschen. 39,6 Prozent der Beschäftigten übten ihre Tätigkeit in Vollzeit aus, 3 205 Personen waren teilzeitbeschäftigt und 5,4 Prozent waren Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr oder Zivildienstleistende.

Überwiegender Tätigkeitsbereich der Beschäftigten in Pflegediensten



Kann häusliche Pflege nicht ausreichend sichergestellt werden, ist auch teilstationäre Pflege in Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege möglich. Ist auch dies nicht realisierbar, kann sich der Pflegebedürftige für höchstens vier Wochen in einer Kurzzeitpflegeeinrichtung pflegen lassen. Kommt das wegen der Besonderheit des Einzelfalles nicht in Betracht, hat der Pflegebedürftige Anspruch auf Pflege in einer vollstationären Einrichtung.

Fast 90 Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen waren älter als 65 Jahre

In den am Jahresende 1999 existierenden 261 **Pflegeheimen** - 54 in privater, 200 in freigemeinnütziger und 7 in öffentlicher Trägerschaft - standen 18 541 Plätze zur Verfügung. Darunter wurden 7 163 Plätze für Dauerpflege sowie 6 341 Plätze für Dauer- und Kurzzeitpflege vorgehalten. Die verfügbaren Pflegeplätze befanden sich vorrangig in Ein- und Zweibettzimmern.

Außerdem konnten 730 Tages- und 94 Nachtpflegeplätze genutzt werden.

Die vollstationären Dauerpflegeplätze wurden zu 87,1 Prozent ausgelastet, Tagespflegeplätze zu 55,3 Prozent.

In den Pflegeheimen wurden 15 676 Pflegebedürftige von 8 974 beschäftigten Personen betreut. Mehr als Dreiviertel (77,4 Prozent) der zu Pflegenden waren weiblichen Geschlecht.

88,9 Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen waren älter als 65 Jahre und fast die Hälfte älter als 85 Jahre.

Pflegebedürftige in Pflegeheimen nach Altersgruppen, Pflegestufen und Geschlecht

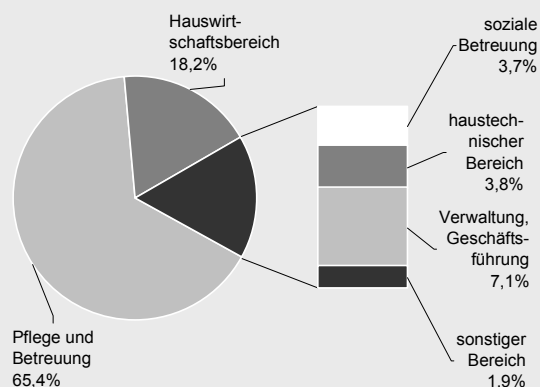
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige		
	insgesamt	männlich	weiblich
unter 15	2	-	2
15 - 65	1 745	1 042	703
65 - 85	6 341	1 489	4 852
85 - 90	4 257	605	3 652
90 und älter	3 331	402	2 929
Insgesamt	15 676	3 538	12 138
davon			
Pflegestufe I	5 104	1 334	3 770
Pflegestufe II	7 089	1 474	5 615
Pflegestufe III	3 303	673	2 630
darunter Härtefälle	134	69	65
noch keiner Pflegestufe zugeordnet	180	57	123

Von den 8 974 Beschäftigten in Pflegeheimen übten 54,5 Prozent ihre Tätigkeit in Vollzeit aus - im ambulanten Bereich 39,6 Prozent - 3 485 Personen waren teilszeitbeschäftigt und 6,7 Prozent waren Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr oder Zivildienstleistende.

Zahlung von Pflegegeld überwiegend für die Pflegestufe I

Am Jahresende 1999 erhielten 34 514 Brandenburger **Pflegegeld**, 37,3 Prozent Männer und 62,7 Prozent Frauen. Darunter nahmen 1 293 Personen die Kombination von Geld- und Sachleistung, d. h. Geldleistung und

Überwiegender Tätigkeitsbereich der Beschäftigten in Pflegeheimen



ambulante oder stationäre Hilfe, in Anspruch.

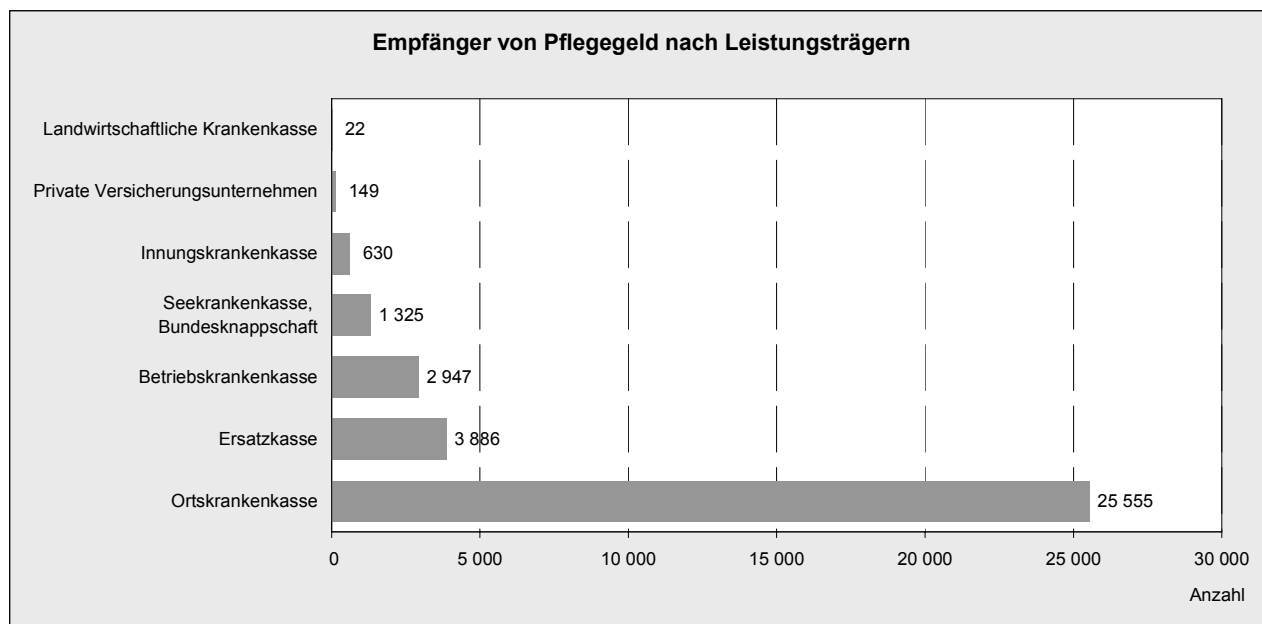
Die Pflegebedürftigen, die ausschließlich Pflegegeld bezogen, wurden grundsätzlich durch Familienangehörige oder Bekannte und Nachbarn in ihrer oder deren Umgebung gepflegt.

Bei den Empfängern von ausschließlich Pflegegeld lag der Anteil der Frauen mit 62,5 Prozent niedriger als die Frauenanteile bei ambulanter und stationärer Pflege.

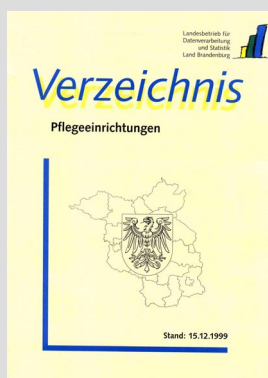
Pflegegeld wurde überwiegend für die Pflegestufen I (52,8 Prozent der Empfänger) und II (36,8 Prozent der Empfänger) gezahlt.

Die abschließende Grafik zeigt die Empfänger von Pflegegeld nach Leistungsträgern. Fast Dreiviertel der Pflegebedürftigen bezog Pflegegeld von der Ortskrankenkasse.

Christel-Beate Seifert



Verzeichnis der Pflegeeinrichtungen erschienen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat erstmals ein „Verzeichnis der Ambulanten Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste) und Stationären Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime) im Land Brandenburg“ veröffentlicht. Grundlage dafür ist die neue Pflegestatistik, die 1999 eingeführt wurde.

Die Daten wurden zum Stichtag 15. Dezember 1999 erhoben. Zu diesem Zeitpunkt waren im Land Brandenburg 516 Pflegedienste und 261 Pflegeheime re-

gistriert. Für jede Einrichtung, die ihren Zustimmung zur Veröffentlichung gegeben haben, sind Name, Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, Träger, Art der Pflegeeinrichtung sowie bei Pflegeheimen die Zahl und Art der Pflegeplätze ausgewiesen.

Im Verzeichnis werden die Pflegedienste und Pflegeheime getrennt nach Verwaltungsbezirken dargestellt.

Bestellungen können unter der Faxnummer



(0331) 39 418

aufgegeben werden.

Ferner ist es möglich, die Publikationen beim **Informationsservice** des LDS käuflich zu erwerben:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Postfach 60 10 52, 14467 Potsdam



(0331) 39 575

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse - Darstellung in regionaler und fachlicher Tiefengliederung

Mehr als jeder Dritte Einwohner Brandenburgs war am 30. Juni 1999 als sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer gemeldet. Die Beschäftigtenzahl nahm gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent ab und erreichte zum Stichtag den seit 1993 geringsten Beschäftigtenstand. Die höchste Beschäftigtenzahl wurde Mitte 1999 im Baugewerbe Brandenburgs registriert. In regionaler Gliederung führte, wie auch im Vorjahr, die kreisfreie Stadt Potsdam mit 67,1 Tausend Beschäftigten. Die Beschäftigtenzahl nahm jedoch im Vorjahresvergleich mit nur zwei Ausnahmen in allen übrigen Verwaltungsbezirken Brandenburgs ab. 34,5 Prozent der männlichen Bevölkerung im Land Brandenburg war sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Annähernd zwei Drittel aller Erwerbspersonen des Landes (rund 58 Prozent) gingen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Der entsprechende Anteil bei den männlichen Beschäftigten lag bei rund 59 Prozent. Mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Landes (53,3 Prozent) waren 1999 Vertreter des männlichen Geschlechts. Männer führten mit einem Anteil von 74,6 Prozent auch an der Gesamtzahl der Arbeiter. Umgekehrt sieht das Verhältnis unter Angestellten aus. 68,5 Prozent aller Angestellten waren zum Halbjahr 1999 weiblichen Geschlechts. Pendlerströme aus dem Land Brandenburg haben zugenommen. Zum Stichtag verzeichnete das Land Brandenburg einen Auspendlerüberschuss von 88,2 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zunahme der Arbeitspendler vom Land Brandenburg in andere Länder (Auspendler) wurde in Höhe von rund 5 Prozent registriert. In umgekehrter Richtung nahm die Zahl der Einpendler um 1,5 Prozent zu. Brandenburger Auspendler bevorzugten dabei Berlin und das Bundesgebiet West. Die meisten Einpendler (59,8 Prozent) kamen nach Brandenburg aus Berlin. Die Auspendlerquote Brandenburgs stieg schneller an als die Einpendlerquote. Der Einpendlerüberschuss im engeren Verflechtungsraum betrug 23,9 Tausend Beschäftigte.

Mehr als jeder dritte Einwohner Brandenburgs war als sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer gemeldet

Am 30. Juni 1999¹ waren im Land Brandenburg **826 873 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt**. Damit war mehr als jeder dritte Einwohner Brandenburgs als sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer gemeldet.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten reduzierte sich im Land Brandenburg im Vergleich zum 30. Juni 1998 um 20,3 Tausend Personen, d. h. um 2,4 Prozent. Der Rückgang war höher als im Jahr zuvor. Zum Halbjahr 1998 gegenüber Halbjahr 1997 sank die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer um 7,7 Tausend Personen bzw. um 0,9 Prozent.

Eine rückwirkende Untersuchung der **Dynamik in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** im Land Brandenburg bringt Erkenntnis über den anhaltenden Beschäftigungsrückgang. Im Zeitraum 1993 bis 1995 wurde jährlich ein Zuwachs der Beschäftigtenanzahl registriert. Seit Mitte 1996 sank die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jährlich. Damit setzt sich auch 1999 der anhaltende Beschäftigungsrückgang weiter fort.

Zum 30. Juni 1999 erreichte die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer den seit 1993 niedrigsten Beschäftigtenstand. Der Beschäftigungsverlust im Land Brandenburg verläuft seit 1996 im Vergleich zu den neuen Bundesländern (einschl. Berlin-Ost) annähernd gleich mit leichten jährlichen Schwankungen von 0,1 bis zu 1,1 Prozentpunkte gegenüber dem Länderdurchschnittswert. Im Vergleich zur ebenfalls rückläufigen Entwicklung im früheren Bundesgebiet fällt der Beschäftigungsabbau im Land Brandenburg deutlich stärker aus.

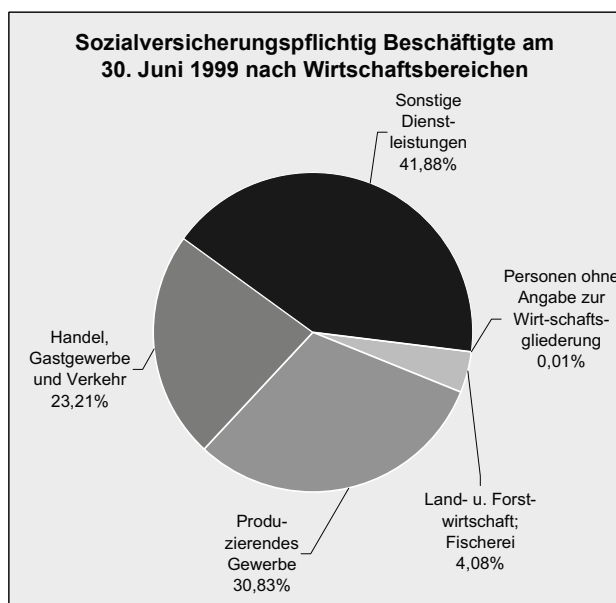
¹ Sofern nicht explizit auf einen anderen Zeitraum bzw. Stichtag hingewiesen wird, beziehen sich die analytischen Ausführungen auf den Stichtag 30. Juni 1999.

1999 stand der Beschäftigungsrückgang von 2,4 Prozent im Land Brandenburg einem einprozentigen Zuwachs der Beschäftigtenzahl im Früheren Bundesgebiet gegenüber.

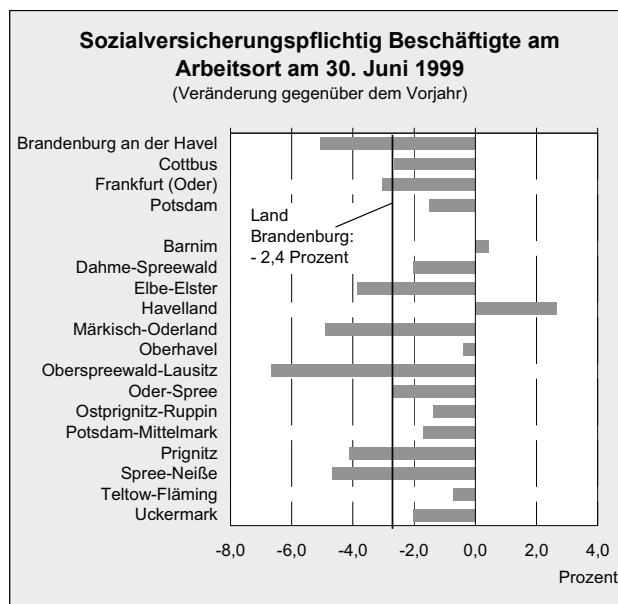
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - Veränderung gegenüber dem Vorjahr -			
Stichtag	Land Brandenburg	Neue Bundesländer einschl. Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet
	Prozent		
30.06.1994	1,9	0,2	- 1,6
30.06.1995	1,0	0,7	- 0,7
30.06.1996	- 2,3	- 2,3	- 1,1
30.06.1997	- 4,0	- 3,9	- 1,1
30.06.1998	- 0,9	- 1,0	- 0,1
30.06.1999	- 2,4	- 1,3	1,0

Der größte Anbieter der Arbeitsplätze für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer war am 30. Juni 1999 der Wirtschaftsabschnitt **Baugewerbe**. Zum Stichtag waren 119,7 Tausend Personen im Baugewerbe sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das macht 14,5 Prozent aller Beschäftigten im Land Brandenburg aus. Rund 98 Prozent der Arbeitnehmer waren im Baugewerbe vollzeitbeschäftigt.

Glatten 14 Prozent der Beschäftigten Brandenburgs waren im **Verarbeitenden Gewerbe** tätig. Im Handel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern waren 13,6 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt.



Der viertgrößte Arbeitgeber im Land Brandenburg war mit 10,4 Prozent der Wirtschaftsabschnitt öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.^{2,3} Der zusammengefasste Bereich **öffentliche und private Dienstleistungen**, der aus den Wirtschaftsbereichen Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen sowie Private Haushalte besteht, bot 1999 für 21,4 Prozent der Sozialversicherungspflichtigen Brandenburgs eine Beschäftigung.



In **regionaler Betrachtung** führte in Bezug auf die absolute Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30. Juni 1999, wie auch im Vorjahr, die kreisfreie **Stadt Potsdam mit 67,1 Tausend Beschäftigten**. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark lag mit 62,2 Tausend Beschäftigten an zweiter Stelle, gefolgt vom Landkreis Oder-Spree mit 55,5 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeitsplätzen. Die Beschäftigtenzahl reduzierte sich aber in diesen führenden Verwaltungsbezirken. So sank die Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahr im Landkreis Oder-Spree um 2,7 Prozent, im Landkreis Potsdam-Mittelmark um 1,7 Prozent und in der kreisfreien Stadt Potsdam um 1,5 Prozent.

² Gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

³ Aufgrund der Anwendung verschiedener Systematiken der Wirtschaftszweige ist ein direkter Vergleich der Werte aus dem Jahr 1999 mit den aus dem Jahr 1998 in der Zuordnung nach Wirtschaftszweigen nicht möglich.

Im Vergleich zum Vorjahr war der stärkste Rückgang der Beschäftigtenzahl mit 6,7 Prozent im **Landkreis Oberspreewald-Lausitz** festzustellen. In der kreisfreien Stadt Brandenburg wurde ein Rückgang der Beschäftigtenzahl von 5,1 Prozent verzeichnet. In beiden Verwaltungsbezirken wurde dieser Rückgang jedoch zum Teil durch eine gleichzeitige Abnahme der Bevölkerungszahlen von 1,5 bzw. 2 Prozent beeinflusst. Im Landkreis Märkisch-Oderland sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer um 4,9 Prozent.

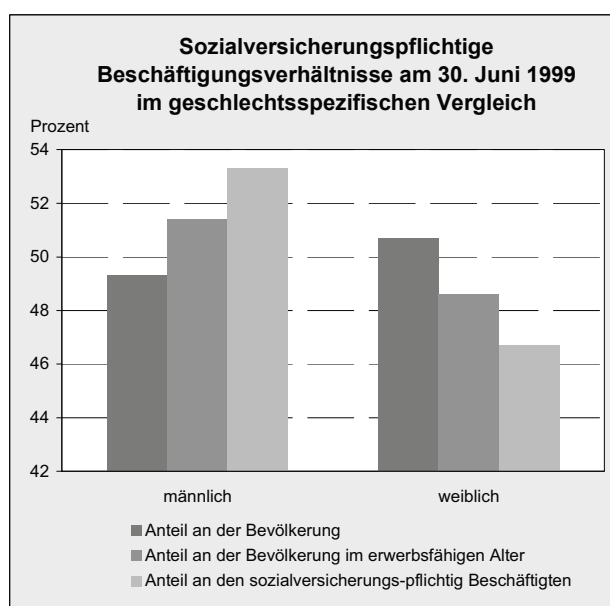
Nur zwei Landkreise bildeten eine Ausnahme. Im **Landkreis Havelland** stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent an. Im **Landkreis Barnim** wurde ein leichter Beschäftigungszuwachs von 0,4 Prozent registriert.

Erwerbsfähigkeit und Beschäftigung im Land Brandenburg sind überwiegend „männlich“

Im prozentualen Anteil an dem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten führten zum Halbjahr 1999 Männer mit 53,3 Prozent. Frauen stellten komplementär 46,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer dar. Zum Stichtag 30. Juni 1999 waren 386,1 Tausend weibliche Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Etwa 57 Prozent der weiblichen Erwerbspersonen übten damit eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an der weiblichen Bevölkerung im Land Brandenburg ist mit 29,4 Prozent um 5,1 Prozentpunkte geringer ausgefallen als der entsprechende Anteil der männlichen Bevölkerung. Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der gesamten Bevölkerung betrug ca. 26 Prozent und lag 3 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Anteil (29 Prozent) der männlichen Erwerbspersonen.

Der Beschäftigungsrückgang hatte zum Halbjahr 1999 gegenüber dem Vorjahreszeitraum **sowohl Männer als auch Frauen** im erwerbsfähigen Alter betroffen. So ist die Anzahl der männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent oder 9,4 Tausend Personen gesunken. Die entsprechende Zahl Frauen reduzierte sich um 10,8 Tausend Personen bzw. 2,7 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer im Lande sinkt seit Mitte 1996 jährlich konsequent. Am 30. Juni 1999 erreichte sie einen Jahrestiefststand seit dem Jahr 1993.

440,7 Tausend Männer im erwerbsfähigen Alter gingen zum Halbjahr 1999 einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Somit waren am 30. Juni 1999 **34,5 Prozent der männlichen Bevölkerung im Land Brandenburg sozialversicherungspflichtig beschäftigt**.



Der Anteil der männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen erwerbstätigen und erwerbslosen Männern betrug ca. 59 Prozent.

Bemerkenswert sind Ergebnisse einer **Strukturbeobachtung der Bevölkerung Brandenburgs**. Während der Anteil der Männer an der gesamten Landesbevölkerung am 30. Juni 1999 mit 49,3 Prozent geringer ausgefallen ist als der Anteil der Frauen (50,7 Prozent), kehrte sich die Proportion bei der Geschlechtszuordnung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um. Hier betrug der Anteil der Männer an der erwerbsfähigen Bevölkerung Brandenburgs 51,4 Prozent und der Anteil der Frauen entsprechend 48,6 Prozent.

Typisch männliche Beschäftigung prägt das Baugewerbe

Typisch männliche Beschäftigung war für das Baugewerbe im Land Brandenburg charakteristisch. Von 119,7 Tausend Beschäftigten im Baugewerbe waren am 30. Juni 1999 106,9 Tausend Beschäftigte, d. h. über 89 Prozent, Männer. Lediglich ca. 11 Prozent der Beschäftigten gehörten zum weiblichen Geschlecht. Auch im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden überwogen mit einem Anteil von 76 Prozent männliche Beschäftigungsverhältnisse. Gleiches galt für die Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes und die Energie- und Wasserwirtschaft mit einem Anteil von jeweils 69 Prozent sowie für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit einem Anteil von 66 Prozent.

Frauen waren im Handel, im Gastgewerbe, im Kredit- und Versicherungsgewerbe, in der öffentlichen Verwaltung sowie in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen in einer deutlichen Überzahl.

Insgesamt 65,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Wirtschaftsabschnitten und -bereichen waren Frauen.

Die Beschäftigung als Arbeiter blieb für Männer vorbehalten

Knapp über die Hälfte (50,5 Prozent) der Beschäftigten im Land Brandenburg waren am 30. Juni 1999 als Arbeiter tätig. Deren Anteil ist mit einem Plus von 0,1 Prozentpunkten geringfügig gegenüber dem Vorjahreswert angestiegen. Absolut gesehen verringerte sich jedoch die Anzahl der Arbeiter im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 Tausend Personen bzw. um 2,2 Prozent.

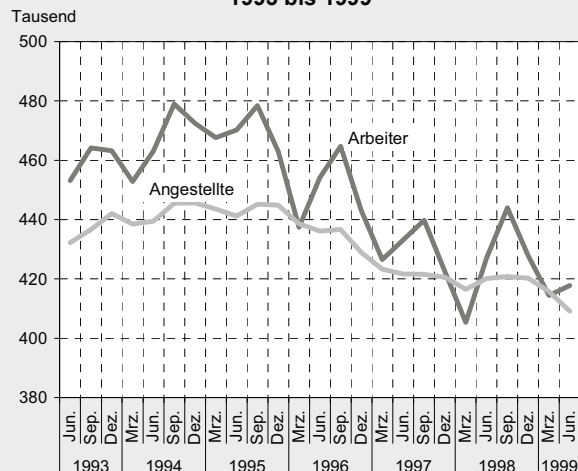
Den **417,7 Tausend Arbeitern** standen am 30. Juni 1999 **409,1 Tausend Angestellte** (49,5 Prozent der Beschäftigten) gegenüber. Auch deren Anzahl ging gegenüber dem 30. Juni 1998 zurück, und zwar absolut um rund 11 Tausend Personen und relativ um 2,6 Prozent. Seit Juni 1996 sinkt die halbjährliche Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeiter. Am 30. Juni 1999 erreichte die Zahl der Arbeiter den seit Juni 1993 geringsten Halbjahresstand.

Allgemein ist **der Entwicklungstrend in der Beschäftigung sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten seit Ende 1995 rückläufig**. Im Vergleich zur annähernd glatten Trendkurve der Senkung der Angestelltenzahl verläuft der Rückgang der Arbeiterzahl mit erheblichen konjunkturellen und saisonbedingten Schwankungen um die Trendlinie, hauptsächlich verursacht durch das Baugewerbe.

Die Beschäftigung als Arbeiter blieb zum überwiegenden Teil für Männer vorbehalten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter betrug 74,6 Prozent. Lediglich 25,4 Prozent der Arbeiter waren Frauen. Umgekehrt sieht das Verhältnis unter Angestellten aus. 68,5 Prozent aller Angestellten waren zum Halbjahr 1999 weiblichen Geschlechts. Lediglich der Anteil von 31,5 Prozent fiel auf Männer aus.

Rund 100,5 Tausend bzw. 84 Prozent der Beschäftigten im Wirtschaftsabschnitt Baugewerbe waren als Arbeiter beschäftigt. Im Verarbeitenden Gewerbe waren 69,5 Prozent der Beschäftigten Arbeiter. In Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe führten dagegen Angestellte mit dem Anteil von 99 Prozent sowie im Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern mit ca. 64 Prozent.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter und Angestellte im Zeitraum 1993 bis 1999



380,1 Tausend Arbeiter gingen Mitte 1999 einer **Vollzeitbeschäftigung** nach. Das sind 91 Prozent aller männlichen und weiblichen Arbeiter. Nur 9 Prozent aller Arbeiter waren als Teilzeitbeschäftigte eingestellt. Auch unter Angestellten dominierte Mitte 1999 das Vollzeitbeschäftigungsverhältnis. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Angestellten betrug am 30. Juni 1999 ca. 83 Prozent aller Angestellten.

Insgesamt waren zum Stichtag am 30. Juni 1999 rund **87 Prozent der Beschäftigten im Land Brandenburg vollzeitbeschäftigt**. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 26 Tausend Personen, d. h. um 3,5 Prozent. Gleichzeitig nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 5 808 Personen, d. h. um 5,7 Prozent zu. Der Rückgang der Vollzeitbeschäftigten sowie der Zugang der Teilzeitbeschäftigten gegenüber dem Vorjahr ist sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte charakteristisch. Der Anstieg der Teilzeitbeschäftigten gegenüber dem Vorjahr beruht jedoch im wesentlichen auf den Veränderungen der ab 01. April 1999 geltenden Rechtsgrundlage betreffend die sozialversicherungspflichtige Behandlung geringfügiger Beschäftigten.⁴

⁴ Ab dem Stichtag 01.04.1999 sind die gesetzlichen Regelungen zur Sozialversicherungspflicht geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse grundlegend geändert worden. Nach der maßgebenden Regelung des § 8 SGB IV wird zwar nach wie vor zwischen geringfügig kurzfristigen Beschäftigungen (als „kurzfristig“ gilt eine Tätigkeit immer dann, wenn sie nach ihrer Eigenart oder im voraus vertraglich auf höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist) auf der einen und geringfügig entlohnten Tätigkeiten (als „geringfügig entlohnt“ ist eine Tätigkeit dann zu klassifizieren, wenn die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit weniger als 15 Stunden beträgt und bestimmte Einkommenshöchstgrenzen nicht überschritten werden) auf der anderen Seite unterschieden.

Aus diesem Grund ist eine analytische Aussage zur Teilzeitbeschäftigung nur sehr begrenzt möglich, vor allem in Bezug auf einen Vergleich mit den vorherigen Zeiträumen.

Weniger weibliche Beschäftigte als männliche waren in beruflicher Ausbildung

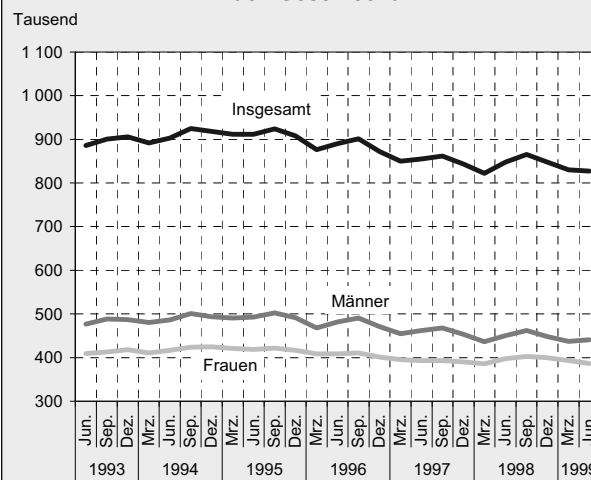
Auch die Anzahl der Auszubildenden im Land Brandenburg war im Vorjahresvergleich rückläufig. In einem Ausbildungsverhältnis standen zum Stichtag 30. Juni 1999 insgesamt 54,1 Tausend Personen. Das waren 914 sozialversicherungspflichtige Ausbildungsverhältnisse weniger als noch im Vorjahr. Zum Halbjahr 1999 befanden sich wie schon im Vorjahr mehr männliche Personen (32,3 Tausend Personen) als weibliche Personen (21,8 Tausend Personen) in einem Ausbildungsverhältnis. Auch der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Auszubildenden ist gegenüber dem Vorjahr leicht zugunsten des Anteils der auszubildenden Männer (59,7 Prozent) um 0,4 Prozentpunkte auf 40,3 Prozent gesunken.

Der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Brandenburgs betrug 6,5 Prozent. Die **Ausbildungsquote** (Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten) blieb gegenüber dem Vorjahr konstant. Dabei lag die geschlechtsspezifische **Ausbildungsquote der Männer mit 7,3 Prozent um 1,7 Prozentpunkte höher als die der Frauen**. Die Relation hat sich gegenüber dem Halbjahr 1998 nicht verändert.

Auszubildende waren in allen **Wirtschaftsbereichen** beschäftigt, insbesondere in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen und im Produzierenden Gewerbe, im Handel, in der öffentlichen Verwaltung und im Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen. Der Anteil der Auszubildenden bewegte sich innerhalb der einzelnen Wirtschaftsabschnitte zwischen 2,4 Prozent in der öffentlichen Verwaltung und 10,7 Prozent im Bergbau sowie 11 Prozent in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen.

Höhere Ausbildungsquoten der männlichen Beschäftigten im Vergleich zu den Weiblichen wurden im Verarbeitenden Gewerbe (5,8 Prozent), in der Energie- und Wasserversorgung (5,6 Prozent) und im Baugewerbe (8,6 Prozent) registriert. Auch die Wirtschaftsabschnitte Handel (7,6 Prozent), Gastgewerbe (10 Prozent), Kredit- und Versicherungsgewerbe (9,6 Prozent) und öffentliche Verwaltung (2,7 Prozent) sowie der Wirtschaftsbereich öffentliche und private Dienstleistungen (15,8 Prozent)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Zeitraum 1993 bis 1999 nach Geschlecht



wiesen höhere Ausbildungsquoten der männlichen Beschäftigten aus. Für die Wirtschaftsabschnitte Bergbau (11,9 Prozent), Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (5,2 Prozent), Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen (4,1 Prozent) sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (3,5 Prozent) waren **dagegen höhere Ausbildungsquoten der weiblichen Beschäftigten** charakteristisch.

Dreiviertel der Arbeitnehmer Brandenburgs besitzen mittlere Reife

Fast dreiviertel (73,9 Prozent) der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Brandenburgs (611 Tausend) besaßen zum Stichtag einen **Volksschul- bzw. Hauptschulabschluss** oder konnten gleichwertige Schulbildung mit mittlerer Reife nachweisen. Der Anteil der Männer an diesen Beschäftigten überlag mit 52,8 Prozent (322,9 Tausend). den Anteil der Frauen. 64 Prozent von den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (254 Tausend) hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung. Auch hier dominierte das männliche Geschlecht mit 52 Prozent.

Rund 3,6 Prozent der Beschäftigten (29,8 Tausend) hatten zum Stichtag **allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife** (Abitur). Hier kehrte sich die Relation zwischen dem männlichen und dem weiblichen Geschlecht um. Der Anteil der Frauen an den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit Abitur betrug 58,8 Prozent.

Ein Abitur mit abgeschlossener Berufsausbildung hatten lediglich 2,8 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (23,5 Tausend) in der Tasche. 59 Prozent davon waren Frauen (13,9 Tausend).

Der Anteil der Arbeitnehmer mit einem Fachhochschulabschluss, einschließlich Ingenieurschulen, betrug nur 3,6 Prozent (29,8 Tausend) aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Brandenburg. Auch hier überwog mit 50,3 Prozent knapp der Anteil der Frauen (15 Tausend).

Nur knapp 5,5 Prozent (45,8 Tausend) der Brandenburger Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen waren im Besitz eines wissenschaftlichen Hochschulabschlusses, einschließlich Lehrerausbildung. Unter den Hochschulabsolventen führte wiederum das männliche Geschlecht. Der Anteil der Männer an den Arbeitnehmern mit einem Hochschulabschluss betrug 56,8 Prozent (26 Tausend).

Ca. 13,4 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen lieferten während der Befragung zum Mikrozensus keine Angaben zu ihrer beruflichen Ausbildung.

Mehr männliche Ausländer waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt

Im Land Brandenburg sind **nur wenig Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt**. Am 30. Juni 1999 waren es landesweit nur 0,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Absolut stieg jedoch die Anzahl der ausländischen Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr landesweit um 2,5 Prozent an. Dabei betrug der Anteil der Ausländer an den männlichen Beschäftigten 1,2 Prozent. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Der Ausländeranteil an den weiblichen Beschäftigten betrug nur 0,5 Prozent. Auch der Anteil ist im Vergleich zum Vorjahr annähernd gleich geblieben.

Rund 72 Prozent aller im Land Brandenburg beschäftigten Ausländer waren 1999 Männer. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozentpunkte gesunken, und zwar zugunsten des Anstiegs des Anteils der weiblichen ausländischen Beschäftigten.

Die höchsten Quoten ausländischer Arbeitnehmer konnten für die **Wirtschaftsabschnitte** Gastgewerbe (5,6 Prozent), Verarbeitendes Gewerbe (1,2 Prozent) und Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistung für Unternehmen (1,1 Prozent) festgestellt werden.

Der größte Anteil der Ausländer an den männlichen Beschäftigten wurde 1999 im Gastgewerbe mit 13,5 Prozent ausgewiesen. Nur mit einer Ausnahme waren in sämtlichen Wirtschaftsabschnitten Brandenburgs mehr männliche Ausländer als weibliche beschäftigt. Lediglich in der Energie- und Wasserversorgung waren die Anteile der weiblichen und der männlichen Ausländer an der jeweils geschlechtsspezifischer Beschäftigtenzahl mit jeweils 0,2 Prozent gleich groß.

Weibliche Ausländer bildeten einen Anteil von 28 Prozent an den ausländischen Beschäftigten. Etwas über 14 Prozent von ihnen waren am 30. Juni 1999 in der kreisfreien Stadt Potsdam, 10,4 Prozent im Landkreis Potsdam-Mittelmark, und jeweils 8 Prozent im Landkreis Oberhavel und Landkreis Dahme-Spreewald beschäftigt. Der landesgeringste Anteil an den ausländischen weiblichen Beschäftigten wurde mit 1,6 Prozent im Landkreis Prignitz registriert, gefolgt vom Landkreis Elbe-Elster mit 1,8 Prozent.

Rund 68 Prozent der ausländischen Beschäftigten sind 1999 einer **Tätigkeit als Arbeiter** nachgegangen. Relativ hohe Anteile der Arbeiter an den ausländischen Beschäftigten Brandenburgs wiesen 1999 die Landkreise Oberhavel (9,4 Prozent), Potsdam-Mittelmark (9,3 Prozent), Teltow-Fläming (9 Prozent), Havelland (7,5 Prozent) und Märkisch-Oderland (7,8 Prozent). Im Landkreis Prignitz waren die wenigsten (1,6 Prozent) ausländische Arbeiter beschäftigt. Von 32 Prozent der Ausländer, die im Land Brandenburg als Angestellte beschäftigt waren, waren knapp 18 Prozent in der kreisfreien Stadt Potsdam, 11,5 Prozent im Landkreis Teltow-Fläming, 9,4 Prozent im Landkreis Potsdam-Mittelmark und 8,7 Prozent im Landkreis Dahme-Spreewald eingestellt.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitnehmer am 30.06.1999 nach Wirtschaftsabschnitten, Geschlecht und Stellung im Beruf

Wirtschaftsgliederung		Insgesamt	davon			darunter Ausländer
			Arbeiter	Angestellte	in beruflicher Ausbildung	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	m	22 299	18 613	2 621	1 065	224
	w	11 401	7 549	3 263	589	61
	z	33 700	26 162	5 884	1 654	285
Bergbau	m	6 616	4 168	1 767	681	26
	w	2 133	515	1 365	253	1
	z	8 749	4 683	3 132	934	27
Verarbeitendes Gewerbe	m	79 299	57 767	16 947	4 585	1 132
	w	36 174	17 324	17 070	1 780	266
	z	115 473	75 091	34 017	6 365	1 398
Energie- und Wasserversorgung	m	7 583	4 187	2 973	423	13
	w	3 399	432	2 808	159	6
	z	10 982	4 619	5 781	582	19
Baugewerbe	m	106 907	88 444	9 220	9 243	1 088
	w	12 787	2 699	9 556	532	48
	z	119 694	91 143	18 776	9 775	1 136
Handel	m	51 848	27 712	20 190	3 946	438
	w	60 223	9 846	47 521	2 856	267
	z	112 071	37 558	67 711	6 802	705
Gastgewerbe	m	6 907	4 944	1 275	688	932
	w	15 295	11 387	2 781	1 127	314
	z	22 202	16 331	4 056	1 815	1 246
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	m	39 136	27 918	10 303	915	300
	w	18 478	7 205	10 633	640	96
	z	57 614	35 123	20 936	1 555	396
Kredit- und Versicherungsgewerbe	m	3 424	92	3 005	327	17
	w	10 008	71	9 484	453	15
	z	13 432	163	12 489	780	32
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	m	34 231	18 586	14 798	847	463
	w	35 425	11 806	22 149	1 470	295
	z	69 656	30 392	36 947	2 317	758
Öffentliche Verwaltung	m	26 158	10 276	15 173	709	77
	w	59 965	5 611	53 011	1 343	91
	z	86 123	15 887	68 184	2 052	168
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen sowie sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	m	56 263	20 924	26 461	8 878	623
	w	120 812	23 797	86 412	10 603	600
	z	177 075	44 721	112 873	19 481	1 223
Ohne Angabe	m	53	32	18	3	1
	w	49	15	33	1	-
	z	102	47	51	4	1
Land Brandenburg	m	440 724	283 663	124 751	32 310	5 334
	w	386 149	98 257	266 086	21 806	2 060
	z	826 873	381 920	390 837	54 116	7 394

Pendlerströme aus dem Land Brandenburg haben zugenommen

Am 30. Juni 1999 verzeichnete das Land Brandenburg einen Auspendlerüberschuss von 88,2 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das bedeutet, dass mehr Beschäftigte aus dem Land Brandenburg in die anderen Bundesländer zur Arbeit pendelten als Beschäftigte aus diesen Bundesländern im Land Brandenburg tätig waren. Insgesamt pendelten 88,9 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zur Arbeit von anderen Bundesländern in das Land Brandenburg. Umgekehrt pendelten 177,1 Tausend Beschäftigte zur Arbeit aus Brandenburg in die übrigen Bundesländer.

Trotz des allgemeinen Rückgangs der Beschäftigtenzahlen haben die Pendlerströme im Land Brandenburg von Juni 1998 bis Juni 1999 zugenommen. Die Zunahme der Arbeitspendler in andere Länder betrug rund 5 Prozent. In umgekehrter Richtung nahm die Zahl der Einpendler um 1,5 Prozent zu.

Brandenburger Auspendler bevorzugten das Land Berlin und das Bundesgebiet West

Rund 123,1 Tausend Brandenburger hatten am 30. Juni 1999 ihren Arbeitsort im Land Berlin. Das sind fast 5 300 bzw. 4,5 Prozent mehr Auspendler als ein Jahr zuvor. Die Auspendler in das Land Berlin bildeten 69,5 Prozent der gesamten Auspendler des Landes Brandenburg. Der Anteil der Auspendler in das Land Berlin ist gegenüber dem Vorjahr nur sehr gering um 0,4 Prozentpunkte gesunken. Die größten Auspendlerströme aus dem Land Brandenburg nach Berlin hatten ihren Ursprung in den Landkreisen, die sich im engeren Verflechtungsraum befinden. Eine Führende Position wies dabei der Landkreis Oberhavel aus. Am 30. Juni 1999 pendelten aus diesem Landkreis nach Berlin fast 20 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, darunter 10,6 Tausend Männer und 9,4 Tausend Frauen.

Aus dem Landkreis Barnim gingen 16,7 Tausend Personen, darunter 8,7 Tausend Männer und rund 8 Tausend Frauen, einer Beschäftigung in Berlin nach. Die dritthöchste Anzahl (14,7 Tausend Beschäftigte) der Auspendler Brandenburgs nach Berlin kam aus dem Landkreis Märkisch-Oderland. 16,7 Prozent aller Auspendler aus dem Land Brandenburg hatten ihren Arbeitsort in den neuen Bundesländern. 13,8 Prozent arbeiteten dagegen in den alten Bundesländern (ohne Berlin).

Weiterhin Anteile der Brandenburger Auspendler entfielen auf die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt. 13,4 Tausend sozialversicherungspflichtigen Beschäftigte pendelten 1999 aus dem Land Brandenburg in das Land Sachsen aus. Im Land Sachsen-Anhalt gingen 6,8 Tau-

send Brandenburger einer Beschäftigung nach. 6,3 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben eine Tätigkeit im Land Nordrhein-Westfalen gefunden und 6,2 Tausend Beschäftigte im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Auspendler aus dem Land Brandenburg am 30. 06.1999 nach dem Wohnort

Auffällig ist das Anwachsen der Auspendlerzahl vom Land Brandenburg in Richtung Bundesgebiet West. Das Favoritland wurde das Land Saarland, gefolgt von den Ländern Bayern und Baden-Württemberg. Der Auspendlerzuwachs nach Saarland erreichte im Vorjahresvergleich 36,6 Prozent. Die Zahl der Auspendler Brandenburgs nach Bayern ist gegenüber dem Vorjahr um 27,3 Prozent und nach Baden-Württemberg entsprechend um 23,3 Prozent angestiegen. Dagegen wurde ein Rückgang der Auspendlerströme in die neuen Bundesländer Sachsen (- 3,5 Prozent), Sachsen-Anhalt (0,2 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (- 0,1 Prozent) registriert.

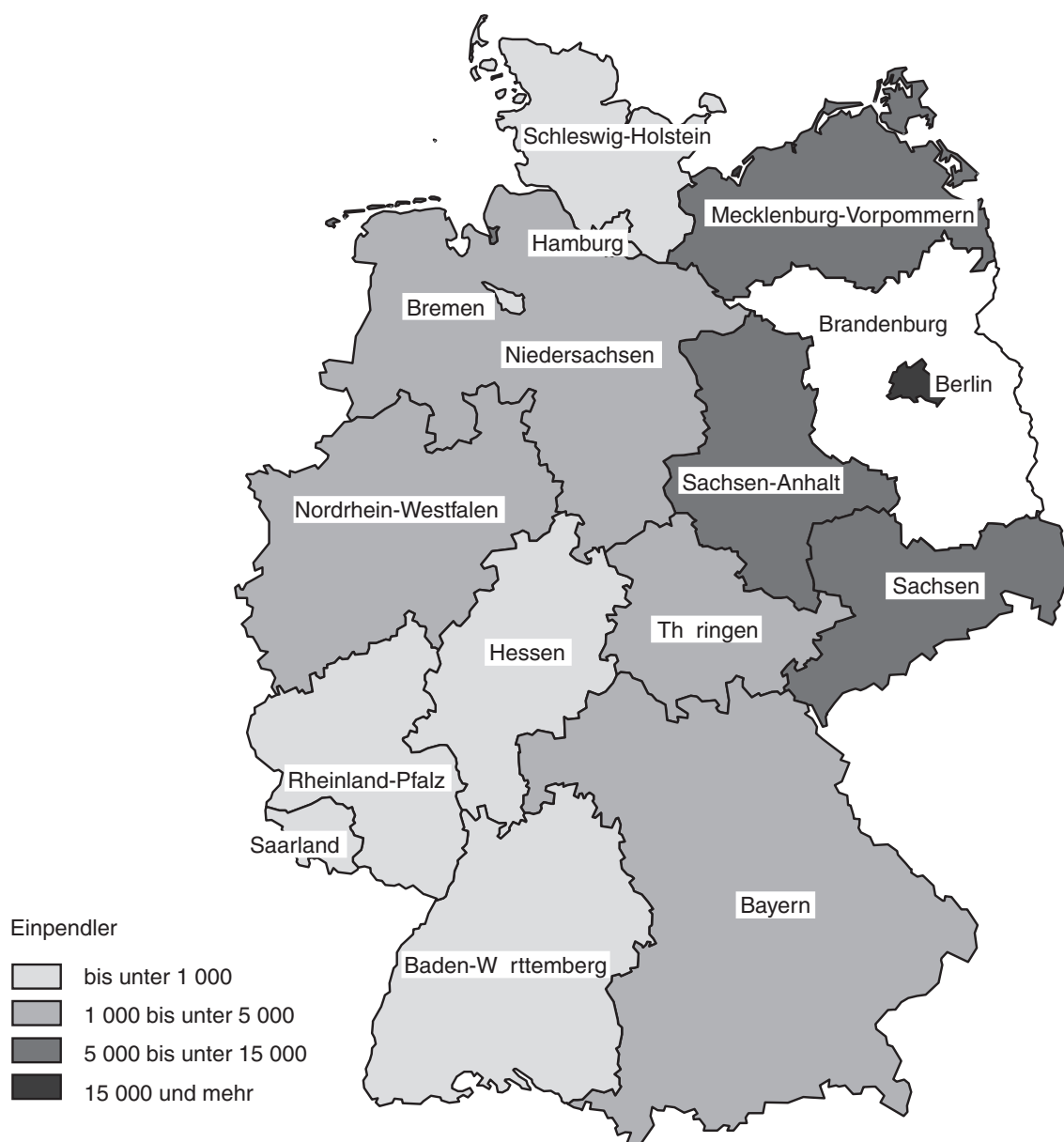
Die meisten Einpendler kamen aus dem Land Berlin

Im Gegenzug pendelten Mitte 1999 täglich 53,1 Tausend Beschäftigte aus dem Bundesland Berlin, um im Land Brandenburg zu arbeiten. Das sind 1,8 Tausend bzw. 3,4 Prozent mehr Einpendler in das Land Brandenburg als vor einem Jahr. Anteilmäßig sind das 59,8 Prozent aller Einpendler in das Land Brandenburg.

In regionaler Betrachtung fand die höchste Anzahl der Einpendler aus Berlin ihre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Landkreisen Dahme-Spreewald (7,4 Tausend Beschäftigte) und Märkisch-Oderland (7,2 Tausend Beschäftigte) sowie in der kreisfreien Stadt Potsdam (7,1 Tausend Beschäftigte). Nach Potsdam kamen die meisten weiblichen Einpendler aus Berlin zur Arbeit. Am 30. Juni 1999 waren es 2,9 Tausend Frauen, die einen Arbeitsplatz in Potsdam hatten. Im Landkreis Dahme-Spreewald waren Mitte 1999 2,7 Tausend Frauen aus Berlin und im Landkreis Märkisch-Oderland 2,4 Tausend Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Landkreis Märkisch-Oderland verzeichnete die meisten männlichen Einpendler aus Berlin. Ihre Anzahl betrug 4,9 Tausend Personen. 4,7 Tausend Berliner arbeiteten im Landkreis Dahme-Spreewald und 4,5 Tausend Berliner im Landkreis Oberhavel.

Knapp über 32 Prozent aller Einpendler kamen 1999 in das Land Brandenburg aus den neuen Bundesländern. Der Anteil der Einpendler aus den alten Bundesländern lag lediglich bei 7,9 Prozent.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler in das Land Brandenburg am 30.06.1999 nach dem Wohnort



Der größte **Einpendlerstrom aus den neuen Bundesländern nach Brandenburg** wurde für das Bundesland Sachsen registriert. 1999 pendelten aus Sachsen 14 390 Beschäftigte nach Brandenburg. 6 984 erwerbsfähige Personen aus dem Land Sachsen-Anhalt gingen 1999 einer Beschäftigung im Land Brandenburg nach, gefolgt von den 5 631 Beschäftigten aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern. Aus dem Land Nordrhein-Westfalen fanden 1 833 Personen ihre Beschäftigung im Land Brandenburg. Aus dem Land Thüringen strömten 1 516 Einpendler nach Brandenburg.

Einen deutlichen **Rückgang von Einpendlerströmen** gab es zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Saarland (- 15 Prozent), Bremen (ca. - 10 Prozent) und Sachsen (- 9 Prozent). Die Einpendlerzahl aus dem Land Nordrhein-Westfalen ist gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,7 Prozent gesunken. Die Zahl der Einpendler aus den alten Bundesländern Hessen (18,9 Prozent), Baden-Württemberg (16,3 Prozent), Hamburg (13,9 Prozent), Bayern (5,6 Prozent), Niedersachsen (3,4 Prozent) und Rheinland-Pfalz (6,5 Prozent) nahm am 30. Juni 1999 gegenüber dem Vorjahr dagegen deutlich zu.

11,1 Prozent der **Einpendler aus dem Bundesgebiet** arbeiteten am 30. Juni 1999 in Potsdam, 10,6 Prozent im Landkreis Dahme-Spreewald und 10 Prozent im Landkreis Märkisch-Oderland. Somit haben entsprechend 53 Prozent aller Einpendler in den Landkreis Dahme-Spreewald und 56 Prozent aller Einpendler in den Landkreis Märkisch-Oderland ihren Wohnort in einem anderen Bundesland.

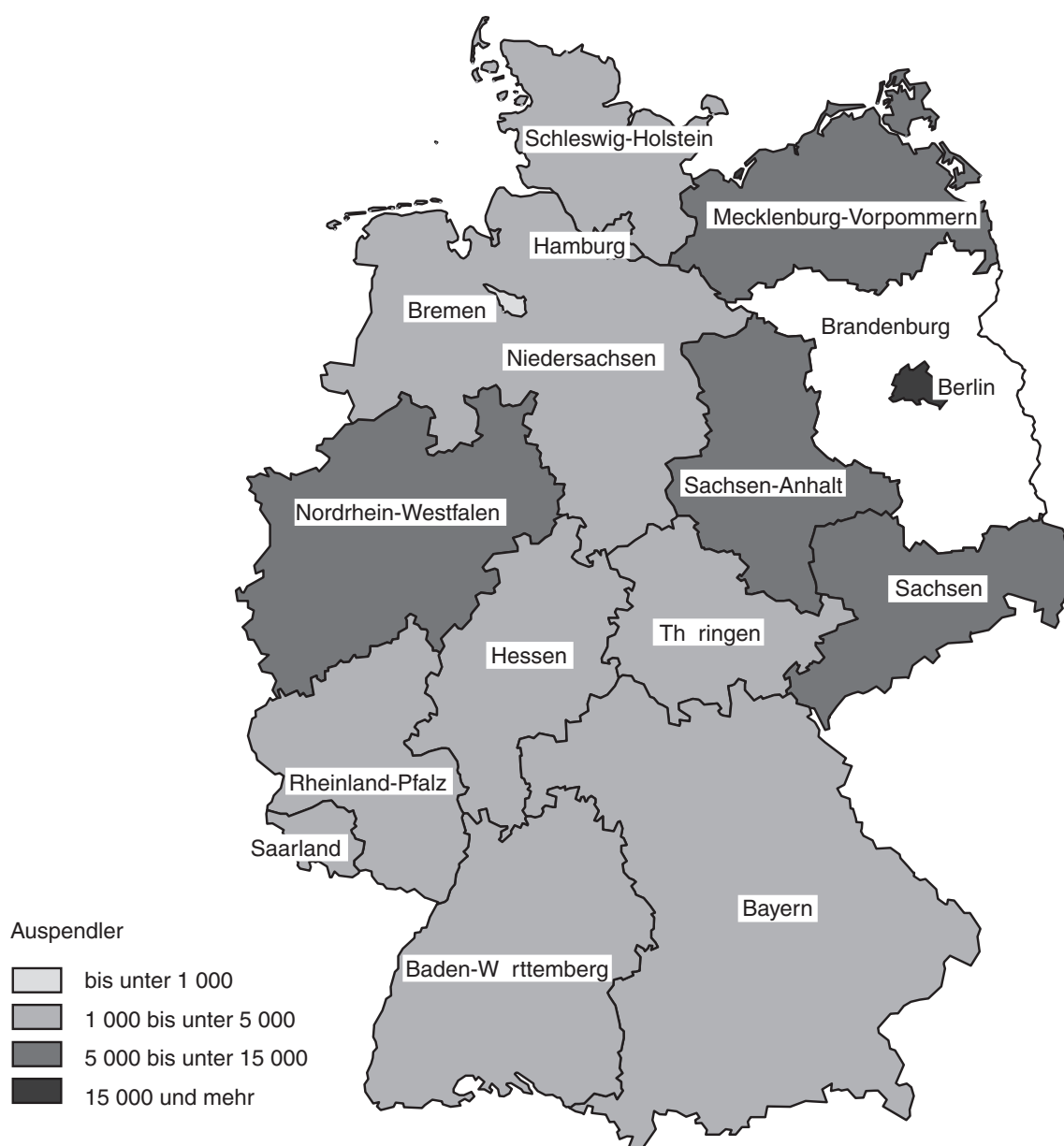
Auspendlerüberschuss der männlichen Brandenburger Beschäftigten ist um 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen

Im Jahr 1999 pendelten gegenüber dem Vorjahr sowohl mehr Männer als auch mehr Frauen aus Brandenburg in andere Bundesländer. 59,7 Tausend Männer aus anderen Bundesländern gingen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg nach.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Einpendler und Auspendler Brandenburgs am 30.06.1999 nach Herkunfts- und Zielgebieten

Herkunftsgebiet/Zielgebiet	Einpendler			Auspendler			Ein- (+) bzw. Auspendler-(-) überschuss
	Personen	Anteil an insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Personen	Anteil an insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Personen
	Anzahl	Prozent		Anzahl	Prozent		Anzahl
Baden-Württemberg	894	1,0	16,3	3 267	1,8	23,3	- 2 373
Bayern	1 105	1,2	5,6	4 383	2,5	27,3	- 3 278
Berlin	53 112	59,8	3,4	123 120	69,5	4,5	- 70 008
Bremen	86	0,1	-9,5	442	0,2	13,6	- 356
Hamburg	303	0,3	13,9	1 836	1,0	7,6	- 1 533
Hessen	567	0,6	18,9	2 564	1,4	5,8	- 1 997
Mecklenburg-Vorpommern	5 631	6,3	11,6	6 171	3,5	-0,1	- 540
Niedersachsen	1 371	1,5	3,4	4 250	2,4	12,0	- 2 879
Nordrhein-Westfalen	1 833	2,1	-2,7	6 284	3,5	16,2	- 4 451
Rheinland-Pfalz	343	0,4	6,5	1 040	0,6	14,5	- 697
Saarland	68	0,1	-15,0	291	0,2	36,6	- 223
Sachsen	14 390	16,2	-9,0	13 375	7,6	-3,5	1 015
Sachsen-Anhalt	6 984	7,9	1,1	6 798	3,8	-0,2	186
Schleswig-Holstein	487	0,5	2,3	1 550	0,9	13,8	- 1 063
Thüringen	1 516	1,7	3,3	1 731	1,0	7,1	- 215
Insgesamt	88 878	100	1,5	177 102	100	5,0	- 88 224

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auspendler aus dem Land Brandenburg am 30.06.1999 nach dem Arbeitsort



Der **Anteil der Männer an den Einpendlern** lag zum Halbjahr 1999 bei etwas über 67 Prozent. Die Einpendlerströme der Männer sind um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die meisten männlichen Einpendler kamen 1999 aus dem Land Berlin. Ihr Anteil an der Einpendlerzahl betrug 58,8 Prozent. Die Anzahl der Berliner ist im Vorjahresvergleich glatt um einen Prozentpunkt angestiegen. Mit dem zweitstärksten Beschäftigungszulauf (ca. 17 Prozent) nach Brandenburg beteiligten sich männliche Einpendler aus dem Land Sachsen. Die Anzahl der Sachsen, die 1999 in das Land Brandenburg zur Arbeit kamen ist jedoch im Vorjahresvergleich um 8 Prozent bis auf 9,9 Tausend gesunken.

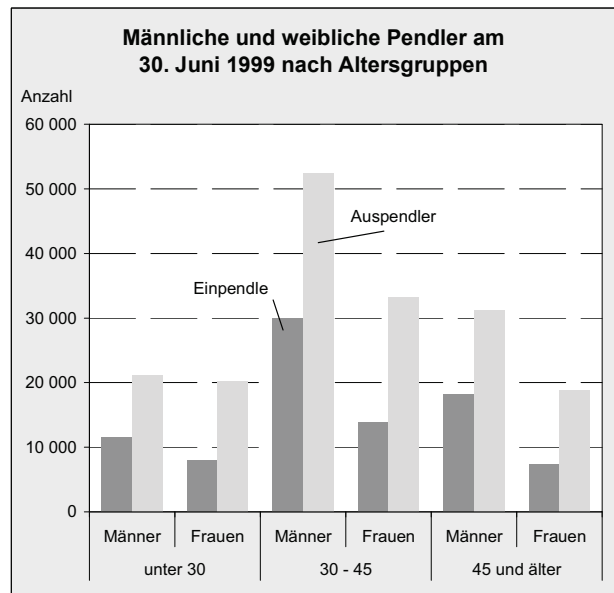
Aus dem Land Sachsen-Anhalt kamen rund 8 Prozent der männlichen Einpendler in das Land Brandenburg. Ihre Anzahl ist gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent angestiegen. Insgesamt kamen 1999 rund 33 Prozent der männlichen Einpendler aus den neuen Bundesländern. Diese Einpendlerzahl des männlichen Geschlechts ist aber gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt gesunken. Dagegen stieg der Anteil der männlichen Einpendler aus den alten Bundesländern gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 Prozentpunkte an.

Die Auspendlerströme der männlichen Beschäftigten sind um fast 4 Prozent gewachsen. Am 30. Juni 1999 pendelten 104,8 Tausend männliche Beschäftigte aus dem Land Brandenburg in andere Bundesländer zum Arbeiten. Ein Auspendlerüberschuss bei den männlichen Beschäftigten betrug 45,1 Tausend Personen. 63,4 Prozent aller männlichen Brandenburger Auspendler gingen einer Beschäftigung im Land Berlin nach. Die übrigen Auspendlerströme verteilten sich zu etwa gleichen Teilen zwischen den alten (18,4 Prozent) und den neuen (18,2 Prozent) Bundesländern. Nur mit zwei Ausnahmen gingen im Vorjahresvergleich mehr Auspendler aus dem Land Brandenburg in alle anderen Bundesländer zu arbeiten. Die beiden Ausnahmen bildeten die neuen Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Die Zahl der männlichen Auspendler Brandenburgs nach Sachsen war 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 6,4 Prozent gesunken. Die Auspendlerströme nach Sachsen-Anhalt waren um 0,8 Prozent rückläufig.

Anteil der weiblichen Auspendler- und Einpendlerströme ist angestiegen

Frauen pendelten Mitte 1999 nicht so häufig wie Männer. Ihr Anteil stieg jedoch im Vorjahresvergleich sowohl bei den Auspendler- als auch bei den Einpendlerströmen an. Den höchsten Frauenanteil hatten mit rund 46 Prozent die Auspendler aus Brandenburg in das Land Berlin. Der Anteil ist gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Pro-



zentpunkte angestiegen. In der Gegenrichtung war nur gut ein Drittel (33,9 Prozent) der Einpendler weiblichen Geschlechts. Jedoch ist auch dieser Anteil im Vorjahresvergleich leicht um 0,3 Prozentpunkte angestiegen.

Aus Brandenburg zum Arbeitsort in andere Bundesländer pendelten 72,3 Tausend Frauen. Das sind 4,8 Tausend Frauen bzw. 7,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Pendlerströme der Brandenburger weiblichen Beschäftigten nahmen im Vorjahresvergleich in Richtung aller Bundesländer zu, ausgenommen der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Die Pendlerbeziehungen Brandenburgs zu diesen Ländern haben sich verschlechtert.

Während die Pendlerströme der männlichen Beschäftigten aus dem Land Sachsen in das Land Brandenburg und in umgekehrter Richtung im Vorjahresvergleich deutlich zurückgegangen sind, verstärkten sich die Pendlerströme der weiblichen Brandenburger Beschäftigten in Richtung Sachsen (Zunahme um 4 Prozent). Die weibliche Auspendlerzahl in das Land Mecklenburg-Vorpommern reduzierte sich leicht um 1,2 Prozent.

Zum Arbeitsort im Land Brandenburg pendelten aus anderen Bundesländern insgesamt 29,2 Tausend Frauen, d. h. 621 Frauen bzw. 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen ist sowohl bei den Einpendlern (+ 0,2 Prozentpunkte) in das Land Brandenburg als auch bei den Auspendlern aus Brandenburg (+ 0,8 Prozentpunkte) angestiegen.

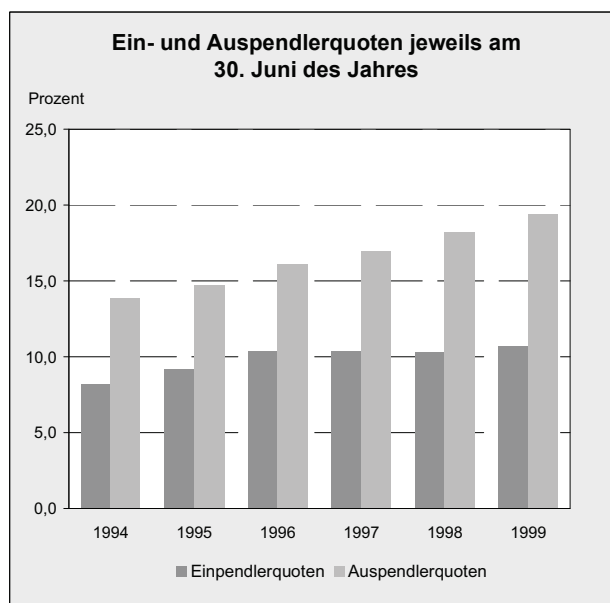
Angestiegen sind die **weiblichen Einpendlerströme aus den alten Bundesländern** Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie aus den neuen Bundesländern und Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Zahl der weiblichen Einpendler aus Sachsen ist jedoch sogar stärker als bei den männlichen Beschäftigten fast um 11 Prozent zurückgegangen. Ein Rückgang im Einpendlerverhalten war nebst dem einzigen neuen Bundesland Sachsen auch für die alten Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland, und Bremen zu verzeichnen.

30 bis 45-jährige Pendler übertreffen andre Altersgruppen in der Mobilitätsbereitschaft

Überwiegend war es, wie bereits im Jahr zuvor, die **Altersgruppe der Beschäftigten zwischen 30 und 45 Jahren**, die bereit war, einen weiteren Weg zum Arbeitsplatz in Kauf zu nehmen. Hinsichtlich der Brandenburger Pendler trifft die Aussage sowohl für die Auspendler als auch für die Einpendler zu. Rund 48 Prozent der Brandenburger, die Mitte 1999 eine Beschäftigung in anderen Bundesländern aufgenommen haben, gehörten zu dieser Altersgruppe. In umgekehrter Richtung gab es bei den Einpendlern in das Land Brandenburg einen noch höheren Anteil an 30 bis 45 Jährigen, der 49,4 Prozent aller Einpendler betrug.

Der **Anteil der männlichen Einpendler in dieser Altersgruppe** lag mit 68,4 Prozent sogar höher als bei gleichgeschlechtlichen Auspendlern. Der Anteil der weiblichen Einpendler lag entsprechend bei 31,6 Prozent. Der Anteil der männlichen Auspendler in der Altersgruppe 30 bis 45 Jahren betrug 61,3 Prozent und der Anteil der weiblichen Auspendler entsprechend 38,7 Prozent. Die Überzahl der Pendler aus dieser Altersgruppe gegenüber den anderen Altersgruppen ist sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Beschäftigten charakteristisch.

In der **Altersstruktur der männlichen und weiblichen Pendler** gibt es aber auch einige Unterschiede. Während bei den männlichen Pendlern (Ein- und Auspendlern) der Anteil der Beschäftigten in der Altersgruppe 45 Jahre und älter höher liegt als der Anteil der Altersgruppe unter 30 Jahren, ist die zweitgrößte Altersgruppe der weiblichen Pendler jünger als 30 Jahre. Im Vorjahresvergleich hat sich an der Altersstruktur der Pendler kaum etwas geändert. Jedoch verringerte sich die Anzahl der unter 30-jährigen männlichen Einpendler in das Land Brandenburg um 3,4 Prozent zugunsten der älteren Einpendler. Mehr junge weibliche als männliche Beschäftigte waren damit bereit, eine Beschäftigung an einem weitliegenden Arbeitsort aufzunehmen.



Auspenderquote Brandenburgs stieg schneller an als die Einpendlerquote

Die Auspendlerquote⁵ Brandenburgs betrug 1999 19,4 Prozent und lag um 8,7 Prozentpunkte über der Einpendlerquote (10,7 Prozent). Im Jahr zuvor war die Auspendlerquote Brandenburgs um 7,9 Prozentpunkte höher als die Einpendlerquote. Im Vorjahresvergleich nahm die Auspendlerquote für das Land Brandenburg mit einem Zuwachs um 1,2 Prozentpunkte zu. Die Einpendlerquote stieg für Brandenburg nur leicht um 0,4 Prozentpunkte an.

67 Prozent der Brandenburger Frauen wohnten und arbeiteten im gleichen Landkreis

Von den 915,1 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeitnehmer mit einem Wohnort im Land Brandenburg waren 37,1 Prozent innerhalb derselben Gemeinde, 26,6 Prozent in einer anderen Gemeinde desselben Kreises, 16,9 Prozent in einem anderen Kreis des Landes Brandenburg und 19,4 Prozent in einem anderen Bundesland beschäftigt.

Brandenburger Frauen waren 1999 **stärker ortsansässig** als Männer. Von den insgesamt 429,2 Tausend sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen mit einem Wohnort im Land Brandenburg hatten ihren Arbeitsplatz innerhalb derselben Gemeinde beinahe 42 Pro-

⁵ Die Pendlerquoten zeigen den Anteil der Pendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Einpendler) bzw. am Wohnort (Auspender).

zent.. Rund 25 Prozent der Brandenburger Frauen waren in einer anderen Gemeinde desselben Kreises beschäftigt. Insgesamt war derselbe Landkreis für 67 Prozent der Brandenburger Frauen gleichzeitig der Wohnort und der Arbeitsort. 16 Prozent der Brandenburger Frauen gingen einer Beschäftigung in einem anderen Kreis des Landes Brandenburg nach und 17 Prozent pendelten in ein anderes Bundesland.

Der größte Anteil (85,5 Prozent) der Frauen, die innerhalb derselben Gemeinde wohnen und arbeiten bzw. in einer anderen Gemeinde desselben Kreises arbeiten, in dem sie auch wohnen, war am 30. Juni 1999 für den **Landkreis Uckermark** charakteristisch. Für die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) betrug dieser Anteil 84,1 Prozent, für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin 82,9 Prozent sowie für den Landkreis Prignitz 81,8 Prozent. 78,4 Prozent der Cottbusserinnen, 75,4 Prozent der Brandenburgerinnen an der Havel sowie 67,3 Prozent der Potsdamerinnen arbeiteten Mitte 1999 in ihrer Heimatstadt. In den weiteren Landkreisen, wie Elbe-Elster (78,9 Prozent), Oberspreewald-Lausitz (75 Prozent) und Oder-Spree (65,9 Prozent), lag der Anteil der im demselben Kreis wohnenden und beschäftigten Frauen an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen mit Wohnort in diesem Landkreis über einer Grenze von 65 Prozent.

Der höchste **Auspendleranteil der weiblichen Beschäftigten**, die einen Arbeitsplatz in einem anderen Bundesland gefunden hatten, wurde am 30. Juni 1999 im Landkreis Oberhavel (32,3 Prozent) registriert, gefolgt vom Landkreis Barnim (30,5 Prozent) und vom Landkreis Dahme-Spreewald (26 Prozent) sowie Landkreis Märkisch-Oderland (25,4 Prozent) und Landkreis Havelland (24,6 Prozent). Rund 33 Prozent der Männer mit einem Wohnsitz im Land Brandenburg hatten auch ihren Arbeitsort innerhalb derselben Gemeinde und fast 28 Prozent in einer anderen Gemeinde desselben Kreises.

Ca. 17,6 Prozent der männlichen Beschäftigten arbeiteten in einem anderen Kreis des Landes Brandenburg und ca. 22 Prozent pendelten in die anderen Bundesländer.

Mehr als eine Hälfte der Auspendler Brandenburgs waren Angestellte

Am 30. Juni 1999 waren 454,5 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit dem Wohnsitz in Brandenburg als Arbeiter und 460,6 Tausend Beschäftigte als Angestellte tätig, darunter 38,5 Tausend Arbeiter sowie 22,6 Tausend Angestellte in beruflicher Ausbildung.

Rund 17 Prozent der Arbeiter (12,4 Prozent in beruflicher Ausbildung) und 21,7 Prozent der Angestellten (25 Prozent in beruflicher Ausbildung) pendelten aus ihrem Wohnort Land Brandenburg in andere Bundesländer aus. Am Auspendlervolumen Brandenburgs lag der Angestelltenanteil bei 56,4 Prozent und der Arbeiteranteil bei 43,6 Prozent. Rund 54 Prozent der Auspendler in beruflicher Ausbildung waren dabei Angestellte.

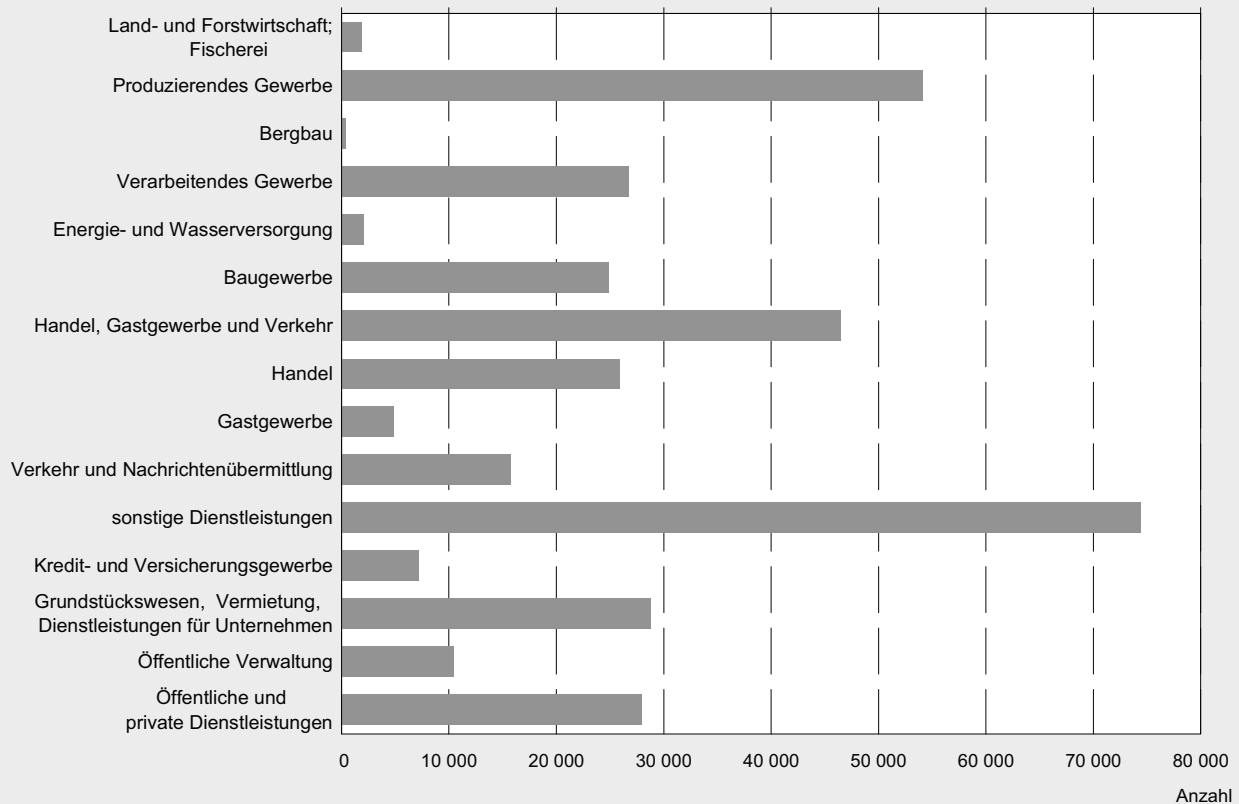
Auspendler überwiegend in sonstigen Dienstleistungen und im Produzierenden Gewerbe tätig

Die Auspendler Brandenburgs in andere Bundesländer waren Mitte 1999 **vorwiegend in den Wirtschaftsbe-reichen sonstige Dienstleistungen und Produzieren-des Gewerbe** beschäftigt, insbesondere in den Wirtschaftsabschnitten Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen (16,3 Prozent der Auspendler Brandenburgs), öffentliche und private Dienstleistungen (15,8 Prozent der Auspendler), Verarbeitendes Gewerbe (15,1 Prozent), Handel (14,6 Prozent) und Baugewerbe (14,1 Prozent).

Im **Wirtschaftsabschnitt Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen** liegt die spezifische Auspendlerquote, gemessen am Anteil der Auspendler aus einem Wirtschaftsabschnitt Brandenburgs in andere Bundesländer an der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftsabschnitt am Wohnort, durchgehend in allen Verwaltungsbezirken über 15 Prozent. Die größte Auspendlerquote in diesem Wirtschaftsabschnitt wurde 1999 mit 50,6 Prozent im Landkreis Dahme-Spreewald registriert, gefolgt vom Landkreis Oberhavel (49,7 Prozent), Landkreis Barnim (49,4 Prozent), Märkisch-Oderland (46,9 Prozent) und Havelland (42,5 Prozent).

Im **Kredit- und Versicherungsgewerbe** liegt die größte Auspendlerquote von 65,4 Prozent im Landkreis Oberhavel. 49,7 Prozent der Beschäftigten aus diesem Verwaltungsbezirk gingen im Wirtschaftsabschnitt Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleistungen für Unternehmen einer Tätigkeit in einem anderen Bundesland nach, 29,7 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe und 38,2 Prozent im Handel. Aus dem Landkreis Märkisch-Oderland pendelt der größte Anteil der Beschäftigten (54,1 Prozent) im Kredit- und Versicherungsgewerbe in andere Bundesländer aus. Bei 44,5 Prozent Auspendlerquote liegt der Wirtschaftsabschnitt Energie- und Wasserversorgung. Mit 30,7 Prozent Auspendlerquote ist der Wirtschaftsabschnitt Verarbeitendes Gewerbe und mit 33,9 Prozent der Wirtschaftsabschnitt Nachrichtenübermittlung betroffen.

Auspendler Brandenburgs am 30. Juni 1999 nach Wirtschaftsabschnitten



Im **Kredit- und Versicherungswesen** pendeln nebst Beschäftigten aus den Landkreisen Oberhavel und Märkisch-Oderland auch die meisten Beschäftigten aus den Landkreisen Dahme-Spreewald (Auspendlerquote von 53,9 Prozent), Barnim (Auspendlerquote von 53,6 Prozent) und Havelland (52,5 Prozent) in andere Bundesländer aus. Die höchste Auspendlerquote im Wirtschaftsabschnitt Verkehr- und Nachrichtenübermittlung liegt mit 37,5 Prozent im Landkreis Dahme-Spreewald, gefolgt vom Landkreis Oberhavel (36 Prozent), Barnim (35,8 Prozent) und Märkisch-Oderland (33,9 Prozent). Die Auspendlerströme im Verarbeitenden Gewerbe liegen in vier Verwaltungsbezirken Brandenburgs über einer Grenze von 30 Prozent, und zwar in der kreisfreien Stadt Potsdam bei 32,3 Prozent sowie in den Landkreisen Dahme-Spreewald bei 31,3 Prozent, Märkisch-Oderland bei 30,7 Prozent und Barnim bei 30,5 Prozent.

Nur in drei Verwaltungsbezirken Brandenburgs wurde 1999 ein Einpendlerüberschuss registriert

Ausgenommen nur drei kreisfreie Städte Brandenburgs, war Mitte 1999 für alle übrigen 15 Verwaltungsbezirke ein Überschuss der Auspendler gegenüber den Einpendlern kennzeichnend. Der größte negative Pendlersaldo von

15,8 Tausend Beschäftigten wurde im Landkreis Oberhavel registriert. Der zweitgrößte negative Pendlersaldo lag im Landkreis Oderspreewald (- 13,7 Tausend Beschäftigte) und der drittgrößte im Landkreis Potsdam-Mittelmark (12,6 Tausend Beschäftigte). Der geringste Auspendlerüberschuss von 3,3 Tausend Beschäftigten wurde im Landkreis Ostprignitz-Ruppin ermittelt.

Ein geringer **Überschuss der Einpendlerzahl** gegenüber den Auspendlern wurde am 30. Juni 1999 in den kreisfreien Städten Potsdam (16,7 Tausend Beschäftigte), Cottbus (13,1 Tausend Beschäftigte) und Frankfurt (Oder) (6,5 Tausend Beschäftigte) festgestellt.

Rund 11 Prozent aller Einpendler aus dem Bundesgebiet fanden einen Arbeitsplatz in der Stadt Potsdam. Am 30. Juni 1999 waren es ca. 9,9 Tausend sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, d. h. fast 27 Prozent aller Potsdamer Einpendler.

Trotz des allgemeinen Rückgangs der Beschäftigtenzahlen im Land Brandenburg haben die Pendlerströme im **engeren Verflechtungsraum** von Juni 1998 bis Juni 1999 weiter zugenommen.

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Brandenburg am 30.06.1999
nach Verwaltungsbezirken, Arbeitsort- bzw. Wohnortkreis sowie Pendlersaldo**

Verwaltungsbezirk	Arbeitsortkreis			Wohnortkreis			Pendlersaldo
	insgesamt	darunter mit Wohnort außerhalb des Kreises (Einpendler)		insgesamt	darunter mit Arbeitsort außerhalb des Kreises (Auspendler)		
		Anzahl	Prozent		Anzahl	Prozent	
Kreisfreie Städte							
Brandenburg an der Havel	26 489	7 738	29,2	26 653	7 902	29,6	- 164
Cottbus	54 186	25 551	47,2	41 097	12 462	30,3	+ 13 089
Frankfurt (Oder)	33 087	12 691	38,4	26 546	6 150	23,2	+ 6 541
Potsdam	67 050	36 916	55,1	50 309	20 175	40,1	+ 16 741
Landkreise							
Bärnin	47 196	12 471	26,4	59 245	24 520	41,4	- 12 049
Dahme-Spreewald	49 794	17 702	35,6	56 368	24 276	43,1	- 6 574
Elbe-Elster	37 858	4 913	13	44 289	11 344	25,6	- 6 431
Havelland	39 626	9 015	22,8	50 449	19 838	39,3	- 10 823
Märkisch-Oderland	52 439	15 683	29,9	64 435	27 679	43	- 11 996
Oberhavel	51 630	12 994	25,2	67 411	28 775	42,7	- 15 781
Oberspreewald-Lausitz	43 810	9 970	22,8	48 671	14 831	30,5	- 4 861
Oder-Spree	55 520	10 632	19,1	69 206	24 318	35,1	- 13 686
Ostprignitz-Ruppin	36 839	5 177	14,1	40 144	8 482	21,1	- 3 305
Potsdam-Mittelmark	62 245	26 133	42	74 893	38 761	51,8	- 12 648
Prignitz	28 401	3 235	11,4	32 422	7 256	22,4	- 4 021
Spree-Neiße	46 515	15 637	33,6	52 193	21 315	40,8	- 5 678
Teltow-Fläming	47 996	13 123	27,3	58 623	23 750	40,5	- 10 627
Uckermark	46 192	3 867	8,4	52 143	9 818	18,8	- 5 951
Land Brandenburg	826 873	243 428	29,4	915 097	331 652	36,2	- 88 224
darunter							
engerer Verflechtungsraum	295 912	42 553	14,4	332 032	18 651	5,6	+ 23 902
äußerer Entwicklungsraum	530 961	18 651	3,5	583 065	42 553	7,3	- 23 902

Die Anzahl der Auspendler aus dem engeren Verflechtungsraum Brandenburgs ist gegenüber dem Vorjahr um 13,1 Prozent zugenommen. Das Hauptziel der beruflichen Auspendler war dabei Berlin. In umgekehrter Richtung nahm die Zahl der Einpendler nur leicht um 0,5 Prozent zu. Insgesamt waren am 30. Juni 1999 42,6 Tausend Einpendler in den engeren Verflechtungsraum und 18,7 Tausend Auspendler aus dem engeren Verflechtungsraum registriert. Der positive Pendlersaldo im engeren Verflechtungsraum betrug 23,9 Tausend Beschäftigte.

Methodische Hinweise

Die Möglichkeit zum Aufbau einer neuen Beschäftigtenstatistik wurde mit der Einführung mit Wirkung vom 01. Januar 1973 des integrierten Meldeverfahrens zur Sozialversicherung (gesetzliche Kranken- und Rentenversi-

cherung) und zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung) geschaffen.

Laut diesem Meldeverfahren liefern die Arbeitgeber für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeitnehmer einheitlich Meldungen über demographische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände der Versicherten.

Die Meldepflicht sowie Fristen, Inhalt und Form der Meldungen sind in der Zweiten Datenerfassungs-Verordnung (2. DEVO)⁶ vom 29. Mai 1980 und in der Zweiten

⁶ Zweite Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (Zweite Datenerfassungs-Verordnung – 2. DEVO) vom 29. Mai 1980, BGBl. I, S. 593

Datenübermittlungs-Verordnung (2. DÜVO)⁷ vom 29. Mai 1980 gesetzlich geregelt.

In den **neuen Bundesländern** wurde das integrierte Meldeverfahren entsprechend dem Einigungsvertrag seit dem 1. Januar 1991 eingeführt, anfänglich als vereinfachtes Verfahren mit inhaltlich verkürzten Meldungen. Seit dem 1. Januar 1992 gelten die 2. DEVO und die 2. DÜVO auch in den neuen Bundesländern ohne Einschränkung.

Grundlage der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeitnehmer bilden die vierteljährlichen Bestandsauszählungen der bei der Bundesanstalt für Arbeit geführten Versichertenkonten. Aus den Meldungen der Arbeitgeber werden für den jeweiligen Betrieb in Form einer Totalerhebung alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach verschiedenen Merkmalen erfasst.

Die **gesetzliche Grundlage** zur Durchführung der Beschäftigtenstatistik war bis zum 31. Dezember 1997 das Arbeitsförderungsgesetz AFG vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch Artikel 30 des Gesetzes vom 20. Dezember 1996 (BGBl. I S. 2049). Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 bildet das Dritte Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung - (SGB III) vom 24. März 1997 (BGBl. I S.594), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 396), die neue gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Bundesanstalt für Arbeit stellt den Statistischen Ämtern anonymisierte Einzeldaten zu sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern zur Verfügung. Der Nachweis der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erfolgt nach dem sogenannten Arbeitsortprinzip. Die Beschäftigten werden der Gemeinde zugeordnet, in der der jeweilige Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Ab dem Stichtag 30. Juni 1993 werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Landes Brandenburg nach dem Arbeitsort in den Statistischen Berichten **vierteljährlich veröffentlicht**.

Seit Juni 1996 können aus der Beschäftigtenstatistik sowohl die **Angaben über die sozialversicherungs-**
pflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an ihrem Ar-
beitsort als auch Auswertungen über die Zahl und
Struktur der Beschäftigten nach Wohnorten sowie

über deren räumliche Mobilität erfolgen. Mit der Übergabe von Einzeldaten je Beschäftigten durch die Bundesanstalt für Arbeit und der Erweiterung der in diesen Datensätzen verfügbaren Merkmale um den Gemeindegemeinschaftsschlüssel des Wohnortes wird eine flexible Verknüpfung der arbeits- und wohnortbezogenen Informationen möglich. Die Statistischen Landesämter sind damit in der Lage, regional tief gegliederte Ergebnisse über Aus- und Einpendler sowie das inländische Pendlerverhalten darzustellen.

Aus der Gegenüberstellung der Arbeits- und Wohnortgemeinde je Beschäftigten ergeben sich Personenkreise, bei denen Arbeits- und Wohnort in unterschiedlichen Gebietseinheiten liegen. Im weiteren wird dieser Personenkreis als „Pendler“ bezeichnet. **Einpendler** sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht im Arbeitsortkreis wohnen bzw. (mit Haupt- oder Nebenwohnsitz) gemeldet sind. **Auspendler** sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht im Wohnortkreis arbeiten. Der **Pendlersaldo** wird als Differenz aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeits- und Wohnort ermittelt. Eine positive Differenz weist einen Einpendlerüberschuss, eine negative Differenz einen Auspendlerüberschuss aus.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik wurden letztmalig zum Stichtag 30. Juni 1998 nach der Verschlüsselung aufgrund der **Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1970 (WZ 70)** dargestellt. Vom Stichtag 30. September 1998 erfolgt die wirtschaftliche Zuordnung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern nach der **neuen „Klassifikation der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit - Ausgabe 1993 (WZ 93/BA)“**.

Diese ist identisch mit der vom Statistischen Bundesamt bei Wirtschaftsstatistiken grundsätzlich seit 1995 eingesetzten „**Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93)**“, deren Einführung durch die Europäischen Gemeinschaften verordnet wurde und auf eine europaweite Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse nach der fachlichen Gliederung abzielt. Grundlage der neuen Klassifikation (WZ 93) ist die Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) von 1990/1993. Für den Bereich der Beschäftigtenstatistik ist die erforderliche Neufestlegung der wirtschaftlichen Zugehörigkeit der Erhebungseinheiten (Betriebe) durch die Bundesanstalt für Arbeit erst zum Jahresende 1997 abgeschlossen worden.

Da die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) wesentliche Änderungen in der wirtschaftlichen Gliederung mit sich bringt, sind die Ergebnisse nach der

⁷ Zweite Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (Zweite Datenübermittlungs-Verordnung - 2. DÜVO) vom 29. Mai 1980. BGBl. I, S. 616

Systematik WZ 93, auch bei gleichlautenden Bezeichnungen einzelner Gliederungen, keinesfalls mit denen der vorherigen Systematik WZ 70 vergleichbar. Es kommt zu einem Bruch in den Zeitreihen der Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Zu den **sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern** gehören alle Arbeitnehmer, einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung zu entrichten sind. Daraus ergibt sich, dass in der Beschäftigtenstatistik in der Regel alle Arbeiter und Angestellten, einschließlich der Beschäftigten in beruflicher Ausbildung, zusammen etwa 75 bis 80 Prozent aller erwerbstätigen Personen, statistisch erfasst werden.

Wehr- und Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihren Dienst

aus einem auch weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen der Ableistung dieser Dienstzeiten kein Entgelt erhalten. In der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind auch die durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder durch Strukturanpassungsmaßnahmen geförderten Beschäftigten enthalten, soweit sie der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Für Beschäftigte, die gleichzeitig mehreren versicherungspflichtigen Beschäftigungen nachgehen, werden nur die Merkmale der zuletzt aufgenommenen Beschäftigung erfasst.

Unberücksichtigt bleiben Beamte, Selbständige und mit-helfende Familienangehörige und alle geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer, die nur eine sogenannte Nebenbeschäftigung ausüben und nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Dabei wird nach derzeitigen Rechtslage eine Beschäftigung dann als geringfügig angesehen, wenn sie nur „kurzfristig“ ausgeübt oder nur „geringfügig entlohnt“ wird.

Dr. oec. Nina Goppold

Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2000 - 2015 erschienen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat gemeinsam mit dem Landesumweltamt (LUA) eine Bevölkerungsprognose für den Zeitraum 2000-2015 erarbeitet.

So verändert sich demnach die Bevölkerungszahl im Land Brandenburg bis 2015

nur geringfügig. Im Einzelnen vollziehen sich gegenläufige Entwicklungstendenzen zwischen dem Umland von Berlin (engerer Verflechtungsraum/eVr) und dem äußeren Entwicklungsraum (äEr) des Landes Brandenburg. Mit sinkender Bevölkerung in den peripheren Landesteilen und dem wanderungsbedingten Bevölkerungszuwachs im engeren Verflechtungsraum verschieben sich die Bevölkerungspro-

portionen innerhalb des Landes weiter. Trotz höherer Lebenserwartung und steigender Geburtenziffern wachsen die Sterbeüberschüsse im Land stark an und beeinflussen die zukünftige Bevölkerungszahl maßgeblich. Die altersstrukturellen Veränderungen der Bevölkerung sind zukünftig enorm. Mit sinkender Kinderzahl und wachsender Bevölkerung im höheren Lebensalter steigt auch das Durchschnittsalter der Brandenburger.

Bestellungen können unter der Faxnummer



(0331) 39 418

aufgegeben werden.

Ferner ist es möglich, die Publikationen beim **Informationsservice** des LDS käuflich zu erwerben:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Postfach 60 10 52, 14467 Potsdam



(0331) 39 575

Erhebungen der Luftverunreinigungen und der Verwendung ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe

Die Emission von Gasen, die für Treibhauseffekt und Luftverschmutzungen verantwortlich sind, ist von 1990 bis 1996 im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der Verminderung der Braunkohlenförderung im Land Brandenburg rückläufig. Bei CO₂-Emissionen zeigt sich aber ab dem Jahr 1998 wieder eine Zunahme.

Seit 1996 wird die Verwendung ozonschichtschädigender und ausgewählter klimawirksamer Stoffe erhoben. Insbesondere bei der Verwendung dieser Stoffe als Kältemittel ergibt sich noch immer eine steigende Tendenz, u. a. bedingt durch die zunehmende Ausstattung von PKW mit Fahrzeugklimaanlagen. Die Verwendung von FCKW-Verbindungen, die zu den Hauptverantwortlichen für die Zerstörung der Ozonschicht zählen, tendiert in Brandenburg allerdings gegen Null, ein Ergebnis entsprechender Verbotsverordnungen. Auch für viele der gegenwärtig noch gebräuchlichen Ersatzstoffe mit geringerem Schädigungspotential sind längerfristig Ausstiegsziele gesetzt.

Vorbemerkungen

Die Erhebung der Luftverunreinigungen wird gemäß § 10 Umweltstatistikgesetz als Sekundärstatistik durchgeführt (erstmalig für das Berichtsjahr 1996), Grundlage sind Daten aus den an die Immissionsschutzämter abgegebenen Emissionserklärungen. Nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind die Betreiber von genehmigungsbedürftigen Anlagen alle vier Jahre zur Abgabe der Emissionserklärung verpflichtet. Der aktuelle Erklärungszeitraum ist das Kalenderjahr 2000. Die Emissionserklärungen sind der zuständigen Behörde bis zum 30.04.2001 zu übersenden. Damit liegen uns gegenwärtig aus der Emissionserhebung lediglich Daten für das Jahr 1996 vor. Als aktuellere statistische Quelle für Kohlendioxid-Emissionen stehen die Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) zur Verfügung, auf der Basis der Energiebilanzen der Jahre 1990 - 1998.

Während sich die Emissionserhebung mit den von einer Anlage ausgehenden Luftverunreinigungen befasst, ist Gegenstand der Erhebung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe gemäß § 11 Umweltstatistikgesetz ausschließlich die Herstellung, Ein- und Ausfuhr und die Verwendung entsprechender Stoffe, die in der EG-Verordnung über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, genannt sind. In Brandenburg werden keine derartigen Stoffe hergestellt und auch Im- und Export erfolgen nur im unmittelbaren Zu-

sammenhang mit Klima oder Kälteanlagen. Somit verbleibt die Erhebung der Verwendung dieser Stoffe; Verwendung ist jedoch nicht gleichbedeutend Freisetzung, da diese Stoffe im Regelfall in geschlossene Systeme eingefüllt werden.

Hauptursache für den Treibhauseffekt ist Kohlendioxid

Natürlich ist Wasserdampf die wichtigste Komponente für die Entstehung des Treibhauseffekts der Erdatmosphäre. Hinzu kommen auch in der Natur Spurengase wie Kohlendioxid, Methan, Lachgas (Distickstoffoxid), Ozon.

Kritisch für das natürliche Klimagleichgewicht werden erst die vom Menschen in den letzten Jahrzehnten verursachten Emissionen. Fluorkohlenwasserstoffe sind hier beispielhaft zu nennen und insbesondere Kohlendioxid. Der Kohlenstoffkreislauf der Erde, in den das natürliche Kohlendioxid eingebunden ist, wird durch zusätzliche Kohlendioxidemissionen aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Ergas gestört. Der anthropogen bedingte Treibhausgasanteil des Kohlendioxids wird weltweit auf 50 Prozent eingeschätzt, für Brandenburg sogar auf 73 Prozent, bedingt durch den hohen Braunkohlenanteil bei der Energiegewinnung. Braunkohle emittiert bei ihrem Brennstoffeinsatz zur Energieerzeugung doppelt soviel Kohlendioxid wie Erdgas.

CO₂ - Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)
Land Brandenburg nach Emittentensektoren

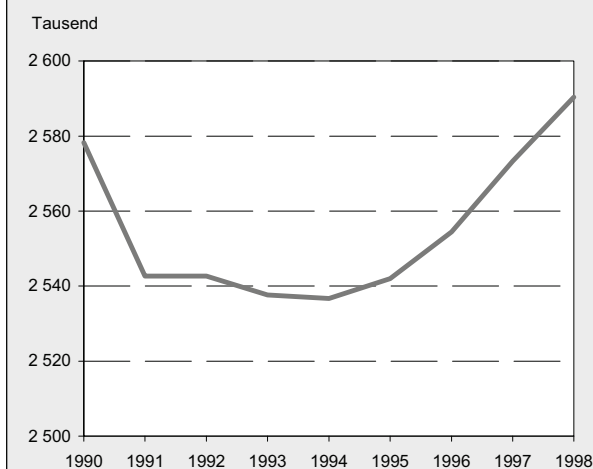
Emittentensektor	1990	1994	1996	1998
	1000 t			
Endverbrauch zusammen	25 617	14 096	14 942	15 733
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	10 124	3 943	3 957	4 682
Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	12 199	4 788	5 222	5 157
Verkehr	3 294	5 365	5 763	5 894
Umwandlungsbereich zusammen	56 278	39 916	35 370	43 522
Öffentliche Wärmekraftwerke	40 115	28 706	24 515	34 882
Industriewärmekraftwerke	10 983	6 524	5 243	2 922
Heizkraftwerke, Fernheizwerke	3 890	3 601	3 059	3 002
Sonstige Energieerzeuger, Verbrauch in den Umwandlungsbereichen	1 091	1 020	2 510	2 456
Verluste	199	65	43	260
Brandenburg gesamt	81 895	54 012	50 312	59 255

Besorgniserregende Klimaprognosen haben die politischen Entscheidungsträger veranlasst, auf Klimakonferenzen des letzten Jahrzehnts Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu beschließen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bis zum Jahr 2005 u. a. zu einer Reduzierung der Emissionen von CO₂ um 25 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 verpflichtet.

In Brandenburg reduzierten sich die CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch, betrachtet man die Jahre 1990 und 1998, um fast 30 Prozent, 1996 waren es sogar fast 40 Prozent. Maßgeblich dafür verantwortlich ist die rückläufige wirtschaftliche Entwicklung in den ersten Nachwendejahren und speziell auch der starke Rückgang der Braunkohlenutzung.

Mit dem Jahr 1998 zeigt sich aber wieder eine Zunahme der CO₂-Emissionen, hauptsächlich im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich der Energieerzeugung durch öffentliche Wärmekraftwerke, Zeichen für eine positiv verlaufende wirtschaftliche Entwicklung, die sich auch im Emittentensektor Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen widerspiegelt. Der deutliche Rückgang der CO₂-Emissionen in diesem Sektor bis Mitte der 90er Jahre war wesentlich der Umstellung häuslicher Heizungsanlagen von Kohlefeuerung auf Öl oder Gas zu verdanken.

Steigende Bevölkerungszahlen, vorwiegend im engeren Verflechtungsraum zu Berlin, die 1998 den Stand des Basisjahres dieser Betrachtungen bereits wieder über-

Bevölkerung im Land Brandenburg 1990-1998


schritten haben, beeinflussen allerdings ebenfalls die Zunahme von Emissionen.

Lediglich ein Emittentensektor, der Verkehr, zeigt einen von der allgemein rückläufigen Entwicklung abweichenden Verlauf. Sowohl die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen (1998 mit einem Anstieg auf 179 Prozent des Wertes von 1990) als auch der Bestand an Kraftfahrzeugen verzeichnen seit 1990 eine stetige Steigerungsrate.

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern im Land Brandenburg^{*)}

Jahr	Kraftfahrzeuge	
	Kfz insgesamt	darunter PKW
	1 000	
1990	1 197	831
1994	1 278	1 125
1996	1 399	1 217
1998	1 481	1 271
1999	1 516	1 294
2000	1 560	1 327

^{*)} 1990: 30.09.; 1994-2000: 01.01. des jeweiligen Jahres, Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg

Die seit 1993 für alle PKW-Neufahrzeuge vorgeschriebenen Drei-Wege-Katalysatoren reduzieren den Kohlendioxidausstoß nicht, sondern sind nur gegen Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide und Kohlenwasserstoffverbindungen wirksam, was den Wert der Katalysatoren allerdings in keiner Weise mindert. So konnte mit Einführung schadstoffarmer Autos zumindest verhindert werden,

dass der Ausstoß der genannten Luftschadstoffe im gleichen Maße anstieg wie das Verkehrsaufkommen. Ohne derartige Maßnahmen wäre es zu einer weiteren erheblichen Verschlechterung der Luft- und damit Lebensqualität gekommen, mit unmittelbaren Folgen, im Gegensatz zum Treibhauseffekt, der längerfristig wirkt und nicht direkt wahrnehmbar ist.

Wie eingangs bemerkt erfasst die Erhebung der Luftverunreinigungen ausschließlich die von genehmigungsbedürftigen Anlagen ausgehenden Emissionen und berücksichtigt weder den Verkehr noch andere Bereiche des privaten Lebens.

Schwefeldioxid, das bei den genehmigungsbedürftigen Anlagen als mengenmäßig bedeutendster Luftschadstoff auftritt, ist zusammen mit Stickstoffoxiden für den „sauren Regen“ verantwortlich und damit für vielfältige Schäden u. a. an Wald und Kulturdenkmälern.

Ein Vergleich der dargestellten Emissionen mit den Angaben des Immissionsschutzberichtes 1996, herausgegeben vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, zeigt eine Re-

Statistik der Luftverunreinigungen, Emissionen nach Art der Anlage für das Jahr 1996

Anlagengruppen ¹⁾	Emittierte Mengen					
	Schwefeldioxid	Stickstoffoxide	Kohlenmonoxid	andere anorganische Gase und Dämpfe	organische Gase und Dämpfe	Gesamtstaub
	Tonnen					
Wärmeerzeugung, Bergbau, Energie	189 486,6	38 145,1	23 860,0	538,9	27,4	15 087,1
Steine und Erden, Glas, Keramik, Baustoffe	3 649,0	4 473,3	1 715,9	40,4	135,0	2 741,4
Stahl, Eisen und sonstige Metalle einschließlich Verarbeitung	3 168,3	1 145,4	42 402,4	161,9	37,5	1 934,5
Chemische Erzeugnisse, Arzneimittel, Mineralölraffination und Weiterverarbeitung	11 081,9	2 334,4	159,3	413,2	2 962,0	436,5
Oberflächenbehandlung mit organischen Stoffen, Herstellung von bahnenförmigen Materialien aus Kunststoffen, sonstige Verarbeitung von Harzen und Kunststoffen	3,7	19,8	15,6	-	437,7	6,4
Holz, Zellstoff	209,6	431,4	261,0	-	867,8	341,8
Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse	463,4	254,1	446,6	17 801,0	8,6	200,3
Verwertung u. Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen	176,2	189,0	8,2	9,5	1 228,8	62,9
Lagerung, Be- und Entladung von Stoffen und Zubereitungen	11,5	26,3	20,3	0,0	1 721,0	347,8
Sonstiges	43,1	39,3	78,4	0,3	34,3	6,5
Land Brandenburg	208 293,3	47 058,1	68 967,7	18 965,2	7 460,1	21 165,2

¹⁾ gemäß Anhang zur 4. Bundes-Immissionsschutzverordnung

duzierung der Schwefeldioxid-Emissionen auf 28 Prozent, von Staub auf 22 Prozent und von Stickstoffoxiden sogar auf 56 Prozent der Werte von 1992.

Im Gegensatz zu den CO₂-Emissionen, die mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wieder einen Anstieg verzeichnen, ist bei den hier genannten Emittentengruppen auch weiterhin mit einer rückläufigen Emissionsentwicklung zu rechnen, da in neuen Anlagen modernere Technologien eingesetzt werden und Altanlagen stillgelegt bzw. durch Nachrüstung von Reinigungstechnik saniert worden sind.

Gefährdung durch Ozon als Resultat von Luftverschmutzungen

Im Gegensatz zu den bisher bewerteten Luftschadstoffen stellt Ozon im unmittelbaren Lebensraum des Menschen ein gesondertes Problem dar. Ozon wird im allgemeinen nicht durch Anlagen emittiert, sondern entsteht aus dem Zusammentreffen von Sonnenlicht und den Luftverschmutzungen. Mögliche Emissionen, die z. B. von Laserdruckern ausgehen können und nach dem Stand der Technik unterhalb der vorgeschriebenen MAK-Werte liegen, sind nicht Gegenstand dieser Betrachtung.

Die UV-Strahlung der Sonne spaltet Stickstoffdioxid in Stickstoffmonoxid und atomaren Sauerstoff, der sich mit dem molekularen Luftsauerstoff zu Ozon verbindet. Dieses sehr reaktionsfreudige und damit aggressiv wirkende Gas reagiert nun wiederum mit den in der Luft vorhandenen oder bei dem Prozess entstehenden Schadstoffen, wodurch Ozon ständig entsteht und wieder zerstört wird. Einen besonderen Einfluss auf diesen Prozess haben auch flüchtige organische Verbindungen.

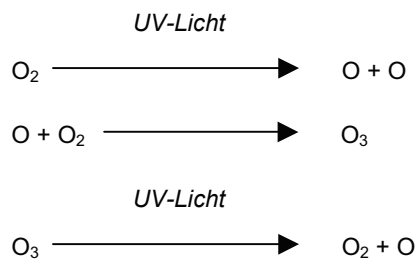
Die Gefährlichkeit von Ozon besteht darin, dass es nicht nur innerhalb dieses Zyklus reagiert, sondern als eines der stärksten Oxidationsmittel auf die im Reaktionsbereich lebenden Organismen schädigend einwirkt, wie auch auf andere organische Verbindungen, z. B. Gummi von Autoreifen.

Wind kann das in Ballungsräumen mit hoher Luftverschmutzung durch Verkehr und Industrie entstehende Ozon in weit entfernt gelegene ländliche Gebiete tragen. Dort aber fehlen die für den Abbauprozess erforderlichen Luftverunreinigungen, was zu erhöhter Ozonbelastung führen kann. Auch Waldschäden werden z. T. auf Ozon zurückgeführt.

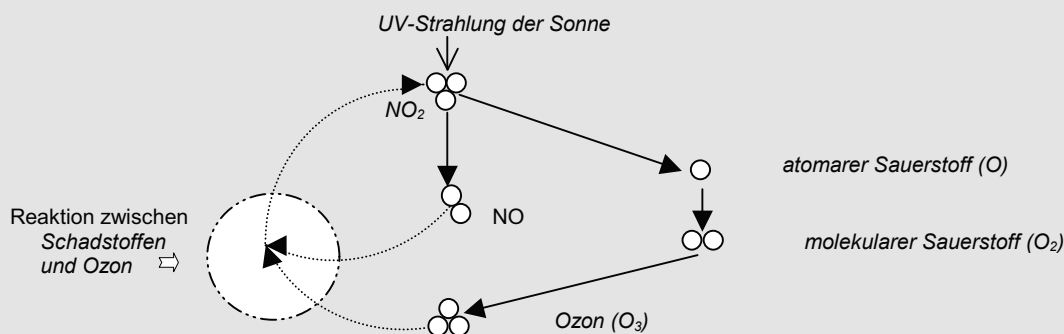
Verwendung von Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht führen

Im Gegensatz zu der schädigenden Wirkung des Ozons auf die Organismen in ihrem unmittelbaren Lebensraum, der Troposphäre, bildet dieses Gas innerhalb der Stratosphäre in einer Höhe von 15 bis 25 km die sogenannte Ozonschicht, als Schutz vor der UV-Strahlung der Sonne, eine der Voraussetzungen dafür, dass sich überhaupt Leben auf der Erde herausbilden konnte.

Die Ozonschicht ist kein statischer Schirm, sondern sie wirkt durch ihren ständigen Auf- und Abbau.



Vereinfachter Ozonkreislauf in verunreinigter Luft



UV-Licht spaltet Sauerstoffmoleküle auf, wobei das UV-Licht absorbiert wird. Trifft eines der entstandenen Sauerstoffatome auf ein weiteres Sauerstoffmolekül, so verbindet es sich mit diesem zu einem Ozonmolekül. Das Ozonmolekül wird wiederum durch UV-Licht aufgespalten; auch hierbei kommt es zu einer Energieumwandlung des UV-Lichts.

Das in Fluorchlorkohlenwasserstoffen, die mit der Luftbewegung in höhere Atmosphärenschichten gelangen, enthaltene Chlor stört diesen Prozess und führt somit zu einem Abbau der Ozonschicht.



Die gängige Bezeichnung Ozonloch ist allerdings irreführend, tatsächlich handelt es sich um eine Ausdünnung der Ozonschicht, besonders deutlich über der Antarktis. Sie wurde aber auch für die Arktis nachgewiesen.

Die ozonschichtzerstörende Wirkung eines Stoffes wird mit dem Ozone Depletion Potential (ODP, Ozonzerstörungspotential) ausgedrückt. Dieser Wert gibt das Verhältnis der Einwirkung eines Stoffes auf Ozon zur Einwirkung von Trichlorfluormethan (R 11), dessen ODP mit 1,0 definiert ist, wieder.

Für die bisher durchgeführten Erhebungen gemäß § 11 Umweltstatistikgesetz gelten als ozonschichtschädigend die in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 3093/94 des Rates vom 15. Dezember 1994 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. EG Nr. L 333 S. 1) genannten Stoffe. Hierzu zählen voll- oder teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW, H-FCKW), Halone, Tetrachlorkohlenstoff, 1,1,1-Trichlorethan, Methylbromid sowie teilhalogenierte Fluorbromkohlenwasserstoffe. Die Verordnung wurde im Jahr 2000 aktualisiert.

Befragt werden jährlich alle Unternehmen, die auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen potentiell für den Umgang mit diesen Stoffen in Frage kommen. Hauptsächlich sind das Unternehmen des Maschinenbaus (hier speziell Herstellung von Kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen), des Kälte- und Klimatechnikhandwerks, des Ernährungsgewerbes, der Chemischen Industrie, des Fahrzeugbaus, sowie des Handels, der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Im Oktober 1995 und Januar 1996 wurden im Rahmen von Vorerhebungen insgesamt 992 Unternehmen mit Sitz in Brandenburg befragt. Nach dem Ergebnis der Vorerhebung wurden 181 Unternehmen 1996 befragt, von denen 75 die Kriterien des Berichtskreises erfüllten; 1997 waren das 81 und 1998 von 221 Unternehmen 88. Für das Berichtsjahr 1999 wurde zur Aktualisierung des Berichtskreises ein erweiterter Befragungsumfang ge-

wählt mit 688 Unternehmen, von denen schließlich 116 berichtspflichtig waren.

Der Berichtskreis setzt sich zusammen aus Unternehmen, die Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

- ☐ herstellen, einführen oder ausführen,
- ☐ in Mengen von mehr als 50 kg pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden.

Herstellung und Einfuhr geregelter Stoffe sind durch EG-Verordnung auf wenige Unternehmen beschränkt. Für Brandenburg ist im Sinne der Erhebung ausschließlich die Verwendung entsprechender Stoffe relevant.

Allgemein betrifft sie Unternehmen, die diese Stoffe unmittelbar selbst als Kältemittel, z. B. in Haushaltskühlgeräten und Wärmepumpen, gewerblichen und industriellen Kühl- und Kälteanlagen, Transportkälteanlagen (z. B. Kühl - LKW, Kühlwaggons, Kühlschiffe), Fahrzeugklimaanlagen, Gebäude- und Raumklimaanlagen einfüllen oder als Treibmittel bei der Herstellung von Aerosolerzeugnissen, Kunst- und Schaumstoffen einsetzen bzw. als sonstiges Mittel bei der Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen, (z. B. als Stoffe, die zur Herstellung anderer chemischer Erzeugnisse bestimmt sind und dabei vollständig vernichtet oder umgewandelt werden), Mittel zur Bekämpfung von Schädlingen in der Vorratswirtschaft, als Lösungsmittel oder als Löschmittel einsetzen.

Zur Verwendung zählen nicht der Bestand an Stoffen in solchen Anlagen bzw. die Herstellung von Zubereitungen/Mischungen sowie Handel, Verkauf, Entsorgung, Vernichtung, Zurückgewinnung und Aufbereitung der Stoffe.

Der überwiegende Teil der in Brandenburg von 1996 bis 1999 verwendeten FCKW und H-FCKW wurde als Kältemittel eingesetzt. 1999 wurde kein FCKW mehr als Kältemittel benutzt, für andere Zwecke lediglich 0,5 t sowie 0,2 t Tetrachlorkohlenstoff.

Im Vergleich mit den vom Statistischen Bundesamt für 1996 für die gesamte Bundesrepublik ausgewiesenen geregelten Stoffen von 28 433 t (dar. FCKW: 1 256 t, H-FCKW: 21 709 t, Tetrachlorkohlenstoff: 5 354 t) nimmt sich Brandenburg mit insgesamt 23,5 t FCKW und H-FCKW, und 170 kg Tetrachlorkohlenstoff bescheiden aus, was allerdings der wirtschaftlichen Struktur zu verdanken ist.

Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe als Kältemittel

Wirtschaftszweig	1996	1997	1998	1999
	Tonnen			
Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen sowie Installation und Handel in diesen Bereichen insgesamt	21,8	22,5	23,6	28,1
davon FCKW	3,4	2,6	0,4	-
H-FCKW	18,4	19,9	23,2	28,1
Schienenfahrzeugbau, Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung, Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr insgesamt	0,6	0,8	0,1	0,1
davon FCKW	0,5	0,5	-	-
H-FCKW	0,1	0,3	0,1	0,1
Sonstige insgesamt	1,1	1,7	1,1	1,7
davon FCKW	0,5	0,3	-	-
H-FCKW	0,6	1,4	1,1	1,7
Brandenburg insgesamt	23,5	25,0	24,8	29,9
davon FCKW	4,4	3,4	0,4	-
H-FCKW	19,1	21,6	24,4	29,9

Die ozonschichtschädigende Wirkung der in Brandenburg verwendeten Stoffe reduzierte sich bis 1999 mit 20,9 ODP-gewichteten Tonnen um Einviertel des Wertes von 1996.

Der Einsatz von Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht führen, ist in einem durch EG-Verordnung geregelten Zeitplan (aktuell vom 29.07.2000) für die stufenweise Einstellung der Produktion und Verwendung festgelegt. Die Verwendung der meisten FCKW wurde inzwischen verboten (FCKW-Halon-Verbotsverordnung) oder auf begrenzte Anwendungsbereiche eingeschränkt, z. B. medizinische Zwecke, Laboratorien. Als Ersatzstoffe sind z. Z. noch teilhalogenierte FCKW (H-FCKW) erlaubt, was neben der starken Zunahme von Klimaanlage in Fahrzeugen den Anstieg von 1996 zu 1999 auf 156 Prozent erklärt. Für die Verwendung von H-FCKW ist aber ebenfalls für die nächsten Jahre eine drastische Reduzierung vorgesehen.

Besondere Klimawirksamkeit von aliphatischen Fluorkohlenwasserstoffverbindungen

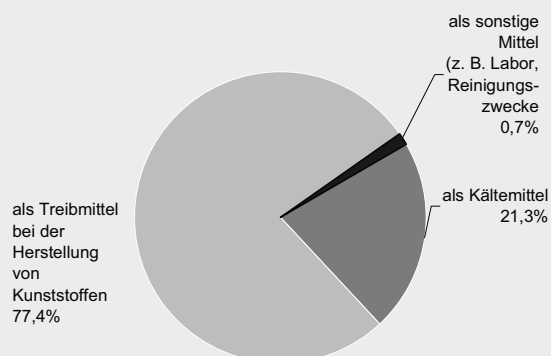
Als klimawirksam im Sinne der Erhebung ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe gelten ausschließlich Fluorderivate der aliphatischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sieben Kohlenstoffatomen (perfluorierte Alkane - FKW und teilfluorierte Alkane - H-FKW). Der Berichtskreis dieses Erhebungsteils ist identisch mit dem bei den ozonschichtschädigenden Stoffen genannten.

Die Klimawirksamkeit eines Stoffes wird mit dem sogenannten GWP-Wert (Global [oder Greenhouse] Warming Potential), also Treibhauspotential, ausgedrückt. Der GWP-Wert gibt das Verhältnis der von einer Substanz verursachten Erwärmung zu der von Kohlendioxid verur-

sachten Erwärmung wieder, dem gemäß ist das GWP von CO₂ als 1,0 definiert. Wasser hat ein GWP von Null, die vom Menschen verursachten Wasserdampfemissionen tragen also nicht zur Verstärkung des natürlichen Treibhauseffekts bei.

Fluorkohlenwasserstoffe dagegen weisen Werte auf, die die Klimawirksamkeit natürlicher Stoffe um ein Vielfaches übersteigen, so Trifluormethan mit einem GWP-Spitzenwert von 12 100, das im Land Brandenburg im Jahr 1999 mit 74 kg eingesetzt wurde, was einem GWP von 895 400 entspricht, also einer Treibhauswirkung, wie sie von 895,4 t Kohlendioxid ausgeht. Nur wenige Stoffe, wie Schwefelhexafluorid (SF₆), das aber nicht Gegenstand der Erhebung ist, mit einem GWP von 23 900, liegen in ihrer Klimawirksamkeit noch höher.

Verwendung klimawirksamer Stoffe insgesamt nach Einsatzbereichen



Die größten Mengen, der unter dem Gesichtspunkt der Klimawirksamkeit 1999 in Brandenburg erhobenen Stoffe, betreffen 1,1,1,2-Tetrafluorethan mit einem GWP von 1 300 und einer eingesetzten Menge von 17,8 Tonnen sowie ein H-FKW - Gemisch (Blend) mit einem GWP von 3 748 und einer eingesetzten Menge von 13,5 Tonnen.

Für das Land Brandenburg ergibt sich aus der Summe aller in dieser Erhebung erfassten Stoffe für 1999 ein Treibhauspotential von 676,6 in 10^3 GWP-gewichteten Tonnen.

Der Hauptanteil des Einsatzes in der Erhebung betrachteter klimawirksamer Stoffe erfolgt im Land Brandenburg bei der Kunststoffherstellung. Hierbei handelt es sich allerdings um ein unter dem Gesichtspunkt der ozonschichtschädigenden Wirkung erfasstes H-FCKW, da die Fluorkohlenwasserstoffe sowohl ozonschichtschädigend als auch klimawirksam sind, mit einem GWP von 2 000 und einer eingesetzten Menge von 262 Tonnen.

Im Zusammenhang mit dem oben genannten Ausstiegszenario aus der Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe, gewinnt die Verwendung von FKW und H-FKW als Kältemittel gegenwärtig an Bedeutung, da im Gegensatz zu FCKW und H-FCKW ihre ozonschichtschädigende Wirkung gleich Null ist.

Zunehmend werden hierbei als Ersatzstoffe Blends eingesetzt. Das sind Gemische aus mehreren klimawirksamen Komponenten; bisher sind in bestimmten Blends aber auch noch Anteile an ozonschichtschädigenden Stoffen enthalten, deren Verwendung im Zuge der FCKW-Verbote allerdings ebenfalls eingeschränkt wird. Die eingesetzten Blends weisen je nach Mischungsverhältnis der Komponenten anteilmäßig geringere ODP- bzw. GWP-Werte auf als die besonders wirksamen Stoffe in reiner Form. Für die weitere Verwendung von perfluorierten und teilfluorierten Fluorkohlenwasserstoffen sind wegen ihrer außerordentlichen Klimawirksamkeit aber ebenfalls Grenzen abzusehen. Erwähnt sei das Abschlussprotokoll der Weltklimakonferenz von Kyoto, wo FKW und H-FKW als langlebige Treibhausgase ausdrücklich in die Reduktionsverpflichtung bis 2008 bzw. 2012 einbezogen wurden.

Konkretisiert wurde dieses Ziel im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung mit der Verpflichtung der Minderung von Emissionen u. a. von FKW und H-FKW um 21 Prozent bezogen auf das Basisjahr 1995.

Wolfgang Thurley

Verwendung klimawirksamer Stoffe als Kältemittel

Wirtschaftszweig	1996	1997	1998	1999
	Tonnen			
Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen sowie Installation und Handel in diesen Bereichen insgesamt	13,1	16,8	18,5	28,1
davon FKW	-	-	-	-
H-FKW	6,3	6,3	6,3	8,9
Blends	6,8	10,5	12,2	19,2
Schienenfahrzeugbau, Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung, Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr insgesamt	4,5	11,3	7,8	9,7
davon FKW	-	-	-	-
H-FKW	4,5	11,3	7,6	8,4
Blends	-	-	0,2	1,3
Sonstige insgesamt	0,5	1,3	0,7	3,3
davon FKW	-	-	-	-
H-FKW	0,2	0,3	0,3	0,8
Blends	0,3	1,0	0,4	2,5
Brandenburg insgesamt	18,1	29,4	27,0	41,1
davon FKW	-	-	-	-
H-FKW	11,0	17,9	14,2	18,1
Blends	7,1	11,5	12,8	23,0

Daten zur Konjunktur: Erstes Quartal 2001

Die Konjunktur der Brandenburgischen Wirtschaft im ersten Quartal des Jahres 2001 steht im Kontext einer sich abkühlenden konjunkturellen Gesamtsituation in Deutschland. So erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt als Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 2001 im Vorjahresvergleich preisbereinigt um 1,6 Prozent gegenüber 3,7 Prozent und 1,9 Prozent für die Quartale I. und IV. des Vorjahres. Das Wirtschaftswachstum ist demnach deutlich niedriger ausgefallen, als noch vor Jahresfrist. Gesamtgenommen deuten auch die konjunkturellen Trends der Brandenburger Wirtschaft auf eine gewisse Abkühlung im Lande hin. Die Trends in den Bereichen der Brandenburger Wirtschaft waren nicht einheitlich. Im konjunkturell entscheidenden Vorjahresvergleich lagen Produktion und Umsatz der Brandenburger Industrie, wenn auch nicht mehr so deutlich wie im Vorjahreszeitraum, über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Auftragseingänge, denen gemeinhin eine große Bedeutung als konjunktureller Frühindikator zukommt, waren für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes preisbereinigt rückläufig. Gegenüber dem Vorjahresquartal war erstmals wieder seit dem IV. Quartal 1999 ein Minus von 9,3 Prozent festzustellen. Wesentlich beeinflusst wurde das Ergebnis durch die stark rückläufige Nachfrage nach industriellen Produkten aus dem Ausland (- 38 Prozent). Die Brandenburger Industriebetriebe erzielten im ersten Quartal einen Umsatz in Höhe von rund 7,5 Milliarden DM. Dies entsprach einem Anstieg um 7,8 Prozent zum gleichen Vorjahreszeitraum. Die Auslandsumsätze lagen mit einem Volumen von 1,394 Milliarden DM um fast ein Fünftel (18,9 Prozent) über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Industrieproduktion in Brandenburg konnte ihr Vorjahresergebnis um 6 Prozent steigern. Trotz der nach wie vor guten Ergebnisse bei Produktion und Umsätzen war die Beschäftigungssituation in den Industriebetrieben des Landes nunmehr das dritte Quartal in Folge durch leichte Rückgänge gekennzeichnet. So verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,4 Prozent gegenüber den ersten drei Monaten des Jahres 2000. Die wertmäßigen Ausfuhren der Wirtschaft erreichten im I. Quartal 2001 ein Volumen von insgesamt rund 2 Milliarden DM. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 19,8 Prozent übertroffen. Die Exportquote der Brandenburgischen Industriebetriebe lag im Monat März bei 19,1 Prozent. Die Situation in der Bauwirtschaft war, wie auch schon in den Vorquartalen, durch einen anhaltenden Abbau von Überkapazitäten geprägt. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung sind nach wie vor stark rückläufig und sind Ursache der angespannten Lage in der Bauwirtschaft des Landes. Auch im Einzelhandel und Gastgewerbe waren im aktuellen Vierteljahr bei weitgehend konstanter Beschäftigungslage Umsatzeinbußen im Vorjahresvergleich zu verkräften. Bedingt durch die konjunkturellen und saisonalen Einflüsse hat sich die Situation am Arbeitsmarkt Brandenburgs nicht wesentlich entspannt. Die Zahl der Arbeitslosen blieb mit durchschnittlich 245 339 Personen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nahezu konstant (- 0,1 Prozent). Die Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen erreichte zum Quartalsende im Monat März einen Stand von 19,9 Prozent. Im Vorjahresquartal hatte sie bei 20,2 Prozent gelegen. Der Preisindex für die Lebenshaltung als Indikator der Teuerung bei den Verbraucherpreisen erhöhte sich im Durchschnitt der ersten drei Monate binnen Jahresfrist um 2,7 Prozent. Auch für die jüngsten Berichtsmonate war nochmals ein deutliches Anziehen der Lebenshaltungskosten festzustellen. Die Jahresteuierung stieg weiter bis auf 3,3 bzw. 4,1 Prozent für die Monate April und Mai an.

Auslandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich stark rückläufig

Bei den Brandenburger Industriebetrieben¹ liefen im ersten Quartal des Jahres 2001 preisbereinigt insgesamt 9,3 Prozent weniger Aufträge ein, als noch vor Jahresfrist. Der Volumenindex der Auftragseingänge (Basis 1995=100) erreichte damit einen Indexstand von 148,7

Punkten. Wesentlich beeinflusst wurde dieses Ergebnis durch die stark rückläufige Nachfrage aus dem Ausland. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sank die Nachfrage aus dem Ausland um rund 38 Prozent, während die Inlandsnachfrage entsprechend um 4,4 Prozent anstieg.

Ob es sich hierbei um erste Anzeichen einer Abkühlung der Industriekonjunktur auch im Land Brandenburg oder um einen einmaligen Ausreißer der ausländischen Nachfrage nach industriellen Produkten im Lande handelt, werden sicherlich die Zahlen für das zweite Quartal 2001 belegen. Im Monat März 2001 konnte die Auslandsfrage jedoch wieder deutlich an Fahrt gewinnen und lag rund 61 Prozent über dem Volumen vom Februar.

¹ Im Folgenden wird der Begriff Industriebetriebe gemeinhin für den Berichtskreis der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden verwandt. Lediglich bei der Ermittlung des Auftragseingangsindex beziehen sich die statistischen Angaben ausschließlich auf Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes.

Entwicklungstendenzen der konjunkturellen Lage

(Basis: Originalwerte)

Merkmal	2000			2001
	I. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal
	Veränderung gegenüber Vorjahresquartal			
	Prozent			
Arbeitsmarkt¹⁾				
Arbeitslose	7,7	- 2,5	- 4,4	- 0,1
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
Beschäftigte	- 0,5	- 0,2	- 1,5	- 1,4
Gesamtumsatz	9,5	5,8	7,7	7,8
Produktionsindex	12,1	5,4	9,9	6,0
Auftragseingangsindex ²⁾	13,8	7,7	11,1	- 9,3
Bauhauptgewerbe				
Beschäftigte	- 3,8	- 11,6	- 15,0	- 16,9
Gesamtumsatz	5,2	- 19,9	- 15,4	- 23,0
Auftragseingang	- 6,1	- 15,0	- 1,0	- 15,4
Einzelhandel				
Beschäftigte	- 3,8	- 0,4	0,1	0,3
Umsatz	- 1,2	- 2,3	- 3,0	- 0,5
Gastgewerbe				
Beschäftigte	- 3,9	- 0,7	0,0	- 1,0
Umsatz	- 1,0	- 3,9	- 1,0	- 3,3
Außenhandel				
Ausfuhr	13,6	32,1	22,0	19,8
Preisindex für die Lebenshaltung	1,9	2,1	2,3	2,7

1) Quelle: Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen; 2) im Verarbeitenden Gewerbe, Basis 1995=100

Wesentlichen Einfluss auf den Rückgang der Auftragslage im ersten Quartal 2001 hatten die Brandenburgischen **Investitionsgüterproduzenten**, die rund zwei Drittel ihrer Vorjahresauslandsnachfrage verloren. Zu den Wirtschaftszweigen mit rückläufiger Auftragslage zählten dabei insbesondere die Bereiche der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (- 9,8 Prozent), der sonstige Fahrzeugbau (- 70,9 Prozent) sowie der Elektroindustrie (- 25,1 Prozent). Zuwächse konnten hingegen die chemische Industrie (+ 5,0 Prozent), der Maschinenbau (+ 17,3 Prozent) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (+ 13,4 Prozent) vorweisen.

Brandenburger Industrieproduktion über Vorjahresniveau

Das Volumen der **Brandenburger Industrieproduktion** (Index: 1995=100) im ersten Quartal zeigt preisbereinigt eine geteilte Entwicklung. Der Indexstand der Produktion für das erste Quartal 2001 zeigt ein Plus gegenüber dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes von 6 Prozent. Im ersten Quartal 2000 hatte die Industrieproduktion mit einem Plus von rund 12 Prozent noch deutlicher zulegen können. Bei monatlicher Betrachtung zeigt sich, dass nach den Produktionsrückgängen in den Monaten Januar und Februar der Gesamtindex für den Monat März wiederum ein deutlichen Zuwachs von 7,0 Prozent zum Vorjahresmonat vorweisen konnte und damit das Quartalsergebnis entscheidend beeinflusste.

Ein **Hauptgewicht am Produktionsplus** des ersten Quartals 2001 von 6,0 Prozent zum Vorjahr entfiel auf Betriebe des investitionsgüter- (+ 17,0 Prozent) und des gebrauchsgüterproduzierenden (+ 11,6 Prozent) Gewerbes. Nach **Wirtschaftszweigen** betrachtet wurden deutliche Produktionszuwächse insbesondere in den für Brandenburg wichtigen Branchen der Metallerzeugung und -bearbeitung (+ 10,1 Prozent), dem Ernährungsgewerbe (+ 2,6 Prozent), der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+ 9,5 Prozent), der chemischen Industrie (+ 4,8 Prozent), dem Kunststoffgewerbe (+ 9,9 Prozent) sowie des sonstigen Fahrzeugbaus (+ 55,9 Prozent) erzielt. Ein Produktionsminus wiesen die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (- 4,2 Prozent), Glasgewerbe, Keramik und der Verarbeitung von Steinen und Erden (- 11,1 Prozent), die Herstellung von Metallerzeugnissen und der Maschinenbau (- 5,8 bzw. - 1,1 Prozent) sowie die Elektroindustrie (- 20,9 Prozent) aus.

Weiterhin Zuwächse bei Gesamtumsatz und Auslandsumsatz der Industriebetriebe

Die durchschnittlich **1 156 berichtspflichtigen Betriebe** der Brandenburger Industrie erwirtschafteten im ersten Quartal des Jahres einen Gesamtumsatz von rund 7,5 Milliarden DM. Der Industrieumsatz stieg damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,8 Prozent an. Saisonal betrachtet fielen die Umsatzzahlen der Frühjahrsmonate erwartungsgemäß wie auch schon in den Vorjahren gegenüber dem Ergebnis des Winterquartals zurück (- 10,3 Prozent). Im IV. Quartal 2000 war mit einem Volumen von 8,4 Milliarden DM ein bisheriger Umsatzrekord der Brandenburger Industrie registriert worden.

Zur im Vorjahresvergleich positiven Entwicklung der Umsätze des I. Vierteljahres 2001 trugen alle vier Hauptgruppen bei. Die Investitionsgüterproduzenten konnten dabei mit 18,2 Prozent das größte Wachstum aufweisen. **Wachstumsträger unter den Wirtschaftsbereichen des Verarbeitenden Gewerbes** waren die chemische Industrie (+ 15,9 Prozent), die Metallerzeugung und -verarbeitung (+ 11,2 Prozent), die Kfz-Industrie (+ 6,3 Prozent) und der sonst. Fahrzeugbau (+ 56,9 Prozent), das Ernährungsgewerbe (+ 8,4 Prozent) sowie der Maschinenbau (+ 6,1 Prozent). Im Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden war der Umsatz mit - 4,1 Prozent rückläufig.

Der **Auslandsumsatz der Brandenburger Industriebetriebe** des ersten Quartals 2001 konnte gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum mit einem Plus von 18,9 Prozent ebenfalls deutlich gesteigert werden. Mit rund 1,4 Milliarden DM lag er damit saisonüblich unter dem Ergebnis des Vorquartals (- 12,6 Prozent), in dem mit rd. 1,6 Milliarden DM wie bei den Gesamtumsätzen ein bisheriger Spitzenwert erzielt wurde. Die **Exportquote** erreichte im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres 2001 18,5 Prozent (März 19,1 Prozent). Im **Inland** wurden im ersten Quartal 2001 Waren im Wert von rd. 6,1 Milliarden DM umgesetzt. Das entsprach einem Plus der Inlandsumsätze von 5,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal.

Anhaltender Beschäftigungsabbau in den Brandenburger Industriebetrieben

88 795 Beschäftigte zählten die Brandenburger Industriebetriebe im Durchschnitt des ersten Quartals. Damit lag die Beschäftigung um 1,4 Prozent unter dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit.

Verglichen mit den Niveaus der entsprechenden Vorjahreszeiträume ging damit die Industriebeschäftigung mit Ausnahme des II. Quartals 2000 seit dem Jahr 1998 kontinuierlich zurück. Bei einer Betrachtung der aktuellen Beschäftigungsentwicklung nach Hauptgruppen der Brandenburger Industrie zeigt sich jedoch, dass die Entwicklung nicht einheitlich war. Während die **Investitionsgüter- und die Gebrauchsgüterproduzenten** ihre Beschäftigung im Vorjahresvergleich ausbauen konnten (+ 1,3 bzw. + 5,1 Prozent), war bei den **Vorleistungsgüter-** (- 0,3 Prozent) und insb. bei den **Verbrauchsgüterproduzenten** (- 10,1 Prozent) ein Abbau von Beschäftigten festzustellen.

Betrachtet man die **Beschäftigungslage** in den Brandenburger Industriebetrieben **nach ihrer Wirtschaftszweiguordnung**, so entfällt mit rund 94 Prozent der Hauptanteil der Beschäftigung auf die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Für das erste Vierteljahr 2001 ergeben sich ferner die höchsten Beschäftigungsanteile für das Ernährungsgewerbe (rd. 12 Prozent), die Herstellung von Metallerzeugnissen (rd. 10 Prozent), den sonstigen Fahrzeugbau und den Maschinenbau (8,6 bzw. 8,5 Prozent). Das **Ernährungsgewerbe** - gemessen an der Beschäftigtenzahl - bedeutendste Branche des Landes meldete im ersten Quartal des Jahres 2001 mit durchschnittlich 10 240 Beschäftigten ein Minus von 14,9 Prozent zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die **Produktionsbetriebe von Metallerzeugnissen** mit ihren durchschnittlich 9 188 Beschäftigten wiesen einen Rückgang der Beschäftigten um 1,5 Prozent aus. Ebenfalls rückläufig war die Beschäftigungslage in den **Betrieben des sonstigen Fahrzeugbaus** (7 680 Beschäftigte, - 0,4 Prozent) und des **Glas- und Keramikgewerbes** (7 133 Beschäftigte, - 2,2 Prozent).

Einen Zuwachs an Beschäftigung konnten entsprechend ihrem beschäftigungspolitischen Beitrag für das Land Brandenburg die **Betriebe kleinerer Branchen** wie etwa der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (1 950 Beschäftigte, + 40 Prozent), der Medizin- und Messtechnik sowie Optik (2 570 Beschäftigte, + 13 Prozent) oder etwa des Textilgewerbes (862 Beschäftigte, + 9,3 Prozent) ausweisen. Zu den **größeren Branchen** des Landes mit einem Beschäftigungszuwachs im ersten Quartal zählten die KfZ-Industrie mit ihren 4 017 Beschäftigten (+ 7,4 Prozent), der Maschinenbau mit 7 560 Beschäftigten (+ 4,4 Prozent), die Metallerzeugung und -bearbeitung mit 5 792 Beschäftigten (+ 1,9 Prozent) sowie etwa die Kunststoffindustrie mit 4 549 Beschäftigten (+ 5,7 Prozent).

Die **Produktivität in den Brandenburger Industriebetrieben** erhöhte sich im ersten Quartal des Jahres 2001 infolge der weiterhin abnehmenden Beschäftigtenzahlen und der gestiegenen Umsätze.

Der **Umsatz je Beschäftigten** erreichte im Durchschnitt der ersten drei Monate **28 284 DM** und lag mit einem Plus von 9,4 Prozent über dem im Vorjahr erzielten Ergebnis.

Das **Arbeitsvolumen der Beschäftigten** in den Brandenburger Industriebetrieben erhöhte sich gegenüber dem Vorquartal nochmals um 3 Prozent auf ein Niveau von rund 26,2 Millionen geleistete Arbeiterstunden und erreichte somit nicht ganz den Stand vom Vorjahr (- 0,6 Prozent). Die **Bruttolohn- und Gehaltssumme der Industriebeschäftigten** erreichte im ersten Quartal ein Volumen von rd. 1,1 Milliarden DM, ein Plus von 2,3 Prozent zum Vorjahreszeitraum.

Keine Trendwende der konjunkturellen Lage im Brandenburger Baugewerbe

Entsprechend den aktuellen bundesweiten Trends in der Bauwirtschaft, haben sich auch in Brandenburg die negativen Vorzeichen der konjunkturellen Lage im Baugewerbe im ersten Quartal des Jahres 2001 nicht abgeschwächt. Die **Entwicklung bei Auftragseingängen, Umsätzen und Beschäftigung** der berichtspflichtigen Betriebe des Brandenburger Bauhauptgewerbes² war im jüngsten Quartal überdurchschnittlich stark gegenüber dem Vorjahreszeitraum rückläufig.

So verringerten sich die wertmäßigen Auftragseingänge der ersten drei Monate des Jahres 2001 auf ein Volumen von rd. 991 Millionen DM und erreichten damit den niedrigsten Stand seit dem Jahr 1995. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum entspricht dies einem **Rückgang des Auftragsbestandes** um 15,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag die entsprechende Rate bei - 6,1 Prozent. Saisonal bedingt ist das Auftragsvolumen auch gegenüber dem Vorquartal um nochmals rd. ein Sechstel (- 16,8 Prozent) gesunken. Im Jahr zuvor war der entsprechende saisonale Rückgang mit Minus 2,7 Prozent jedoch wesentlich moderater ausgefallen. Indexiert man die Entwicklung der Auftragseingänge auf der Basis 1995=100 so erreicht der **Volumenindex der Auftragseingänge** für das erste Quartal 2001 aktuell ein Niveau von 51,3 Punkten.

² Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten der Bereiche Vorbereitende Baustellenaufgaben, Hoch- und Tiefbau.

Ausgewählte Daten zur Konjunktur für das Land Brandenburg

««« Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... »»»

Merkmal	Einheit	2000	2000				2001		
		Jahr bzw. Durch- schnitt	I/00	II/00	III/00	IV/00	I/01	Veränderung	
								z. VQ	z. VJQ
Beschäftigung und Arbeitsmarkt ¹⁾									
Arbeitslose	Anzahl	226 126	245 565	225 904	219 047	213 990	245 339	14,6	- 0,1
Arbeitslosenquote ²⁾	Prozent	18,4	20,2	17,6	17,3	18,1	19,9	x	x
dar. Frauen	Prozent	19,6	21,1	18,9	18,7	18,8	19,7	x	x
dar. Jüngere im Alter < 25 Jahren	Prozent	16,7	18,9	15,3	17,5	14,8	17,6	x	x
Offene Stellen	Anzahl	6 467	6 051	8 048	6 572	5 197	6 716	29,2	11,0
Kurzarbeiter	Anzahl	4 318	5 593	5 201	3 301	3 179	4 895	54,0	- 12,5
Beschäftigten in ABM	Anzahl	16 699	14 368	14 201	18 479	19 748	15 367	- 22,2	7,0
Ber. Weiterbildung	Anzahl	23 187	21 470	23 327	23 269	24 680	23 218	- 5,9	8,1
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ³⁾									
Betriebe	Anzahl	1 169	1 164	1 168	1 172	1 173	1 156	- 1,4	- 0,7
Beschäftigte	Anzahl	90 445	90 048	90 189	91 011	90 531	88 795	- 1,9	- 1,4
Gesamtumsatz	Mill. DM	31 005	6 988	7 765	7 851	8 401	7 536	- 10,3	7,8
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	5 564	1 173	1 416	1 380	1 596	1 394	- 12,6	18,9
Exportquote	Prozent	17,8	16,8	18,1	17,6	18,9	18,5	- 2,3	10,2
Umsatz je Beschäftigten	DM	28 562	25 861	28 708	28 753	30 927	28 284	- 8,5	9,4
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	103 152	26 356	25 594	25 755	25 447	26 211	3,0	- 0,6
Bruttolohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	4 669	1 083	1 183	1 142	1 261	1 108	- 12,1	2,3
Produktionsindex	1995=100	142,0	132,1	137,4	143,1	155,4	140,0	- 9,9	6,0
Auftragseingangsindex	1995=100	160,6	164,0	157,5	146,5	174,5	148,7	- 14,8	- 9,3
Öffentliche Energiewirtschaft									
Betriebe	Anzahl	93	91	92	93	95	95	0,0	4,0
Beschäftigte	Anzahl	10 207	10 316	10 273	10 125	10 114	9 933	- 1,8	- 3,7
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	7 456	2 048	1 873	1 753	1 782	1 869	4,9	- 8,7
Bruttolohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	607	144	142	145	176	141	- 19,9	- 1,7
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	38 189	9 520	8 749	9 805	10 115	9 683	- 4,3	1,7
Bauhauptgewerbe ³⁾									
Betriebe	Anzahl	756	798	769	742	717	695	- 3,1	- 12,9
Beschäftigte	Anzahl	36 675	37 449	37 101	36 649	35 499	31 121	- 12,3	- 16,9
Gesamtumsatz	Mill. DM	6 659	1 287	1 573	1 703	2 096	992	- 52,7	- 23,0
dar. Baugewerbl. Umsatz	Mill. DM	6 548	1 263	1 543	1 676	2 066	975	- 52,8	- 22,8
Umsatz je Beschäftigten	DM	15 204	11 481	14 130	15 486	19 721	10 628	- 46,1	- 7,4
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	45 949	10 454	11 862	12 438	11 195	7 868	- 29,7	- 24,7
Bruttolohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	1 587	385	398	402	402	321	- 20,1	- 16,7
Auftragseingang	Mill. DM	5 085	1 172	1 332	1 390	1 192	991	- 16,8	- 15,4

1) Quelle: Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen 2) bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen zum Quartalsende

3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Ausgewählte Daten zur Konjunktur für das Land Brandenburg

««« Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... Quartale ... »»»

Merkmal	Einheit	2000	2000				2001		
		Jahr bzw. Durch- schnitt	I/00	II/00	III/00	IV/00	I/01	Veränderung	
								z. VQ	z. VJQ
Ausbaugewerbe ³⁾									
Beschäftigte	Anzahl	15 598	16 291	16 082	15 437	14 583	12 843	- 11,9	- 21,2
Gesamtumsatz	Mill. DM	515	432	517	520	591	350	- 40,8	- 19,0
dar. Ausbaugewerbl. Umsatz	Mill. DM	494	416	496	501	563	335	- 40,6	- 19,5
Umsatz je Beschäftigten	DM	33 206	26 499	32 145	33 679	40 499	27 237	- 32,7	2,8
Baugenehmigungen									
Insgesamt	Anzahl	16 211	3 865	4 758	4 144	3 444	2 913	- 15,4	- 24,6
Erreichung neuer Gebäude	Anzahl	12 307	3 046	3 632	3 084	2 545	2 122	- 16,6	- 30,3
Handwerk									
Beschäftigte	1998=100	86,7	88,0	87,3	87,0	84,5	80,1	- 5,2	- 9,0
dar. Verarb. Gewerbe	1998=100	91,9	92,3	91,5	92,8	90,8	90,2	- 0,7	- 2,3
dar. Baugewerbe	1998=100	82,8	84,3	84,2	82,6	79,9	71,3	- 10,8	- 15,5
dar. Handel, etc.	1998=100	95,3	96,2	94,9	95,9	94,0	92,0	- 2,1	- 4,4
dar. Unternehmensdienstleistungen	1998=100	84,8	87,0	84,1	84,6	83,3	89,1	7,0	2,4
Umsatz	1998=100	91,8	83,3	94,3	92,0	97,6	72,8	- 25,4	- 12,6
dar. Verarb. Gewerbe	1998=100	95,9	87,3	95,8	97,8	102,8	82,6	- 19,6	- 5,4
dar. Baugewerbe	1998=100	86,3	72,5	85,4	89,6	97,5	58,7	- 39,8	- 19,0
dar. Handel, etc.	1998=100	98,8	98,5	108,4	93,0	95,3	89,9	- 5,7	- 8,7
dar. Unternehmensdienstleistungen	1998=100	90,4	89,7	91,8	88,8	91,2	88,0	- 3,5	- 1,9
Einzelhandel ¹⁾									
Beschäftigte	1995=100	91,9	91,1	91,5	92,4	92,4	91,4	- 1,0	0,3
Umsatz nominal	1995=100	96,5	91,0	98,7	94,4	101,7	90,5	- 11,0	- 0,5
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1995=100	86,2	82,5	89,1	88,9	85,6	81,7	- 4,6	- 1,0
Umsatz nominal	1995=100	80,6	68,2	88,4	88,1	78,9	65,9	- 16,5	- 3,3
Tourismus									
Ankünfte	1 000	2 955	444	931	962	618	462	- 25,2	3,9
Übernachtungen	1 000	8 387	1 268	2 533	2 924	1 662	1 304	- 21,5	2,9
Außenhandel ²⁾									
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. DM	10 447,3	2 496,7	2 438,8	2 648,0	2 863,8	2 679,6	- 6,4	7,3
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	8 092,9	1 681,4	1 935,0	2 233,2	2 243,2	2 014,2	- 10,2	19,8
Gewerbeanzeigen									
Anmeldungen	Anzahl	22 407	6 316	5 458	5 283	5 350	6 074	13,5	- 3,8
Abmeldungen	Anzahl	19 882	5 545	4 535	4 678	5 124	5 718	11,6	3,1
Insolvenzen									
Insgesamt	Anzahl	1 869	451	481	472	465	558	20,0	23,7
dav. Unternehmen	Anzahl	1 511	390	395	360	366	406	10,9	4,1
Preisindex für die Lebenshaltung									
Insgesamt	1995=100	106,5	105,9	106,1	106,9	107,0	108,7	1,6	2,7
Wohnungsmieten	1995=100	111,8	111,7	111,7	111,8	111,8	112,0	0,2	0,3
Nahrungsmittel	1995=100	100,1	100,4	100,6	99,5	100,0	103,1	3,1	2,7
Dienstleistungen	1995=100	111,0	110,4	110,6	111,9	111,3	113,2	1,7	2,6

1) einschließlich Tankstellen und Kfz-Handel 2) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von General- und Spezialhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhr-
ergebnisse nicht vertretbar 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Die durchschnittlich **695 Betriebe des Bauhauptgewerbes** erwirtschafteten in den ersten drei Monaten des Jahres einen **Gesamtumsatz von rund 992 Millionen DM**. Der baugewerbliche Umsatz lag mit einem Anteil von 98 Prozent bei 975 Millionen DM. Der Gesamtumsatz ist damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um annähernd ein Viertel (- 23,0 Prozent) abgesunken. Entsprechend der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage im Baugewerbe hat sich auch die **Zahl der bauhauptgewerblichen Betriebe** binnen Jahresfrist nochmals deutlich reduziert. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es noch 103 Betriebe bzw. rund 13 Prozent mehr gewesen. Allein gegenüber dem Winterquartal 2000 hat sich die Zahl berichtspflichtiger Betriebe um 22 Betriebe oder rund 3 Prozent verringert.

Einhergehend mit rückläufigen Betriebszahlen und der verschlechterten konjunkturellen Lage ging die **Anzahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe** im ersten Quartal 2001 auf durchschnittlich 31 121 Beschäftigte zurück. Zum gleichen Zeitraum des Vorjahres waren dies 6 328 Personen bzw. rd. ein Sechstel weniger Beschäftigte. Weiterhin stark von Beschäftigungsabbau betroffen waren hierbei die Berufsgruppen der Facharbeiter, Poliere und Meister. Einhergehend mit Umsatzeinbußen und Beschäftigungsabbau verringerte sich auch die **Produktivität im Brandenburgischen Bauhauptgewerbe**. Der Umsatz je Beschäftigten sank im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres weiter auf ein Niveau von **10 628 DM** ab und lag damit 7,4 Prozent unter dem vergleichbaren Ergebnis des Vorjahres.

Das Arbeitsvolumen der Beschäftigten des Bauhauptgewerbes erreichte im ersten Quartal des Jahres **rund 7,9 Millionen geleistete Arbeitsstunden**. Damit war auch das Arbeitsvolumen in den bauhauptgewerblichen Betrieben Brandenburgs rückläufig. Und lag um rund ein Viertel (- 24,7 Prozent) unter dem Niveau des Vorjahres

Ausbaugewerbe nach wie vor unter Anpassungsdruck

Entsprechend den konjunkturellen und saisonalen Rahmenbedingungen für das Brandenburger Bauhauptgewerbe sahen sich auch die **Betriebe des Ausbaugewerbes**³ im Lande einer rauheren Konjunkturlage gegenüber. In den ersten drei Monaten des Jahres meldeten die berichtspflichtigen Betriebe des Brandenburger Ausbaugewerbes (Bereich Bauinstallationen und

sonstiges Baugewerbe) daher einen Rückgang von Beschäftigung und Umsätzen.

Die **391 berichtspflichtigen Betriebe** des ersten Quartals 2001 erreichten einen Umsatz von rd. 350 Millionen DM. Damit verringerte sich die Summe der ausbaugewerblichen Leistungen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 19 Prozent. Die **Anzahl der Betriebe** reduzierte sich binnen Jahresfrist abermals um 83 Betriebe auf nunmehr 391. Damit hat sich die Zahl der Ausbaubetriebe in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Seit dem ersten Quartal des Jahres 1998 sind mit einem Rückgang um 217 Ausbaubetriebe mehr als ein Drittel (- 36 Prozent) des Ausgangsbestandes nicht mehr existent.

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres beschäftigten die Ausbaubetriebe des Landes durchschnittlich **12 843 Arbeitnehmer**. Die **Zahl der Beschäftigten** ist damit ebenfalls, wie auch schon in den Vorquartalen, kontinuierlich rückläufig. Zum gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug der Rückgang 3 448 Beschäftigungsverhältnisse bzw. 21,2 Prozent. Im traditionell schwachen Frühjahrgeschäft nahm die Beschäftigtenzahl saisonüblich gegenüber dem Winterquartal 2001 nochmals um rund 12 Prozent ab. Der Jahresübergang wirkte sich damit jedoch stärker beschäftigungsmindernd aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die **Produktivität im Ausbaugewerbe** war in den ersten drei Monaten des Jahres, insbesondere aufgrund der überproportional starken Rückgänge der Beschäftigung im Vergleich zu den entsprechenden Einbußen bei den Umsätzen, mit **27 237 DM je Beschäftigten** um 2,8 Prozent gestiegen.

Weiterhin rückläufige Genehmigungszahlen im Baugeschehen

Im ersten Quartal des Jahres 2001 genehmigten die Brandenburgischen Bauaufsichtsbehörden insgesamt **2 913 Baugenehmigungen** an Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden). Damit wurden 2 923 Wohnungen mit einer **Wohnfläche von rd. 312 Tausend m²** zum Bau freigegeben. Das Baugenehmigungsgeschehen verringerte sich damit zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum um rund ein Viertel (- 24,6 Prozent). Gegenüber dem Vorquartal waren die Baugenehmigungen um fast ein Sechstel (- 15,4 Prozent) rückläufig. Die Baugenehmigungen fielen somit nunmehr das fünfte Quartal in Folge gegenüber den noch im Vorjahr genehmigten Baumaßnahmen ab.

³ Betriebe von Unternehmen der Bereiche Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten mit vierteljährlicher Berichtspflicht.

In den letzten drei Monaten wurden bei den Brandenburgischen Bauaufsichtsbehörden **2 122 Genehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude**, darunter 1 932 neue Wohngebäude (91 Prozent), beantragt. Die Anzahl der genehmigten neuen Wohngebäude ist damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit einem Minus von 32,2 Prozent stark zurückgegangen. Die veranschlagten Baukosten der genehmigten neuen Wohngebäude mit einer Wohnfläche von insgesamt 258 Tausend m² beliefen sich auf ein Gesamtvolumen von rd. 548 Millionen DM.

Im **Nichtwohnungsbau** war das Baugenehmigungsgeschehen hingegen im Vorjahresvergleich nicht so stark rückläufig. Mit 190 Baugenehmigungen im ersten Quartal 2001 lagen die Genehmigungszahlen um 3,1 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Im Abschlussquartal des Jahres 2000 war der entsprechende Rückgang binnen Jahresfrist mit - 20,8 Prozent weit aus stärker ausgefallen. Mit einer genehmigten Nutzfläche von rd. 219 Tausend m² entfallen auf den Nichtwohnungsbau in den ersten drei Monaten veranschlagte Baukosten im Gesamtwert von 308 Millionen DM.

Aufgrund der dargelegten Entwicklungstrends im Brandenburger Baugewerbe lässt sich für die folgenden Monate **keine klare Trendwende des rauen Konjunkturklimas** erkennen. Auch wenn sich das Baugenehmigungsgeschehen im Monat März gegenüber den Vormonaten wieder leicht belebt hat, so ist ausgehend von der dargestellten Situation im Wohnungssektor nicht von entscheidenden Impulsen für das Brandenburger Baugewerbe auszugehen. **Leerstände in Mietwohnungen** der größeren Städte, die **eingetretene Marktsättigung** sowie der **Wegfall besonderer Steueranreize** im Wohnungsbau in den neuen Ländern dürften sich ebenfalls in absehbarer Zeit nachfragehemmend für das Baugeschehen und die Bauwirtschaft im Lande auswirken.

Brandenburger Handwerk startet mit Umsatz- und Beschäftigungseinbußen ins Jahr 2001

Die konjunkturelle Lage der im Rahmen der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung meldenden selbstständigen Handwerksbetriebe hat sich im ersten Quartal des Jahres 2001 nicht verbessert. Für **Beschäftigung und Umsätze der Brandenburger Handwerksbetriebe** weisen die Messzahlen auf der Basis 1998=100 einen im Vorjahresvergleich verringerten Indexstand aus. So sank die Beschäftigung in den Handwerksbetrieben des Landes um 9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum ab. Im ersten Quartals 2000 lag der entsprechende Rückgang bei 5 Prozent. Seit dem Basisjahr 1998 bauen die berichtspflichtigen Handwerksunternehmen im Lande ihren **Beschäftigungsstand** kontinuierlich ab.

Der **Umsatz** der Brandenburger Handwerksbetriebe war in den ersten drei Monaten des Jahres 2001 ebenfalls rückläufig und lag rund 13 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Damit wiesen die Umsätze das vierte Quartal in Folge negative Wachstumszahlen aus. Die Umsatzentwicklung im Handwerk ist im Jahresverlauf durch **saisonale und konjunkturelle Schwankungen** im Jahresverlauf geprägt. Im Allgemeinen ist die zweite Jahreshälfte jeden Jahres auch die umsatzstärkste, wobei die Umsätze zum IV. Quartal hin ihr Maximum erreichen. Dementsprechend stark fallen alljährlich die Umsatzrückgänge im Jahresübergang zwischen Endquartal des Vorjahres und Anfangsquartal des Folgejahres aus. So fiel der Indexstand der Umsätze vom IV. Quartal des Jahres 2000 zum ersten Quartal des Jahres 2001 um 25,4 Prozent. Für die entsprechenden Vorjahresquartale waren ähnlich hohe Sprünge der Umsatzentwicklung festzustellen (I. Quartal 2000: - 26,9 Prozent). Seit dem II. Quartal des Jahres 2000 ist die Umsatzentwicklung insgesamt jedoch im Vergleich mit den jeweiligen Vorjahreszeiträumen durchweg rückläufig.

In der **Betrachtung nach Wirtschaftszweigen** des Brandenburger Handwerks bleiben für die ersten drei Monate des Jahres die stärksten Rückgänge bei Umsätzen und Beschäftigung für die **Betriebe des Baugewerbes** festzuhalten. Binnen Jahresfrist verringerten sich demnach Umsätze und Beschäftigung um - 15,5 bzw. - 19,0 Prozent. Überdurchschnittlich stark von Umsatzrückgängen betroffen waren hierbei ebenfalls die Handwerksbetriebe der Gewerbezweige **Bau- und Ausbau-gewerbe** (- 23,8 Prozent) sowie des Bekleidungs-, Leder- und Textilgewerbes (- 34,8 Prozent).

Bei im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum z. Tl. stark rückläufigen Umsätzen in den Wirtschaftsbereichen des Brandenburger Handwerks konnte der Bereich der **Unternehmensdienstleistungen** annähernd konstant halten und wies mit - 1,9 Prozent den geringsten Umsatzeinbruch aus. Die Betriebe dieses Bereiches konnten sich aus diesem Grunde auch gegen den allgemeinen Trend des Beschäftigungsabbaus im Brandenburger Handwerk stemmen und verbuchten so für das erste Quartal 2001 ein im Vorjahresvergleich gestiegenes Beschäftigungsniveau (+ 2,4 Prozent).

Umsatzerlöse im Brandenburger Einzelhandel und Gastgewerbes ebenfalls leicht rückläufig

Der **Brandenburger Einzelhandel** konnte sein Ergebnis bei Umsätzen und Beschäftigung der ersten drei Monate des Jahres 2001 weitgehend auf dem Vorjahresniveau halten. Die Verkaufserlöse (Basis 1995=100) der berichtspflichtigen Betriebe des Einzelhandels (einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen) des ersten Vierteljahres 2001 sanken aktuell im Vorjahresvergleich um nominal, also in jeweiligen Preisen, 0,5 Prozent. Der Rückgang gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum war damit jedoch nicht mehr so ausgeprägt, wie noch in den Vorquartalen und dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für die Quartale IV., III. und I. des Jahres 2000 hatten die entsprechenden Rückgänge noch bei - 3,0, - 2,3 und - 1,2 Prozent gelegen.

Die Einzelhandelsbetriebe konnten im ersten Quartal 2001 den bereits im IV. Quartal einsetzenden leichten Zuwachs der Beschäftigung trotz der weiterhin **leicht negativen Umsatzentwicklung** weiter ausbauen und wiesen mit + 0,3 Prozent leicht **gestiegene Beschäftigungszahlen** aus. Nach einer kontinuierlichen Verringerung des Beschäftigungsstandes seit dem III. Quartal 1997 waren damit das zweite Quartal in Folge leichte Zuwächse zu verbuchen.

Die **Betriebe des Brandenburger Gastgewerbes** erzielten im ersten Quartal des Jahres 2001 einen Umsatz, der um 3,3 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert lag. Mit 65,9 Punkten erreichte der auf dem Basisjahr 1995 berechnete Index der nominalen Umsatzentwicklung seinen bisher niedrigsten Stand seit dem Basisjahr. Mit einem Rückgang von 16,5 Prozent fiel die aktuelle Entwicklung damit etwas stärker aus als im vergleichbaren Vorjahresquartal (- 14,5 Prozent). Im Vergleich der Vorjahre waren jedoch stets die Frühjahrsquartale die umsatzschwächsten eines jeden Jahres.

Blieb die **Beschäftigungslage im Brandenburger Gastgewerbe** im IV. Quartal 2000 auf dem Stand vor Jahresfrist, so sank sie im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres 2001 mit - 1,0 Prozent geringfügig unter das Vorjahresniveau ab. Gesamtgenommen erreichte das Niveau von Umsatz und Beschäftigung des ersten Quartals damit seinen bisher niedrigsten Indexstand seit dem Basisjahr 1995.

Die im Vorjahresvergleich relativ schwache Entwicklung des Brandenburger Gastgewerbes im ersten Vierteljahr 2001 konnte auch nicht durch die weiterhin erfreulichen Zahlen im Brandenburger **Tourismus** belebt werden. Im ersten Quartal des Jahres 2001 wurden insgesamt rund 462 Tausend Gästeankünfte bei rund 1,3 Millionen

Übernachtungen in den Brandenburger Beherbergungsbetrieben registriert.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum konnten mit einem Plus von rund 18 Tausend Ankünften und rund 37 Tausend Übernachtungen deutliche Zuwächse im Brandenburger Tourismus verbucht werden. Das Brandenburger Fremdenverkehrsgewerbe weist damit in nahezu allen Quartalen der Vorjahre einen stetigen Zustrom an Gästen und Übernachtungen verglichen mit den entsprechenden Vorjahreszeiträumen aus.

Saisonal betrachtet lassen sich das Winter- und das Frühjahrsquartal eines jeden Jahres jedoch unter touristischen Aspekten als die im Jahresverlauf schwächsten Zeiträume klassifizieren. Während saisonal, also im jeweiligen Vorquartalsvergleich betrachtet die Quartale II. und III. eines jeden Jahres sich infolge von Urlaubszeiten und der klimatisch zumeist günstigen Sommermonate durch wachsende Zahlen bei Ankünften und Übernachtungen auszeichnen, sind die Quartale I. und IV. durch rückläufige Besucher- und Übernachtungszahlen klassifiziert. So reduzierte sich denn auch im aktuellen Vierteljahr die Zahl der Ankünfte, wie auch schon im Vorquartal, um 25,2 Prozent. Die Anzahl der Übernachtungen reduzierte sich um 21,5 Prozent gegenüber dem IV. Quartal 2000.

Zahl der Arbeitslosen im Frühjahr 2001 leicht unter Vorjahresniveau

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in den ersten drei Monaten des Jahres 2001 im Vorjahresvergleich geringfügig um 0,1 Prozent zurückgegangen. Damit waren im Durchschnitt des ersten Quartals 245 339 Menschen in Brandenburg arbeitslos gemeldet. Im **ersten Quartal** des Jahres 2000 war die Zahl der Arbeitslosen noch um fast 8 Prozent gestiegen. Gegenüber den Wintermonaten des IV. Quartals 2000 zeigte sich jedoch ein, für die nachfrageseitig schwachen Frühjahrsmonate erwartungsgemäß deutlicher, Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Entsprechend den **saisonalen Einflüssen** stiegen diese um durchschnittlich 14,6 Prozent oder 31 349 Personen. Die Arbeitsämter meldeten für den **Monat Februar** mit 247 068 Personen **die höchste Arbeitslosenzahl des ersten Quartals**. In den Folgemonaten März bis Mai 2001 sank die Zahl der Arbeitslosen durch eine saisonale Belebung des Arbeitsmarktes kontinuierlich bis auf einen aktuellen Stand von 230 496 Personen ab.

Damit fiel die saisonale Belebung des Arbeitsmarktes sicherlich auch aufgrund der w.o. ausgeführten branchenspezifischen Trends nicht so deutlich aus. Die Zahl der Arbeitslosen in den Monaten März, April und Mai lag dementsprechend jeweils über den Vorjahresständen.

Dieser Trend am Arbeitsmarkt der jüngsten Monate bestätigen somit Bild, dass die **konjunkturellen Impulse des ersten Quartals 2001 in der Wirtschaft noch zu gering** ausfielen, um neue Beschäftigungsverhältnisse aufzubauen. Dieser Umstand trifft sicherlich u.a. Teile der Brandenburger Industrie, die öffentliche Energiewirtschaft, das Baugewerbe, das Handwerk sowie das Gastgewerbe zu. Ob und wie stark sich der Arbeitsmarkt im Lande saisonüblich im Verlaufe der Monate des II. und III. Quartals weiter entspannen wird, hängt sicherlich insbesondere vom weiteren Verlauf der Konjunktur in Brandenburg sowie dem Einsatz aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen ab.

Im Vergleich mit dem Quartal des Vorjahres waren im Durchschnitt der ersten drei Monate 2001 verstärkt männliche Arbeitnehmer und jüngere Menschen unter 25 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre Anzahl stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent für die Männer und um 2,3 Prozent für die unter 25-jährigen an. Die Anzahl arbeitsloser Frauen hingegen sank im Vorjahresvergleich um 5,3 Prozent. Damit waren im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres rund 119 Tausend Frauen, rund 126 Tausend Männer und rund 27 Tausend junge Menschen arbeitslos.

Die **Arbeitslosenquote** der abhängig zivilen Erwerbspersonen⁴ betrug zum Ende des I. Quartals 2001 (Ende März) 19,9 Prozent. Sie lag unter Einfluss der w.o. aufgezeigten branchenspezifischen Beschäftigungstrends im Lande nur geringfügig unter der entsprechenden Quote des Vorjahres von 20,2 Prozent. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen lag die Quote zum Quartalsabschluss bei 18,4 Prozent.

Die höchsten Werte der Arbeitslosenquote waren für den Monat März 2001 bei **regionaler Betrachtung für die Arbeitsamtsbezirke** Eberswalde (23,1 Prozent) und Cottbus (22,4 Prozent) festzustellen. Im Arbeitsamtsbezirk Potsdam lag die Quote mit durchschnittlich 15,7 Prozent vergleichsweise niedrig. Die Spanne der regionalen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit reichte dabei im Monat März unter Einbezug der Arbeitsamtsbereiche im Land Brandenburg von 12,4 Prozent in der Landeshauptstadt Potsdam bis 27,2 bzw. 27,4 Prozent für Templin und Seelow.

Die **Arbeitslosenquote der Frauen** blieb im Verlauf der Monate des ersten Quartals 2001 weitgehend konstant und lag im Berichtsmonat März bei 19,7 Prozent. Die entsprechende Quote der Männer zog im Monat Februar leicht an, erreichte zum Quartalsende ein Niveau von 20,1 Prozent und fiel damit etwas stärker aus. Für den Monat April lagen die Quoten von Frauen und Männern mit 19,3 bzw. 19,4 Prozent wieder näher beieinander. Die entsprechende Quote für jüngere Menschen unter 25 Jahren wurde im März mit 17,6 Prozent festgestellt und sank zum Monat April um 1,1 Prozentpunkte ab. Im Vorjahresvergleich gesehen waren somit zum Quartalsende prozentual weniger Frauen und junge Menschen von Arbeitslosigkeit in Brandenburg betroffen. Männliche Arbeitnehmer waren hingegen prozentual stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, als noch vor Jahresfrist.

Im ersten Quartal des Jahres meldeten die Arbeitsämter des Landes einen **Bestand von durchschnittlich 6 716 offenen Stellen** (Bestände zum Monatsende). Im Monat März erreichte dabei die Anzahl zu vermittelnder Arbeitsplätze mit 7 729 Stellen ihr höchstes Niveau unter den Monaten des ersten Quartals. Der Zugang seit Jahresbeginn betrug im ersten Quartal insgesamt 31 909 Stellen. Im Vorjahresvergleich standen somit wesentlich mehr Jobs zur Verfügung. Auch zum Ende des Berichtsmonats April erhöhte sich mit 8 565 den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen die Anzahl im Vormonatsvergleich nochmals rund 11 Prozent.

Im Gegensatz zu einem saisonalen Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Jahresübergang hat sich der **Bestand offener Stellen** des ersten Quartals gegenüber dem Vorquartal um annähernd 30 Prozent bzw. 1 519 Stellen erhöht. Gegenüber dem Vorjahr war dies immerhin ein Plus von 11 Prozent oder 665 Stellen. Im Laufe des Quartals konnten auch deutlich **gestiegene Zahlen bei den Arbeitsvermittlungen** verbucht werden. So wurden etwa im Laufe des Monats März mit 12 825 vermittelten Stellen durch die Arbeitsämter des Landes mehr als 1 900 Arbeitssuchende mehr vermittelt, als noch vor Jahresfrist. Seit Jahresbeginn konnten in den ersten drei Monaten des Jahres insgesamt 25 889 Stellen an Arbeitssuchende vermittelt werden.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2001 waren im Land Brandenburg **4 895 Menschen in Kurzarbeit** bei den Arbeitsämtern gemeldet. Dies waren mit einem Plus von 54 Prozent deutlich mehr als noch im Vorquartal. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum fiel die Zahl der Kurzarbeiter hingegen um rund 13 Prozent.

⁴ Zu den abhängig zivilen Erwerbspersonen zählen entsprechend der Definition die abhängigen Erwerbstätigen zuzüglich der Arbeitslosen. Die abhängig zivilen erwerbstätigen setzen sich aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den geringfügig Beschäftigten sowie den Beamten zusammen.

15 367 Menschen wurden im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres landesweit in **ABM-Maßnahmen** und 23 218 in **Berufsbildungsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik** unterstützt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum kamen damit deutlich mehr aktive Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes als beschäftigungspolitische Komponente zum Einsatz als noch vor Jahresfrist. Gegenüber dem Winterquartal 2000 fiel das Niveau insbesondere bei den ABM-Kräften (- 22,2 Prozent) ab.

Brandenburger Export weiterhin auf Wachstumskurs

Die Brandenburger Wirtschaft verblieb nach den aktuellen **Angaben der Außenhandelsstatistik** auf konstantem Wachstumspfad der Aus- und Einfuhren. Im I. Quartal des Jahres 2001 beliefen sich die **Warenexporte des Landes** auf ein Gesamtvolumen von rund 2 Milliarden DM. Damit konnte der Export von Gütern und Erzeugnissen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich gesteigert werden. Der Wert der ausgeführten Waren lag damit um rund 333 Millionen DM bzw. 19,8 Prozent über dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahreszeitraums.

Die **Einfuhren** von Waren und Gütern beliefen sich für das erste Quartal 2001 auf ein Volumen von rund 2,7 Milliarden DM. Damit lagen auch die wertmäßigen Importe des ersten Quartals mit einem Plus von 7,3 Prozent über den Einfuhren des Vorjahresquartals. Im ersten Quartal 2000 waren die Einfuhren noch um mehr als die Hälfte angestiegen (+ 53,7 Prozent). Das wertmäßige Volumen der Einfuhren Brandenburgs übertraf damit im aktuellen Quartal, wie auch schon in den Vorquartalen, das entsprechende Volumen der Ausfuhren Brandenburgs (sog. „Außenhaldelssaldo“⁵).

⁵ Bei den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik sind jedoch einige methodische Besonderheiten zu beachten, die die Interpretationsfähigkeit der Ergebnisse stark beeinflusst. So werden die Ergebnisse über die Ausfuhr als Spezialhandel ausgewiesen. Die Einfuhrergebnisse werden auf regionaler Ebene der Bundesländer hingegen aus erhebungstechnischen Gründen als Generalhandel ausgewiesen. Generalhandel und Spezialhandel unterscheiden sich jedoch im Wesentlichen durch die verschiedene Nachweisung der auf Lager eingeführten Waren, die nicht zur Weiterverarbeitung bzw. zum Verbrauch im Einfuhrland bestimmt sind. Im Gegensatz zum Spezialhandel enthalten somit die Einfuhrergebnisse des Generalhandels neben den Einfuhren in das Zielgebiet auch die Einfuhren, welche nach Zwischenlagerung durch Spediteure und Händler in andere Bundesländer weitergeleitet werden. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von General- und Spezialhandel ist daher eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse methodisch gesehen nicht zu empfehlen.

Während die Importe im Verlauf des ersten Quartals sich kontinuierlich verringerten, konnten die Exporte stetig gesteigert werden. So erhöhten sich die wertmäßigen Ausfuhren von Januar bis März von 618 bis auf 714,3 Millionen DM (+ 15,6 Prozent). Getragen wurde der **Exportzuwachs des ersten Quartals** im Wesentlichen von der gestiegenen Auslandsnachfrage nach **Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft sowie Produkten der gewerblichen Wirtschaft**.

Schwergewicht der Zuwächse im Bereich von industriellen Enderzeugnissen bildete wiederum die Luftfahrzeugindustrie Brandenburgs. Der **Wert der eingeführten Waren** sank im Laufe des ersten Quartals 2001 von 955,2 Millionen DM für den Monat Januar bis auf ein Volumen von rund 826 Millionen DM für März ab (-13,6 Prozent). Die im Vorjahresvergleich gestiegenen Importe des ersten Quartals 2001 resultieren im Wesentlichen aus den entsprechenden Importzuwächsen bei Gütern der Ernährungswirtschaft sowie der gewerblichen Wirtschaft. Wachstumsträger der Importwirtschaft Brandenburgs war dabei die gestiegene Einfuhr von Kraftstoffen, Schmieröl und Erdgas. Mit einem Einfuhranteil von 35 Prozent blieb dabei russisches Erdöl das wichtigste Importgut für das Land Brandenburg. Weitere wichtige Importerzeugnisse des Landes im gewerblichen Bereich waren Kraftfahrzeuge, Erzeugnisse der Luftfahrzeugindustrie und elektronische Erzeugnisse.

Zuwächse bei den Gewerbeanzeigen und Insolvenzen des Landes

In den ersten drei Monaten des Jahres 2001 wurden bei den Brandenburger Gewerbeämtern **6 074 Gewerbeanzeigen** und **5 718 Gewerbeabmeldungen** gemäß den Vorschriften der Gewerbeordnung angezeigt. Das Verhältnis von Ab- und Anmeldungen von Gewerben lag hiermit bei 94 Abmeldungen auf 100 Anmeldungen. Im Durchschnitt des Jahres 2000 war eine Relation von 89 zu 100 festzustellen. Damit zeichnen sich die **Anmeldungen von Gewerben** im Lande nunmehr im zweiten Quartal in Folge wieder durch **positive Zuwächse** aus.

Gegenüber den Wintermonaten des Vorquartals konnten die Anmeldungen der Frühjahrsmonate nochmals um rund 14 Prozent zulegen. Sowohl nominal wie auch in den Zuwachsraten zum Vorquartal übertraf das **Niveau der Anmeldungen** damit das der Abmeldungen von Gewerben. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum setzten die letzten drei Monate jedoch im Volumen der Gewerbeabmeldungen den Negativtrend des Jahres 2000 fort.

So lag das Volumen der Anmeldungen um 3,8 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die **Anzahl der Gewerbeabmeldungen** erhöhte sich in den ersten drei Monaten hingegen um rund 3 Prozent. Im Durchschnitt des Jahres 2000 lag ein Schwergewicht der An- und Abmeldungen auf den Wirtschaftsbereichen Dienstleistungen und Handel.

Die Amtsgerichte des Landes Brandenburg registrierten in den ersten drei Monaten im Jahr 2001 **insgesamt 558 Insolvenzverfahren**. Damit war die Verfahrenszahl gegenüber dem Vorquartal (465 Insolvenzen) wieder deutlich (+ 20 Prozent) angestiegen, nachdem sich die Quartale IV und III des Jahres 2000 durch leicht rückläufige Verfahrenszahlen ausgezeichnet hatten.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (451 Insolvenzen) stiegen die Insolvenzen im ersten Quartals 2001 ebenfalls wieder deutlich (+ 23,7 Prozent). Annähernd drei Viertel (72,8 Prozent) der Insolvenzverfahren richteten sich dabei gegen **Unternehmen und Kleinbetriebe**. Auf übrige Gemeinschuldner entfiel ein Anteil von mehr als einem Viertel (27,2 Prozent). Bis zum Monat Februar des ersten Quartals lag der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen bei Betrieben und Unternehmen des Baugewerbes, des Grundstücks- und Wohnungswesens sowie des Verarbeitenden Gewerbes. Hier waren die Verfahrenszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum steigend. Im Bereich des Handels waren hingegen leicht rückläufige Verfahrenszahlen festzustellen.

Teuerung der Verbraucherpreise bei Lebensmitteln, Brennstoffen und Verkehr erhöht

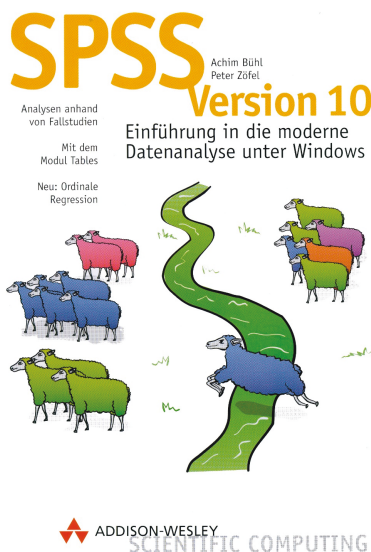
In den jüngsten Monaten sowie damit auch im Durchschnitt des I. Quartal 2001 war es zu einem rasanten Anstieg der Verbraucherpreise und somit der Lebenshal-

tungskosten auf Landes- und Bundesebene gekommen. Im Durchschnitt der ersten drei Monate erhöhte sich daher der **Preisindex für die Lebenshaltung** um 2,7 Prozent. In den Monaten Februar und März 2001 wurde auf der Basis 1995=100 ein Indexstand von jeweils 109,0 Punkten erreicht. Nach aktuellen Berechnungen ging der Preisauftrieb vornehmlich durch ein Anziehen der Preise bei Ernährungsgütern und Kraftstoffen weiter.

Für April und Mai des Jahres 2001 erreichte die Teuerungsrate mit 3,3 bzw. sogar 4,1 Prozent neue Höchststände seit dem Basisjahr 1995. Im Durchschnitt der ersten drei Monate lag der Index bei einem Zählerstand 108,7 Punkten. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lag die Teuerung der Lebenshaltungskosten im Lande mit einem Plus von 2,7 Prozent ebenfalls auf einem bislang seit dem Jahre 1995 nicht mehr erreichten Niveau.

Bei einer Betrachtung nach Hauptgruppen der Verwendung hat sich die Teuerung binnen Jahresfrist insbesondere für die Verwendungsarten **Nahrungsmittel** und alkoholfreie Getränke (+ 2,7 Prozent) sowie den sonstigen **Waren und Dienstleistungen** (+ 2,6 Prozent) erhöht. Die Ausgaben für **Wohnungsmieten** erhöhten sich hingegen mit einem Plus von 0,3 Prozent nur unterdurchschnittlich im entsprechenden Zeitraum. Trotz des bereits hohen Niveaus der Teuerung in den Vorquartalen legten die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres 2001 auch gegenüber dem Vorquartal mit einem Plus von insgesamt 1,6 Prozent deutlich zu. Ausschlaggebend waren hier sicherlich die Preissteigerungen bei den Nahrungsmitteln, die mit einem Plus von 3,1 Prozent entsprechend hoch ausfielen.

Holger-Jens Hoffmann



SPSS – Version 10

Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows

Von Achim Bühl und Peter Zöfel (Hrsg.)
7. überarbeitete und erweiterte Auflage,
734 Seiten, Gebunden, CD-Rom
Addison-Wesley Verlag, Reihe Scientific Computing
München 2000, ISBN 3-8273-1673-1,
Preis: DM 89,90

Peter Zöfel und Achim Bühl legen die nunmehr **7. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage** des Standardwerkes SPSS in der Version 10 vor.

Benutzerfreundlich und anhand von Problemstellungen aus der Praxis zeigen die beiden Autoren auch in Ihrer neuen Auflage, wie die praktische Arbeit mit SPSS unter Windows aussieht und welche grundlegenden Neuerungen durch die **Version 10** für den Anwender zu Verfügung stehen.

Neben den Basisinformationen zum Programmsystem und der Installation bietet das Werk denn auch didaktisch ansprechend und im klar gegliederten Aufbau den Einstieg in die wesentlichen Funktionalitäten des **Basismoduls** und der Erweiterungsmodule Tables, Regression Models sowie Advanced Models.

Neben den prinzipiellen **Techniken zur Handhabung von SPSS unter Windows** in einem Überblickskapitel erhält der Leser eine Einführung in die Grundbegriffe der Statistik und der Häufigkeitszählungen sowie der hierauf

aufbauenden einfachen **Auswertungsprozeduren** und Verfahren zur Datenaufbereitung, Datenselektion, Datenmodifikation und der Datenexploration.

Darüber hinaus werden einfache Verfahren wie etwa der **Kennwertbestimmung**, der **Kreuztabellierung** und der **Mittelwertvergleichen** vorgestellt.

Anhand von Fallbeispielen werden auch komplexere Analysen wie die Verfahren der Regression, Korrelation, oder Varianzbestimmung sowie etwa Faktor- und Clusteranalyse beschrieben und erklärt.

Weiterhin werden ausführlich die bestehenden Möglichkeiten zur grafischen Aufbereitung der Daten im Rahmen von Standardgrafiken und interaktiven Grafiken mit dem SPSS-Basemodul sowie die erweiterten Tabellengestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des Moduls Tables beschrieben und erklärt.

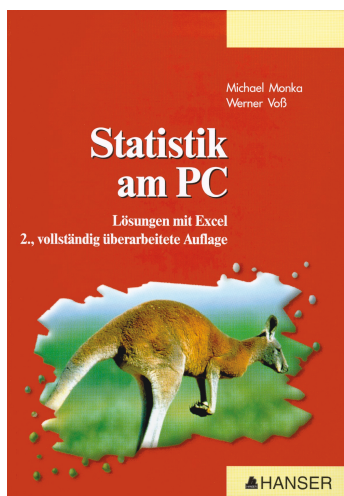
Ein abschließendes Kapitel zur Programmierung mit SPSS und zum Datenexport in andere Anwendungsprogramme wie etwa Word für Windows oder HTML-Anwendungen runden die Darstellungen ab.

Unser Fazit: Das Buch ist ein unersetzliches Standardwerk zur Statistiksoftware SPSS und ein Muss für alle anwendungsorientierten Nutzer, sowohl für bereits versierte Profis, als auch für Erstanwender ohne umfangreiche Vorkenntnisse. Durch den klar didaktische untergliederten Aufbau lassen sich alle Informationen, die für eine Anwendung in der Praxis erforderlich sind schnell und systematisch erlangen und nutzen.

Aus dem Inhalt:

- Das Programmsystem SPSS. Installationshinweise
- Datenaufbereitung
- SPSS für Windows im Überblick
- Statistische Grundbegriffe
- Häufigkeitszählungen
- Datenselektion, Datenmodifikation, statistische Kennwerte und Datenexploration
- Kreuztabellen und Analyse von Mehrfachantworten
- Mittelwertvergleiche und nichtparametrische Tests
- Korrelation, Regressionsanalyse, Varianzanalyse, Diskriminanzanalyse, Faktor- und Clusteranalyse, Reliabilitätsanalyse
- Standardgrafiken und interaktive Grafiken
- Das Modul Tables
- Export von Ausgabedateien und Programmierung
- Übersicht über SPSS-Prozeduren und Literaturhinweise

H.J. Hoffmann



Statistik am PC Lösungen mit Excel

Von Michael Monka und Werner Voß
Hanser Verlag,
480 Seiten, gebunden, CD-Rom
München, 1999, ISBN 3-446-19223-9,
2. vollst. überarbeitete Auflage
Preis: DM 69,00

Mit Hilfe von Excel lassen sich - auch ohne größeres mathematisches Hintergrundwissen - **statistische Methoden** einsetzen, um **Datenbestände auszuwerten und zu analysieren**. Das Buch von Michael Monka und Werner Voß zeigt anhand leicht nachvollziehbarer und sehr anschaulicher Beispiele, wie mit diesem Programm das traditionelle statistische Instrumentarium in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die vorliegende **2. völlig überarbeitete Auflage** von Monka und Voß hat sich das Ziel gesetzt, die gebotenen Inhalte zu aktualisieren und daher an die neueren Excel-Versionen anzupassen. Statistische Methoden dienen gemeinhin dazu, Datenbestände wie sie etwa im Rahmen von Umfragen, Marktstudien oder Statistiken der öffentlichen oder betrieblichen Ebene anfallen, auszuwerten und zu analysieren. „Statistik am PC“ setzt genau an diesem Punkt an. Die Autoren haben es geschafft, in leicht verständlicher und anhand von Beispielen auch anschaulicher Weise, eine gelungene Einführung in die Handhabung des Tabellenprogramms Excel für statistische Problemlösungen zu bieten. Auch der Sprachstil der Werke macht dem Leser schon einleitend deutlich, dass es sich mit dem Werk nicht um eine weitere Ausgabe mathematischer und hochwissenschaftlicher Abhandlungen zur statistischen Methodenlehre handelt, sondern um ein nutzerfreundliches und anwendungsorientiertes Werk zu den wichtigsten Grundlagen

der statistischen Datenanalyse mit dem Softwareprogramm Excel.

Die gewählte inhaltliche Abfolge des Buches spannt sich dabei entlang von verständlichen Beispielen der wichtigsten statistischen Standardverfahren im Rahmen der deskriptiven bis hin zur induktiven Statistik. Die jeweiligen Fachkapitel folgen dabei einem einheitlichen Aufbau, der von der Einleitung über die Thematik, über die knappe Darstellung der statistischen Grundlagen zum Themenbereich und den mathematischen Grundlagen bis hin zu praxisnahen Beispielen und Musterlösungen der jeweiligen statistischen Fragestellung in Excel reicht. Der Schwerpunkt liegt dabei jedoch auf den praktischen Erfordernissen der Datenanalyse mit dem Programm Excel. Insoweit finden sich Formeln in dem auf ein Mindestmaß beschränkten erforderlichen Umfang nur dort, wo sie auch benötigt werden.

Aus dem Inhalt:

- Was überhaupt ist Statistik? (Anwendungsbereiche)
- Excel – Grundlagen
- Wir bringen die Daten in Form (Sortieren, Gruppieren, Klassifizieren)
- Die goldene Mitte (Lagemaße)
- Ein bisschen daneben (Streuungsmaße)
- Arm und Reich (Konzentrationsmaße)
- Papier, Stift und Tusche (Grafische Darstellungsmöglichkeiten)
- Was ist im Warenkorb (Preisstatistik)
- Große Dicke – kleine Dünne (Regressionsrechnung)
- Wer Sport treibt, bleibt gesund (Korrelationsmessung)
- Ein Blick in die Zukunft (Zeitreihen- und Trendanalyse)
- Haben Sie sieben Bücher? (Kombinatorik und Wahrscheinlichkeit)
- Münzen und Würfel (Wahrscheinlichkeitsverteilungen, etc.)
- Das blinde Waisenkind (Stichprobenverfahren)
- Sag die Wahrheit (Testverfahren)
- Wahlsonntagabend (Schätzstatistik)
- Die Geschichte vom Klapperstorch (Multiple Regression und partielle Regression)

Unser Fazit: Das Buch ist nicht nur etwas für Laien oder Neulinge auf dem Gebiet der statistischen Anwendungssoftware, sondern bietet auch für Praktiker in Sachen Datenanalyse ein hilfreiches und umfangreiches Kompendium der Anwendungsmöglichkeiten statistischer Datenanalyse mit dem in der Praxis doch zum Standard zählenden Tabellenkalkulationsprogramm Excel.

H.J. Hoffmann



Texten wie ein Profi

Hans-Peter Förster
F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH
Frankfurt am Main 2000,
280 Seiten, Paperback
ISBN 3-927282-90-1
Preis: DM 49,80

Das **F.A.Z.-Institut** mit seinem Fachverlag für Internet, Unternehmensführung, Public Relations, Marketing und Journalismus bietet eine große Palette interessanter Bücher zu ausgewählten Themen aus dem Management- und Kommunikationsbereich. Verschiedene Autoren wenden sich sowohl an spezielle Zielgruppen der Fach- und Führungsebenen, wie auch an den interessierten Laien. Alle Bücher zeichnen sich durch hohe Professionalität, Praxisorientiertheit und kompakte inhaltliche Gestaltung aus.

Ob 5-Minuten-Text oder überzeugende Kommunikationsstrategie das hier rezensierte Buch „**Texten wie ein Profi**“ ist ein Buch im handlichen Paperbackformat für Könnler, Kommunikationsprofis wie auch für Einsteiger und solche die den Kopf für die Textinhalte hinhalten müssen. Die **1. Auflage** war nach nur einem Monat restlos vergriffen! Sicher ein Indiz für die Buchqualität und ein Hinweis auf ein bestehendes Interesse für seinen Inhalt!

„DIE ZEIT“ schrieb über das Buch:

„Der Autor zeigt nicht nur, wie man Worte werbewirksam zusammensetzt. Sein Buch hilft auch, das treffende Wort für die angezeigte **Zielgruppe** zu finden! An Ideen und Materialien ist in 'Texten wie ein Profi' kein Mangel.“ Ein anderer Kritiker findet: "Ein erfrischendes Buch - kein fader Ratgeber - mit einer herrlich offenen Sprache für jeden, der schreibt."

Egal in welchem Arbeitsbereich, immer wieder wird verlangt, einen mehr oder weniger langen Text mit verständlichen Worten und Sätzen zu formulieren. Nicht nur im PR-Bereich, auch in den betrieblichen Fachbereichen wird dies oft gefordert und nicht jedes Unternehmen hat **Kommunikationsspezialisten** an seiner Seite, denen man solche Aufgaben übertragen kann.

Was heißt "**professionelles**" Texten? Wer garantiert uns, dass ein Text, den wir für gelungen halten, auch bei den Lesern ankommt, verstanden wird? Welcher Text passt zu welchem Unternehmen? Kommen die Wörter aus dem Bauch oder fallen sie gar vom Himmel? Es heißt so schön: „Durch die Brille des Lesers schreiben.“ Bei welchem Optiker gibt es diese zu kaufen?

Das Handbuch von Hans-Peter Förster bietet Textideen Schlag auf Schlag - für Eilige, Anleitungen und Tipps für Anzeigentexte, Broschüren und Mailings - für Anfänger und Könnler, Tests zur Analyse und Übungen zur Positionierung Ihres Unternehmens - für Strategen. Einen Kompass zur Ausrichtung der Texte nach Zielgruppen - für Profis. Ein **Baukastensystem** zur individuellen Erstellung eines Wort-Portfolios für Ihr Unternehmen - auch für den Trainee und den Vorstand. Ein eigenes Wörterbuch mit über 5 000 Wort-Ideen zum Nachschlagen und für diejenigen, denen manchmal die Ideen ausgehen.

Ob in **Anzeigen, Mailings oder Presstexten** - hier dreht sich alles um eine kundenorientierte Kommunikation. Das Ziel: die deutliche Wahrnehmung Ihres Unternehmens am Markt, die adäquate Umsetzung Ihres Anliegens - über dem Pegel der heutigen Informationsflut.

Fazit: Ein wirklich hilfreicher Buch-Tipp für alle, die mitten im beruflichen Leben stehen!

Weitere empfehlenswerte Bücher des F.A.Z.-Instituts:

- Interviews meistern
- Pressemitteilungen schreiben
- Fit vor Kamera und Mikrofon
- Image-Management
- 10 Erfolgsfaktoren im e-business
- Das e-business Prinzip
- ECommerce
- Wie Profis PR-Konzeptionen entwickeln
- Innovativ Präsentieren (mit CD-ROM)

Weitere Informationen

unter der HomePage: www.go-for-it.de

